Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Trotz alledem!

Nr. 90 • November 2022 • 2,50 €

Krieg dem imperialistischen Krieg in der Ukraine!

Klassenkampf für Sozialismus!

Inhalt

Aktuell Krieg in der Ukraine

Krieg dem imperialistischen Krieg! 3

Eindrücke & Kritiken
„Kommunismus Kongress“ Kommunistischen Organisation 21

Thesen von *Trotz Alledem!*
Kommunismus Kongress 24

Bericht
UZ-Pressefest in Berlin 27

Pandemie

Teil V COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus 29

„aufbau Schweiz“
Impfskepsis: Von unten links gegen oben rechts, immer! 39

Internationaler Frauenkampf

Çağrı / Nordkurdistan-Türkei
3. Weltfrauenkonferenz Tunesien erfolgreich! 42

Iran – Befreiung der Frau ohne Revolution & Revolution ist ohne die Frauen nicht möglich
Vorwärts im Kampf für Befreiung! 44

ICOR-Resolution
Volksaufstand Iran 46

Antifaschismus & Antirassismus

Solidarität mit Jo und Dy !
Antifaschismus ist und bleibt notwendig 48

IV Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ Nürnberg
„...radikal das müssen wir sein und uns zusammentun!“ 49

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe Leser:innen

wir leben in stürmischen Zeiten. Stürme, Orkane mit Starkregen in bisher nicht erlebten Ausmaßen ziehen über Meer und Land. Sie bringen Verwüstung und Elend und werden jedes Jahr verheerender. Zu diesen in ihrer Intensität unnatürlichen klimatischen Stürmen gesellen sich immer mehr ökonomische, politische und soziale hinzu.

Die kapitalistisch-imperialistische Welt-„Ordnung“ ist aus den Fugen geraten. Um eine neue „Weltordnung“ im Imperialismus, gemäß der sich verändernden Kräfteverhältnisse durchzusetzen, bekämpfen sich die herrschenden Mächte dieser Welt untereinander. Die bisherigen Stellvertreterkriege reichen den imperialistischen Großmächten nicht mehr aus. Sie bringen durch ihre Gier nach Welthegemonie die Welt jeden Tag näher an einen dritten Weltkrieg. Der inner-imperialistische Krieg in der Ukraine ist ein Meilenstein dieser Entwicklung. Dazu veröffentlichen wir in dieser TA-Ausgabe den Schwerpunkt-Artikel.

Ein weiterer Artikel befasst sich, mit der nicht endenden Covid 19-Pandemie, der Fiaskopolitik der Herrschenden und den aktuellen Widerstandsaktionen, Protesten und Streikbewegungen. Zur „Impfskepsis“ ein sehr zutreffender Beitrag aus der Zeitschrift „aufbau“, Schweiz.

Über das 4. Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ berichten und informieren wir. An drei Tagen trafen sich Angehörige, Betroffene, Opfer von rassistisch-faschistischer Gewalt und Initiativen um gemeinsam die Stärkung ihrer bundesweiten Vernetzung voranzubringen. Um Erfahrungen aus den verschiedensten Bereichen der antirassistischen Arbeit auszutauschen und Perspektiven zu entwickeln. Um mit Selbstermächtigung und Empowerment „Anerkennen, Aufklären, Verändern“ einzufordern und zu erkämpfen.

Alle aktuellen Entwicklungen zeigen: Das kapitalistische-imperialistische System ist in einer tiefen Krise. Die sich jeden Tag offener manifestierende Klimakrise, Covid 19 und der Krieg in der Ukraine sind Brandbeschleuniger, die die Krise des imperialistischen Weltsystems vertiefen. Überall auf der Welt verstärkt sich die absolute und relative Verelendung der Arbeiter:innenklasse und der werktätigen Bevölkerung. Die Unzufriedenheit und der Wunsch nach Veränderung der Werktätigen macht sich überall immer stärker in mehr oder weniger militanten Massenaktionen bemerkbar. Generalstreik in Frankreich, Streiks der Hafenarbeiter:innen in England, mutige Aktionen von Klima-Aktivist:innen und zuletzt der revolutionäre Aufstand vor allem der Frauen im Iran gegen das Mullahregime sind nur einige Beispiele.

Weltweit entwickelt sich der Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse. Die brennende Frage ist, ob und wie es möglich sein kann, dass diese Kämpfe dieses verdammte System zu Grabe tragen und eine neue Welt schaffen ohne Ausbeutung und Tyrannei.

Unsere Antwort darauf ist klar: Diese Kämpfe können nur unter Führung bolschewistischer Parteien das Ziel einer neuen volksdemokratischen-sozialistischen Welt erstreiten.

Wir versuchen mit unserer Publikation dazu beizutragen und rufen alle unsere Leser:innen auf, mitzumachen. Kritiken an unseren Artikeln, Anmerkungen, Diskussionsbeiträge sind wie immer willkommen.

Enden wir mit einem brandaktuellen Zitat von Genossin Rosa Luxemburg

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!“

Vielleicht sehen wir uns bei der LLL- Demonstration Januar 2023 in Berlin?

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Krieg dem imperialistischen Krieg!

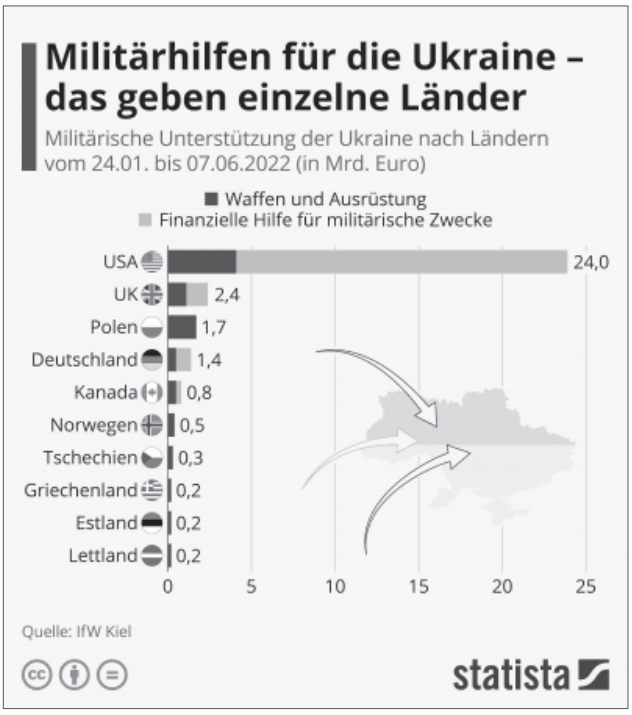
In der Septemberausgabe der *Trotz alledem!* 67 im Jahr 2014 haben wir in dem Artikel **„Ukraine: Imperialistische Rivalitäten und Krieg“** festgestellt:
*„Als Antwort auf die Versuche der **Einverleibung der Ukraine durch die EU** und **der Eingliederung in die NATO**, hat Russland die **Halbinsel Krim** mit einer **militärischen Okkupation** von der Ukraine getrennt und einverleibt. Die Situation eskalierte bis an den Rand eines Krieges zwischen Russland und dem Westen. Alle Seiten haben ihre Macht getestet, um auszuloten, wie weit sie gehen können.*
*Noch sind Deutschland, EU und die USA nicht bereit einen offenen, direkt militärischen Schlagabtausch mit Russland zu führen. Daher versuchen sie mit relativ harmlosen Sanktionen Russland zu schwächen. Der laufende Krieg der Zentralregierung Kiews gegen die prorussische Bewegung in der Ost-Südost Ukraine unter dem Etikett „pro-russische Separatisten“, „Terroristen“ etc., wird von den westlichen Mächten aktiv unterstützt und gefördert. **Seit Mitte April herrscht Krieg.***
*Ob die Ukraine auseinanderfällt, bzw. gerissen wird, ob sie im Bürgerkrieg versinkt, ist fraglich! Offensichtlich ist die Ukraine eine neokoloniale Beute vieler Räuber und seiner eigenen Oligarchen geworden. Solange die Räuber sich um die Beute streiten, wird es keine Lösung geben. **Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Russland und den USA, der EU um die Ukraine, der sich sehr schnell ausweiten kann, ist bis heute weiterhin real gegeben**.“*
Acht Jahre später, im Jahr 2022 tobt ein Krieg in der Ukraine seit mehr als einem halben Jahr. [1]
Ein Krieg mitten in Europa mit all seinen Gräueln. Offene „Kriegsverbrechen“ verübt von beiden Seiten. Stationierung schwerer Waffen mitten unter der Zivilbevölkerung. Bombardierung ziviler Ziele, Krankenhäuser, Bahnhöfe, Schulen.... Vergewaltigung von Frauen der „Gegenseite“ auf beiden Seiten. Folter und Mord an Kriegsgefangenen und an scheinbaren „Agent:innen“ des „feindlichen Gegners“. Extralegale Hinrichtungen … Die Barbarei hat viele Gesichter!
Die bisherigen unmittelbaren Kosten dieses Kriegs werden auf 500 bis 600 Milliarden Euro geschätzt. [2]
Bis Mitte August 2022 sind laut Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) rund 14 Millionen Menschen aus der Ukraine in Folge des Krieges geflohen und haben die Grenze in ein Nachbarland überquert.
Bis Mitte August sind in europäischen Ländern rund 6,3 Millionen registrierte Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gekommen. Die Anzahl der Binnen-Kriegsflüchtlinge in der Ukraine wird auf etwa 6,6 Millionen geschätzt.
D.h. 12,9 Millionen Menschen bei einer Bevölkerungszahl um 41 Millionen haben bisher durch diesen Krieg ihre Lebensgrundlagen verloren, und sind auf der Flucht. Nicht mitberechnet sind Kriegsflüchtlinge, die aus den umkämpften Gebieten im Donbas nach Russland geflohen sind! [3]
Annähernd **13 Millionen** neue Geflüchtete sind es jetzt, die zu den vom UNHCR erfassten 80 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht hinzugekommen sind. Sie alle haben ihre Lebensgrundlagen durch „Naturkatastrophen“ (Dürre, Starkregen, Taifune etc.), infolge des Klimawandels, infolge von Kriegen, politischer Verfolgung etc. verloren und sind weltweit auf der Flucht.
Wie viele Soldaten:innen, Söldner:innen und freiwillige Kämpfer:innen in dem Ukraine-Krieg bisher getötet oder verletzt wurden, ist nicht bekannt. Weil die von Russland und der Ukraine genannten Zahlen reine Propagandalügen sind. Die Verluste der russischen Armee liegen nach ihren eigenen Angaben im unteren zehntausender Bereich, während ukrainische Quellen und mit ihnen die ganze, sich „frei“ nennende westliche Propaganda-Medienlandschaft Angaben über Hunderttausende getötete „feindliche Soldaten“ macht.
Wie viele getötete Soldat:innen und Söldner es auf Seite der Ukraine gibt, darüber werden in der „freien“ Presse keine Angaben gemacht. Laut UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) hat dieser Krieg bis zum 14. August 2022 mindestens 5 514 tote Zivilist:innen, darunter mindestens 356 Kinder, gefor-

1 *Trotz alledem!* Ausgabe 67/September 2014, S. 11
2 de.statista.com/themen/8939/russland-ukraine-konflikt/#topicHeader__wrapper
3 de.statista.com/statistik/daten/studie/1293762/umfrage/anzahl-der-kriegsfluechtlinge-aus-der-ukraine/S. 43

dert. Zudem mindestens 7 698 verletzte Zivilist:innen, darunter 595 Kinder. Nicht mitberechnet sind wiederum tote und verletzte Zivilist:innen in den russisch besetzten Teilen der Ukraine. [4]
Viele Dörfer, Kreisstädte, Städte der Ukraine sind nun zusammen gebombte Kriegsruinen!
Dieser Krieg bedeutet nicht nur für die ukrainischen und russischen Werktätigen in Uniform, die gegeneinander gehetzt werden und sich auf dem Schlachtfeld angeblich für eine gerechte Sache gegenseitig umbringen eine Katastrophe. Sondern auch für alle Arbeiter:innen und Werktätigen dieser Erde eine Verelendung durch enorm steigenden Energie- und Lebensmittelpreise auch infolge dieses Kriegs.
Eine hochschnellende, Rekorde brechende Inflation weltweit bedeutet bei einer stagnierenden Wirtschaft für die Werktätigen nichts anderes als ansteigende Arbeitslosigkeit sowie relative und absolute Verelendung. Für die Ärmsten im globalen Süden bringt dieser Krieg die Vertiefung der Hungerkrise und die Zunahme von Hungertoten.
Dieser Krieg ist zugleich ein Krieg, der die Potenz hat, sich zu einem Krieg zu entwickeln, bei dem auch taktische Atomwaffen eingesetzt werden. Diese Option wird ernsthaft in Erwägung gezogen. Die russische Regierung droht ganz offen, sie sei bereit, im „Falle einer Bedrohung der Lebensinteressen Russlands", Atomwaffen zu verwenden. Das Atomwaffenarsenal Russlands ist schon seit den ersten Kriegstagen aktiviert worden.
Dazu kommt, dass das leistungsstärkste Atomkraftwerk Europas in Saporischschja von russischem Militär besetzt ist und die Ukraine erklärt, dass sie das Kraftwerk befreien wird. Das Kraftwerk ist bereits mehrfach unter Beschuss genommen worden, wobei natürlich von beiden Seiten die jeweilige Gegenseite beschuldigt wird, dafür verantwortlich zu sein. **Fakt ist**, dass die Welt durch diesen Krieg an den Rand einer neuen möglichen „Atomkatastrophe" gebracht wird.
Jeder Tag, den dieser Krieg dauert, bringt allen Völkern der Welt mehr Elend. Angefangen bei den Völkern der Ukraine und Russlands. Er ist ein Gräuel, das **sofort** und **ohne jede Bedingung beendet** werden muss!

Wessen Krieg ist das? Und warum dieser Krieg?

Dieser Krieg, der heute auf ukrainischem Territorium geführt wird, ist ein Krieg zwischen den westlichen imperialistischen Großmächten, angeführt vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten auf der einen, und dem russischen Imperialismus und seinen Verbündeten, vor allem der imperialistischen Großmacht China, auf der anderen Seite.
Die Tatsache, dass sich auf dem Schlachtfeld erstmal nur die russischen Truppen und die ukrainischen Truppen gegenüberstehen, heißt nicht dass dieser Krieg nur ein russischer – ukrainischer Krieg ist.
Die westlichen imperialistischen Großmächte USA, BRD, Frankreich, Vereinigtes Königreich (England), Italien, Kanada, Japan und ihre „westlichen Verbündeten" sind mit einer enormen finanziellen, militärischen, politischen „Unterstützung" offen Kriegsparteien in diesem Krieg.
Nur die direkte „Militärhilfe", Waffen und Geld für Waffenkauf, der zehn NATO Länder – angeführt von den USA – belief sich in dem Zeitraum zwischen dem **24. Januar bis zum 7. Juni 2022** auf 31,7 Milliarden Euro. [5]



Diese „Hilfe" wird permanent erhöht. Auf dem von Selenskyj veranstalteten digitalen Krim-Forum am 23. August verkündete Herr Scholz zusätzliche „Hilfe" mit Waffen im Wert von 500 Millionen Euro. Andere Forum Teilnehmer:innen haben auch neue „Hilfen" angekündigt. Damit ist die „Hilfe" auf über 50 Milliarden Euro gestiegen.
Die **„humanitäre"** finanzielle Hilfe der westlichen Staaten an den ukrainischen Staat, die an keinerlei

4 STATISTA REPORT Russland-Ukraine-Krieg, PDF Dokument, Seite 43

5 de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/

Bedingung hinsichtlich der Verwendung geknüpft ist, liegt über einem Vielfachen der direkten Militärhilfe. On Top kommen noch etliche 10 Milliarden Euro, die in den auch staatlich unterstützten „Spendenkampagnen" überall in der westlichen Welt gesammelt und der ukrainischen Regierung für den Krieg zur Verfügung gestellt werden.

Ohne die enorme Bewaffnung, Aufrüstung und Ausbildung der ukrainischen Armee vor allem durch den US-Imperialismus, könnte die Ukraine in diesen Krieg nicht lange bestehen!

Ohne die Umzingelungsstrategie der NATO gegenüber Russland, **ohne** die antirussische Hetze in der ukrainischen Bevölkerung durch die westliche Propagandamaschine, **ohne** das Versprechen der NATO-Mitgliedschaft an die Ukraine usw... könnte die Ukraine diesem Krieg nicht lange standhalten.

Auf der anderen Seite könnte die Großmacht Russland alleine einen Überfall auf die Ukraine nicht wagen, wenn sie nicht fest auf die Unterstützung der Großmacht China rechnen könnte. China ist die heutige Hauptkonkurrentin der USA und der westlichen imperialistischen Welt im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. D.h. China ist Kriegspartei auf der Seite Russlands, auch wenn das Land nicht mit Truppen auf dem Schlachtfeld auftritt. Weißrussland, Iran, das Assad-Regime in Syrien sind in diesem Krieg auf der Seite Russlands.

Staaten, wie Indien und die Türkei, lehnen es ab, in diesem Krieg offen gegen Russland Stellung zu nehmen, lehnen die Sanktionspolitik gegen Russland ab und machen auch nicht mit.

Die Bevölkerung der Ukraine und Russlands, die in diesem Krieg gegeneinander aufgehetzt werden, sind nichts als Kanonenfutter, nichts als austauschbare Kriegsmittel in einem inner-imperialistischen Krieg. Getötete Soldat:innen werden als „Gefallene Helden des Vaterlandes", Verletzte als „Heldenhafte Kriegsveteranen" „geehrt", dann aber durch neues Kanonenfutter ersetzt.

Aus Sicht der westlichen imperialistischen Mächte ist dieser Krieg ein Mittel, um den russischen Imperialismus einzukreisen, maximal zu schwächen und wenn möglich einen Regime-Change (Regimewechsel) in Russland herbeizuführen. Erklärtes Ziel ist, Putin zu stürzen und ein dem Westen freundliches, genehmes Regime, zu installieren.

Vom russischen Imperialismus aus gesehen, ist dieser Krieg ein Mittel, um die Einkreisung durch die NATO-Staaten zu stoppen, in der Ukraine Gebiete zu erobern, in denen die russische Bevölkerung eine wichtige Minderheit (wenn nicht die Mehrheit!) bildet und die Krim-Annexion endgültig zu besiegeln und möglichst einen Regime-Change in der Ukraine herbei zu bomben: Das Selenskyj-Regime soll durch ein „russlandfreundliches" Regime ersetzt werden, ein Regime, wie es vor dem „Maidan-Aufstand" an der Macht war, das durch westliche Mächte weggeputscht wurde.

Krieg in der Ukraine als Teil des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt

Dieser Kampf um die Neuaufteilung der Welt wurde durch weitreichende grundlegende Veränderungen und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach dem Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion und des ganzen „Ostblocks" Anfang der 1990er Jahre war Russland enorm geschwächt.

Trotz seiner gewaltigen ökonomischen Kraft und – obwohl es die zweitstärkste militärische Macht in der Welt war – spielte es bis Ende der 1990er Jahre keine bestimmende Rolle mehr in der Weltpolitik. Die westlichen imperialistischen Großmächte, USA, Deutschland, Frankreich, England, Kanada, Italien, Japan **(G7)** schienen unter Führung des US-Imperialismus die ganze Welt konkurrenzlos allein zu beherrschen. In dieser Dekade brüstete sich der Westen mit dem endgültigen Sieg der „liberalen Demokratie" und „der liberalen Ökonomie" über den „Kommunismus".

Er beschwor „Das Ende der Geschichte" und den Anbruch einer neuen „Zeit der Globalisierung" und „des Friedens" usw.

Russland hat sich allerdings Ende der 1990er Jahren erholt und mischte zu Beginn der 2000er Jahre wieder als eine imperialistische Großmacht, als einer der Hauptakteure in die Weltpolitik mit. Der russische Staat hat in den letzten zwei Dekaden sowohl in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion als auch im Nahen Osten (Syrien) und in Nordafrika (Libyen) seinen Einfluss wiedererlangt bzw. erweitert.

Russland hat zudem mit der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit" (SCO) mit China einen wichtigen Pakt geschlossen. Nicht nur diese Entwicklung Russlands bedeutete für die imperialistische Welt eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse. Vielmehr brachte auch die rasante Entwicklung Chinas von einem ökonomisch schwach entwickelten Land zu einer imperialistischen Großmacht in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Kräfteverhältnisse der imperialistischen Welt grundlegend durcheinander.

China ist heute nach BIP pro Kaufkraftparität (BIP/ppp) die größte Ökonomie der Welt, und hatte die USA schon 2019 als die weltweit erste ökonomische

Macht abgelöst.[6] Mit der Strategie der „friedlichen ökonomischen Infiltration" unter dem Deckmantel der „Hilfe zum gegenseitigen Nutzen" hat sich China zum mächtigsten wichtigsten Konkurrenten der G7 entwickelt.

China ist momentan in Afrika die imperialistische Macht Nr. 1. In Lateinamerika baut der chinesische Staat in vielen vom US-Imperialismus abhängigen Ländern seinen Einfluss aus. Im Nahen Osten hat er durch seine bilateralen Verträge mit den herrschenden Regimes immensen ökonomischen und politischen Einfluss. Und das ohne Militärpräsenz! Mit dem Jahrhundertprojekt „Seidenstraße", in dem 60 Länder in Asien, Afrika und Europa eingebunden sind, verbreitet China seine Einflussgebiete in der ganzen Welt. Für die USA ist China heute schon der strategische Hauptfeind, den es zu stoppen gilt.

Dabei ist der Pazifik Hauptkampfplatz. Nicht ohne Grund heißt es in dem neuen Strategiepapier der NATO, das mitten im Ukrainekrieg auf dem Madrider NATO Gipfel verabschiedet wurde: Die *„Volksrepublik China fordert unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte heraus und unterminiert die Regel-basierte internationale Ordnung*."[7]

Zu diesen Entwicklungen gesellt sich noch eine neue Entwicklung, die die Allein-Herrschaft der G7 in Frage stellt und stört. Viele mittelgroße kapitalistische Mächte, mit enormen Entwicklungspotenzial, wie zum Beispiel Indien, die Türkei und Brasilien, melden als regionale Mächte selbst imperialistische Ambitionen an.

Teilweise sind sie noch von westlichen imperialistischen Großmächten abhängig, aber sie versuchen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt als unabhängige Akteure aufzutreten. Dabei lavieren sie zwischen den Großmächten hin und her. Das erleben wir auch aktuell im Verlauf des Kriegs in der Ukraine.

All diese Entwicklungen bringen zwingend die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung. Und dieser Kampf tobt seit Anfang der 2000er Jahre in Form der „friedlichen ökonomischen Infiltration" und in Form von „Stellvertreterkriegen" auf der ganzen Welt.

Stellvertreterkriege sind bedeutende, regional begrenzte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten und Nicht-staatlichen Akteuren, in denen die imperialistischen Großmächte nicht direkt mit ihren eigenen Armeen gegeneinander kämpfen. Sie bewaffnen und unterstützen die von ihnen abhängigen Kriegsparteien, ihre Stellvertreter.

In diesen Kriegen verwenden die imperialistischen Mächte die existierenden ethnischen, religiösen und konfessionellen Widersprüche zwischen den regionalen staatlichen und nicht staatlichen Kräften. Sie hetzen die Völker gegeneinander auf und versuchen dabei ihre imperialistischen Rivalen zurück zu drängen und ihre eigenen Einflussgebiete zu sichern bzw. zu erweitern.

Diese Kriege tobten und toben auf allen Kontinenten: In Asien, Afghanistan, Myanmar, Siri Lanka, im Mittelosten Irak, Syrien, Palästina, Iran, Kurdistan, Jemen, in Afrika Kongo, Somalia, Mali, Liberia, Eritrea, Äthiopien, Libyen, Sudan, in Lateinamerika, Venezuela, Kolumbien und in Europa, Ehemaliges Jugoslawien, Donbas Gebiet.

Der Krieg in der Ukraine ist noch ein Stellvertreterkrieg auf Seiten des westlichen Imperialismus. Der russische Imperialismus tritt direkt als Kriegspartei auf, weil er seine Interessen durch seine „Verbündeten" nicht durchsetzen konnte. Das ist ein **neuer Meilenstein im Wettstreit um die Neuaufteilung.** Weil dieser Krieg die reale Gefahr in sich birgt – wenn auch sehr gering – sich so auszuweiten, dass NATO-Streitkräfte direkt in den Krieg eingreifen und es zu einem begrenzten atomaren Schlagabtausch kommen kann. Deswegen ist es wichtig für alle Völker der Welt, dass dieser Krieg **umgehend** mit einem **sofortigen** Waffenstillstand ohne Vorbedingungen erstmal gestoppt wird.

Wer in diesem Krieg, „Krieg bis zum Sieg" schreit oder diese Position unterstützt ist ein Kriegshetzer. Wer mit Geld und Waffen die Fortführung dieses Kriegs möglich macht, oder dies fordert ist ein Kriegshetzer.

Propagandalügen und Wahrheit

Wie bei jedem ungerechten, reaktionären, imperialistischen Krieg werden auch in der Ukraine die imperialistischen Interessen der Kriegsparteien hinter angeblich hehren Zielen der Kriegsparteien verschleiert.

Der neue Möchtegern Zar des russischen Imperiums Wladimir Putin definiert die Ziele der „Speziellen Operation"[8] in der Ukraine als „Verhinderung des Völkermordes an der russisch sprechenden Bevölkerung in der Ukraine" und als „Rettung des ukrainischen Brudervolkes vor dem Nazi-Regime, das in Kiew herrscht!". **Fakt ist**, dass sich die offen zu den ukrainischen Nazi-Kollaborateur-Organisationen im zweiten Weltkrieg bekennende Truppen der „Asow-Brigade" seit 2014 in die ukrainische Armee integriert sind. Sie haben prak-

6 de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt

7 Madrid Summit Declaration, Issued by NATO Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Madrid 29 June 2022, Punkt 6

8 Das Wort Krieg in Bezug auf die Ukraine ist in Russland unter Strafandrohung verboten! Schon das zeigt die Heuchelei des faschistischen Putin Regimes.

tisch im Krieg um die sich als unabhängige Volksrepubliken definierenden Gebiete Luhansk und Donezk in den vordersten Reihen als Stoßtrupp fungiert.

Auch in Mariupol, das jetzt im Krieg von der russischen Armee völlig zerstört wurde, war es die ukrainische Nazi-Stoßtruppe, die Asow-Brigade, die sich in einem Stahlwerk mit Teilen der Zivilbevölkerung als Schutzschild verschanzt und bis zuletzt gekämpft hatte.

Das Selenskyj-Regime feiert diese Nazi-Faschisten und ehrt sie als „tapfere Patrioten und mutige Kriegshelden".

Auf der anderen Seite ist es eine Unverschämtheit und Heuchelei wenn einer wie Putin, von der „Entnazifizierung" der Ukraine als Kriegsziel tönt. Angesichts der Tatsache, dass das Putin-Regime selbst eins der **aggressivsten faschistischen Regime** der Welt ist.

Was für eine Heuchelei ist es, wenn Putins Regime von „Völkermord" an der russisch sprechenden Bevölkerung in der Ukraine redet, angesichts der Vernichtung ganzer ukrainischer Städte z.B. wie Mariupol durch die russische Armee?

Was für eine Heuchelei ist es, vom Brudervolk zu reden, wenn der großrussische Chauvinist Putin in seiner Rede am 24. Februar 2022 der ukrainischen Nation eine eigenständige nationale Identität und dem ukrainischen Staat die eigenständige staatliche Existenz abspricht. Im Weltbild dieses lupenreinen groß-russischen Chauvinisten sind Ukrainer:innen als „Westruss:innen" mit den „Weissruss:innen" und „Ostruss:innen" Teile ein- und derselben „großrussischen Nation"!

Laut Putin existiert keine ukrainische Sprache, sondern ukrainisch sei nur „ein Dialekt der russischen Sprache". Die ukrainische Nation und der ukrainischer Staat seien „künstliche Gebilde". Die Gründung der Sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine als eigenständiger Staat, mit der Anerkennung des Rechts auf Lostrennung war nach diesem Chauvinisten „ein großer Fehler Lenins und Stalins".

Putin geht noch einen Schritt weiter in seiner Rede: *„Im Hinblick auf das historische Schicksal Russlands und seiner Völker waren die **leninistischen Prinzipien des Staatsaufbaus** nicht nur ein Fehler, sondern **weitaus schlimmer als ein Fehler**. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 wurde das absolut offensichtlich."*[9] (Hervorh. TA)

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Geschichte und die Praxis der Sowjetunion haben ganz klar gezeigt, dass ein friedliches Zusammenleben verschiedener Nationen und Nationalitäten in einem Vielnationen- und Vielnationalitäten-Staat nur in einem sozialistischen Staat, der auf den leninistischen Prinzipien des Staatsaufbaus beruht, möglich ist:

Das Recht auf Staatsgründung und Lostrennung für alle Nationen und völlige Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Nur auf der völligen Gleichberechtigung aller Nationalitäten, und prinzipiellen Ablehnung jeglicher Privilegien für eine Nation ist eine freiwillige Einheit verschiedener Nationen und Nationalitäten in einem gemeinsamen Staat möglich.

Der Krieg in der Ukraine zeigt beispielhaft was das Ergebnis einer nationalistisch-chauvinistischen Politik für die Völker ist: Gegenseitiges Abschlachten im Namen der Vaterländer!

Dem gegenüber verkündet Wolodymyr Selenskyj, der Möchtegern Führer der freien Welt von US-Gnaden, jeden Tag, dass er einen Kampf des „Guten gegen das Böse", der Demokratie gegen die Diktatur, der Freiheit gegen die Sklaverei führe. Dem zollen bürgerliche Parlamente der selbsternannten „freien westlichen Welt" minutenlange stehende Ovationen. Denn Selenskyj ist es, der das ukrainische Volk immer tiefer in den Krieg treibt – an vorderster Front für die ureigensten Interessen der westlichen Imperialisten. Er ist der Haupteinpeitscher für die Weiterführung und Erweiterung dieses Kriegs „bis Russland besiegt wird".

Am 24. August posaunte er großspurig: *„Gegen die russischen Aggressoren werden wir bis zum Ende kämpfen. Mit dem Feind werden wir keine Kompromisse eingehen, dem Feind werden wir keine Konzessionen geben. (...) Wir werden keine Verständigung mit den Terroristen suchen.*

9 anti-spiegel.ru/2022/praesident-putins-komplette-rede-an-die-nation-im-wortlaut/?doing_wp_cron=1660948817.3903629779815673828125

Für uns ist Ukraine in ihrer Gänze: Mit allen 25 Regionen, ohne Kompromisse und Konzessionen." [10]

Selenskyj fordert von den westlichen imperialistischen Mächten immer mehr schwerere Waffen, Panzer, Kampfjets, Raketen und gleichzeitig fordert er die NATO auf, direkt zu intervenieren, was nichts anderes als ein Aufruf zur Eskalation des Krieges bedeutet.

Dieser neue „Held" der westlichen Welt ist ein Heeresführer, in dessen Armee, die Asow-Nazi-Banden an der vordersten Front mitkämpfen! Für Freiheit und Demokratie! Was für eine Heuchelei. Dieser neue Held des „demokratischen" Westens macht Kritiker:innen an seiner Politik mundtot. Er erklärt diejenigen, die nicht seine aggressiv-ukrainisch nationalistische Politik bedingungslos unterstützen zu „Agenten Russlands" und zu „Kollaborateuren"!

Als Amnesty International einen Bericht veröffentlichte in dem die Menschenrechtsverletzungen der ukrainischen Armee und der selbsternannten Kämpfer:innen in diesem imperialistischen Dreckskrieg auch aufgeführt werden, [11] erbost sich dieser „Demokrat" und Verteidiger der westlichen Werte, und lässt seine Berater twittern: *„Moskau versucht mithilfe seines ganzen Netzwerks an Einflussagenten, die ukrainische Armee in den Augen der westlichen Gesellschaften zu diskreditieren und den Nachschub an Waffen zu stören. Es ist eine Schande, dass sich eine Organisation wie Amnesty an dieser Desinformations- und Propagandakampagne beteiligt".* [12] So sieht der Krieg der ukrainischen Regierung um **„westliche Werte"** aus.

Charakter des Kriegs in der Ukraine

Krieg ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln. Der Charakter eines Kriegs wird **nicht dadurch bestimmt**, welche Seite zuerst angegriffen hat bzw. wer sich verteidigt etc.

Der Charakter eines Kriegs wird **dadurch** bestimmt, welche Politik, welche Interessen durch kriegerische Mittel durchgesetzt werden sollen.

In diesem Krieg existiert auch ein nationaler Moment, den Selenskyj, und mit ihm als Sprachrohr auch seine Damen und Herren in G7, vor allem im Pentagon, weidlich demagogisch ausnützt, um die ukrainische Bevölkerung im Krieg hinter der ukrainischen Bourgeoisie zu sammeln.

Auch für die Mobilisierung der Bevölkerung im westlichen Ausland und für die weitere Erhöhung der Militärhilfe ist das Argument des nationalen Befreiungskriegs des ukrainischen Volkes, „vereint hinter seiner heldenhaften Führung", gegen den „russischen Angriffskrieg" ein sehr gut einsetzbares Argument.

Tatsächlich kämpfen ukrainische Arbeiter:innen und Werktätige in Soldatenuniformen an den Fronten gegen die Besetzung ihres Landes durch die russische Armee. Bestimmt denkt die übergroße Mehrheit der Ukrainer:innen, dass sie einen nationalen Befreiungskrieg führen. Der Kampf gegen eine Besatzungsmacht für Unabhängigkeit ist ein gerechter Kampf. **Aber dieser nationale Moment bestimmt den Charakter dieses konkreten Krieges nicht.**

Dieser Krieg ist – obwohl er auf ukrainischem Boden ausgetragen wird – nicht ein Krieg der Ukraine gegen Russland! Dieser Krieg ist ein Krieg der imperialistischen Großmächte, als Teil des Kampfes um die **Neuaufteilung der Welt** auf ukrainischem Boden. Dieser Krieg ist ein **inner-imperialistischer Krieg**.

Es geht in diesem Krieg der imperialistischen Mächte um nichts anderes als die Erhaltung und Erweiterung der Einflusszonen. Die imperialistische Großmacht Russland versucht ihren bedrohten Einfluss in der Ukraine aufrechtzuerhalten, in dem sie einen möglichst großen Teil des Landes, aber wenigstens den Teil, in dem die russische Bevölkerung die Mehrheit bildet, militärisch zu besetzen und zu annektieren. Russland spekuliert mit diesem Krieg auch auf einen Regime-Change in der Ukraine.

Die westlichen imperialistischen Mächte, angeführt von dem US-Imperialismus wollen durch diesen Krieg die Ukraine vollständig unter ihre Kontrolle bringen. Die Krim und die „abtrünnigen Gebiete" im Donbas [13] wollen sie „befreien". Ihr Interesse, vor allem aber, das der USA ist es, den Krieg möglichst in die Länge zu ziehen, um Russland militärisch maximal zu schwächen.

Durch den in die Länge gezogenen Krieg, unterstützt mit den Mitteln des ökonomischen Kriegs per Sanktionen und Embargos soll Russland in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt und so die Bedingungen für einen Regime-Chance geschaffen werden.

Seit dem Beginn des Kriegs haben verschiedene westliche Staaten und Institutionen tausende von Sanktionen gegenüber dem russischen Staat, gegenüber russischen Firmen und Personen beschlossen. Bis zum 17. August hatten die USA 1 461, die Schweiz 1 130,

10 newsrnd.com/life/2022-08-24-zelensky-we-will-fight-to-the-end-no-compromise.BJkXC_Qyo.html

11 amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/ukraine-kampftaktik-der-ukrainischen-armee-gefaehrdet-zivilpersonen

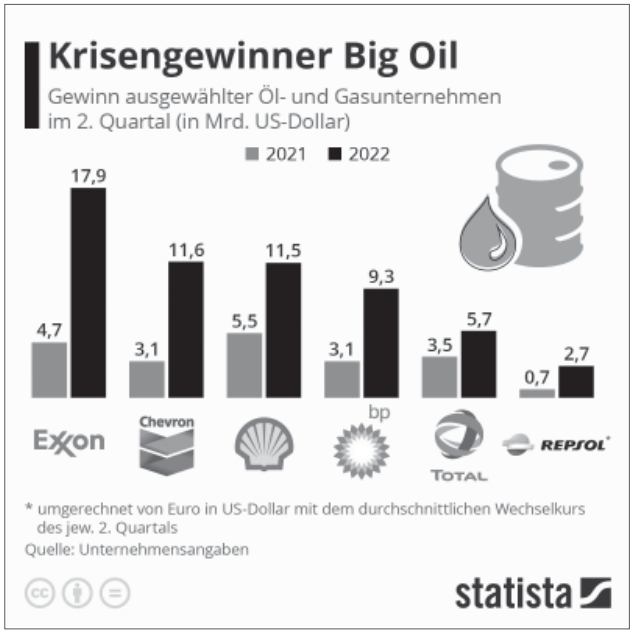
12 https://www.n-tv.de/politik/Amnesty-erhebt-Vorwuerfe-gegen-ukrainische-Armee-article23506086.html

13 So nennen sie den 2014 als Reaktion auf die „orangene Revolution" genannten Putsch gegen die russlandfreundliche Janukowitsch Regierung gegründeten „Unabhängige Volksrepubliken Luhansk und Donezk". Die Anerkennung dieser Republiken und der Verzicht auf eine NATO- Mitgliedschaft der Ukraine waren seit 2014 die Forderung Russlands an die Ukraine und „Westen".

das Vereinigte Königreich (England) 1 034, die EU 891, Australien 863, Japan 618 Sanktionen beschlossen. [14]
So wurden über 350 Milliarden US-Dollar von Russland, die in zahlreichen Banken in verschiedenen westlichen Ländern geparkt sind, einfach eingefroren. Unmengen von Immobilien und mobilen Objekten in westlichen Ländern, deren Besitzer:innen als „Kreml-nahe Oligarch:innen" identifiziert wurden, wurden konfisziert. Die USA droht allen Staaten, Firmen und Personen, die die amerikanischen Sanktionen nicht mittragen, Zwangsmaßnahmen an. [15] Im weiteren Verlauf des Krieges werden sicherlich noch weitere Sanktionspakete aufgelegt.
Als Ergebnis dieses, in Worten heiligen, in Taten rechtswidrigen Wirtschaftskrieges, hoffen die westlichen Imperialisten auf einen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, in dessen Folge das russische Volk gegen das Putin-Regime aufsteht.
Das Kieler Institut für Weltwirtschaft sieht in seiner Prognose, eine 9,7 prozentige Schrumpfung der russischen Wirtschaft in diesem Jahr voraus. [16] Ob das ein Wunschdenken ist, werden wir im ersten Quartal 2023 sehen. Fakt ist aber, dass der Krieg nicht nur die russische Wirtschaft, sondern die Ökonomien aller Länder insgesamt negativ beeinflusst. Das bedeutet für die Arbeiter:innen und Werktätigen aller Länder weitere Verelendung!
Damit sehen wir ganz offen, wessen Krieg dieser Krieg ist; welche Politiken mit kriegerischen Mitteln verfolgt werden.

Gewinner:innen und Verlierer:innen des Kriegs in der Ukraine

Wie bei allen Kriegen gibt es auch im inner-imperialistischen Krieg auf ukrainischem Territorium Gewinner:innen und Verlierer:innen. Natürlich ist das eine vorläufige Bilanz, weil der Krieg weiter läuft und das Ende nicht abzusehen ist.
Die Gewinner:innen dieses Kriegs sind an erster Stelle die Energie- und Kriegsindustrie-Konzerne. Durch diesen Krieg, dessen unmittelbare Kosten auf 500-600 Milliarden Euro geschätzt werden (siehe oben) haben sich die Profite der Öl- und Erdgaskonzerne vervielfacht.
Nur in dem zweiten Quartal, in den drei Monaten nach dem Beginn des Kriegs, April, Mai, Juni 2022 fuhren die größten westlichen Öl- und Erdgaskonzerne folgende Gewinne ein:
Exxon 17,9 Milliarden US-Dollar, Chevron 11,6 Milliarden US-Dollar., Shell 11.5 Milliarden US-Dollar, BP 9,3 Milliarden US-Dollar, Total 5,7 Milliarden US-Dollar, Rapsol 2,7 Milliarden US-Dollar [17]



Die Gewinne einiger europäischer Energiekonzerne sahen im ersten Halbjahre 2022 folgendermaßen aus: OMV 5,6 Milliarden Euro, Gunvor 2 Milliarde Euro und Axpo 0,5 Milliarden Schweizer Franken.
Der Aktienkurs der deutschen RWE stieg in den ersten sechs Monaten 2022 um 30 Prozent. [18]
Und alle diese Konzerne und noch viele mehr, hatten die Unverschämtheit Hilfsanträge an die europäischen Staaten, darunter auch die BRD, zu stellen. Sie werden diese Hilfen höchstwahrscheinlich auch erhalten. Es sind ja ihre Staaten!
In Russland ist der Energie-Konzern Gazprom Hauptlieferant von Erdgas an die europäischen Länder eindeutig **der Gewinner** dieses Kriegs. In sechs Kriegsmonaten hat dieser Konzern – und damit vor allem der russische Staat – durch die gezielte Verknappung und Spekulation und den dadurch bedingten angestiegenen Gaspreisen bei etwa einem Drittel der normalen Liefermenge mehr Gewinn als je zuvor eingestrichen.

14 STATISTA REPORT Russland-Ukraine-Krieg, PDF Dokument, Seite 57
15 Sanktionen sind – im internationalen Recht – völlig rechtswidrig. Internationales Recht sieht den „freien Verkehr von Kapital und Waren" vor. Verträge, die geschlossen werden, sind einzuhalten. Daran sieht man: Was Recht und was Unrecht ist in dieser Welt, bestimmt der Stärkere. Dieser Wirtschaftskrieg ist aber rechtswidrig, würde man das internationale Recht ernst nehmen. Sie berufen sich ständig auf internationales Recht, was ihrer Meinung nach heilig ist.
16 STATISTA REPORT Russland-Ukraine-Krieg, PDF Dokument-Seite 59
17 Statista; Krisengewinner Big Oil
18 Tagesspiegel 24.08.2022, Printausgabe, Seite 1, Kommentar „Kein Kompass in der Krise"

Hinzu kommt noch die Verdreifachung! der Gas-Ausfuhr nach China. Und dies zu erhöhten Gaspreisen.
Zu Beginn des Kriegs wurde in den westlichen Medien vollmundig über ein Embargo gegen Gazprom schwadroniert. Dadurch sollte die „Finanzierung von Putins Krieg" beendet werden.
Anfang März zahlten die EU Länder zusammen täglich 660 Millionen Euro für Gaslieferungen aus Russland. [19]
Als erster Schritt wurde durch immensen politischen Druck und offene Sanktionsdrohungen gegen beteiligte deutschen und europäischen Firmen, Institutionen, Personen (So viel zur „Partnerschaft" und „Engen Bündnispartnern"-Erzählungen) durch die USA in

Deutschland das Nord Stream 2 Projekt, das quasi fertiggestellt war, nicht in Betrieb genommen.
Das Projekt wurde einfach gestoppt! Somit sollte Putin bestraft und seine Kriegskasse geleert werden. Nach sechs Monaten Krieg hat Russland die Waffe des Öl- und Gasembargos umgekehrt. Sie wird nun vor allen gegen die EU-Länder verwendet. Wegen angeblicher, vorgeschobener technischer Mängel, notwendigen Wartungsarbeiten, wegen westlicher Sanktionen nicht gelieferter Ersatzteile etc. wird einfach weniger Gas geliefert, als vertraglich vereinbart ist.
Weniger Gas aus Russland auf dem europäischen Markt bedeutet automatisch steigende Gaspreise, also mehr Gewinn für Gazprom.
Für die **Kriegsindustrie** ist der Krieg eine Lebensader. Jeder neue Krieg kurbelt die Waffenproduktion an und fährt mehr Profite ein. Der Preis einer einzigen Stinger-Lenkrakete variiert zwischen 250 000 bis 400 000 US-Dollar. Der Preis eines einzigen Leopard 2 Panzers liegt bei drei bis sieben Millionen Euro!
Die Waffenproduzenten der imperialistischen Länder sind für jeden Krieg zu haben. Das versteht sich von selbst!
Es braucht aber schon einen bösen russischen Despoten und einen realen Krieg gegen diesen, damit die ehemalige bürgerlich pazifistische Partei, Die Grünen, zu einer ausgesprochenen Kriegs-Hetzer-Partei wird. Die Grünen beherbergen in ihren Reihen die eifrigsten Unterstützer:innen der Waffenschmiede Deutschlands. Grüne Minister:innen werden zu den besten Verkäufer:innen deutscher Kriegsgeräte. Natürlich im Namen von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, wie schon im Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien.
Aber nicht nur Konzerne der Kriegsindustrie und Energie-Monopole sind Gewinner dieses Kriegs.
Auch die **Lebensmittelindustrie**, die die Preise durch den teilweise kriegsbedingten Wegfall von Agrarprodukten aus der Ukraine und Russland in die Höhe treiben konnte, verdient enorm an diesem Krieg.
Die Bauwirtschaft sitzt schon in den Startlöchern. Bereits jetzt werden von marktführenden Baulöwen mittels der Regierungen Vorverträge für den „Wiederaufbau" mit dem Selenskyj-Regime geschlossen. Natürlich nur aus „humanitären Hilfsgründen!". Satte Profite in den Kassen der Baukonzerne warten schon.
Was die Gewinner auf staatlicher Ebene betrifft, sind die **USA** eindeutig der **Hauptprofiteur dieses Krieges**.
Russland, die **zweitstärkste Militärmacht der Welt,** und zugleich Verbündeter des Hauptrivalen Chinas, wird durch diesen Krieg geschwächt. Mittelfristig wird der Hauptgaslieferant der europäischen Länder aus dem Markt gedrängt.
Die USA erschließen für ihr durch Fracking gewonnenes teureres und umweltschädlicheres Flüssiggas den europäischen Markt. Die bislang guten, von den USA nicht kontrollierbaren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Länder zu Russland werden nachhaltig gestört. Einer der Konkurrenten des US-Imperialismus, die EU, mit Deutschland und Frankreich an der Spitze, wird ökonomisch massiv geschwächt.
In diesem konkreten Krieg wird die EU politisch wieder in gewisser Hinsicht zu einem Anhängsel der USA. Durch diesen Krieg wird das Hauptkriegsinstrument der USA, die NATO, die vor zwei Jahren vom französischen Präsidenten für „hirntot" erklärt wurde, wieder quicklebendig gemacht. Neben der Ukraine haben Finnland und Schweden, zwei bisher paktungebun-

19 manager-magazin.de/politik/660-millionen-euro-pro-tag-so-finanzieren-wir-putins-krieg-a-ca9a5298-f0d0-4a0d-9ec4-48fb62b0b778

dene Nachbarstaaten Russlands, Anträge für die NATO-Mitgliedschaft gestellt.
Pläne einer von der NATO und den USA **unabhängigen „europäischen Armee"** wurden vorerst hinten angestellt. Der westliche Block unter Führung der USA wurde wieder erweckt. Das alles hat für die Vorbereitung eines dritten Weltkriegs dem US-Imperialismus bedeutende Vorteile verschafft.
Zweiter Gewinner dieses Kriegs ist die **sozialimperialistische Großmacht China**. Ohne sich die Hände schmutzig zu machen konnte China nur mit seiner politischen Haltung die Allianz mit der zweitstärksten Militärmacht der Welt gegen den westlichen Block verstärken.
Die militärische Allianz zwischen China und Russland ist jetzt sehr viel intensiver als vor dem Krieg. Zudem wird in dieser Allianz die Dominanz Chinas gegenüber Russland verstärkt und viel massiver. Denn Russland wird durch die Kosten dieses Kriegs geschwächt. China kann durch den teilweisen Wegfall des europäischen Marktes für Russland nun russische Energie, Metalle, Agrarprodukte und Industrie-Waren mit günstigeren Konditionen wesentlich billiger kaufen. Der Krieg hat auch für die Verwirklichung der langfristigen Pläne Chinas, den US-Dollar als quasi Weltwährung abzulösen sowie den internationalen Finanzmarkt neu zu ordnen, neue Türen eröffnet.
Die Gewinne und Verluste der imperialistischen Großmacht Russland halten sich bisher in der Waage. Als Gewinn kann Russland die direkte Besetzung etwa von 20 Prozent des ukrainischen Territoriums auf sein Konto verbuchen.
Nach der Krim, sind nun Luhansk und Donezk quasi zum russischen Staatsgebiet geworden. Auch mit einem besetzten breiten Landkorridor sind die Krim und die besetzten Gebiete mit russischer Bevölkerungsmehrheit miteinander geografisch verbunden. Dadurch ist auch der Zugang der Ukraine zum Asowschen Meer gekappt. Dieses ist nun zu einem russischen Binnenmeer geworden.
Im Norden der Krim sind viele Gebiete in und um Cherson russisch besetzt. Im Donbas und in Cherson gehen die Kämpfe weiter. Augenscheinlich hat Russland mit der Annexion Luhansk und Donezk sowie mit der Eroberung eines Landkorridors zwischen diesen „Volksrepubliken" und der „russischen Krim" nun seine **militärischen Minimalziele** erreicht.
Um Russland aus diesen Gebieten zu vertreiben, wird – so scheint es – auch die weitere Hochrüstung der Ukraine nicht ausreichen. Die NATO müsste dafür **direkt in den Krieg** eingreifen, was zu einer unkontrollierbaren Eskalation führen würde. Momentan ist die Politik der NATO (des westlichen Blocks unter Führung der USA) die Ukraine weiter aufzurüsten, aber nicht direkt einzugreifen, solange Russland kein NATO Mitglied angreift.
Zu den Gewinnen Russlands kann auch gerechnet werden, dass die russische Wirtschaft durch den Wirtschaftskrieg bisher nicht in die Knie gezwungen wer-

AKTUELLE ENTWICKLUNG
Stand 7.10.2022

Sprengung der Gaspipelines Nordstream I und II

Am 27. September veröffentlichte die dänische Luftwaffe Videos, die große Blasen- und Schaumteppiche auf der Ostsee zeigten. Ein Seismograph auf der dänischen Insel Bornholm hat zur gleichen Zeit zwei Beben unter Wasser registriert. Es hat sich herausgestellt, dass durch gezielte Anschläge auf die Gaspipelines Nordstream I und II riesige Lecks entstanden sind, wodurch das in den Röhren befindliche Gas entwichen, und durch Druckabfall der Gastransport durch diese unmöglich gemacht wurde.
Zwar ist durch diesen offensichtlichen Sabotageakt erstmal nur die Gasleitung Nordstream I betroffen, da Nordstream II auf Druck der USA nach dem 24. Februar nicht in Betrieb genommen wurde. Allerdings ist durch den Anschlag dieser Weg des direkten Gastransports von Russland nach Deutschland auf Jahrzehnte hinaus – wenn nicht für immer – ad acta gelegt.
Eine solche Sabotageaktion 70 Meter unter dem Meer, in dem ständig Militärmanöver stattfinden, und das unter permanenter Beobachtung diverser Geheimdienste steht, kann nur ein Akt staatlicher Institutionen sein, darüber sind sich alle Expert:innen und Kommentator:innen aller Seiten einig. Nur was die Täter:innen betrifft werden unterschiedliche Theorien verbreitet.
In den Medien der westlichen imperialistischen Ländern wird Russland und Putin selbst vorgeworfen, die eigenen Pipelines in die Luft gejagt zu haben, um aus den vertraglichen Verpflichtungen rauszukommen und dem Westen einen eiskalten Winter zu bescheren! Russische Medien hingegen beschuldigen westliche, vornehmlich US-Geheimdienste als Täter:innen.
Wer auch immer die Täter:innen und Hintermänner/frauen dieser Aktion sind, Fazit ist, dass durch diese Sabotageaktion eine mögliche Rückkehr Deutschlands von der heutigen Kriegspolitik gegen Russland und eine etwaige Annäherung und weitere Zusammenarbeit in punkto Energiehandel weitgehend ausgeschlossen ist.
Durch die Anschläge sind die Gaszufuhr nach Deutschland und die Bezahlung an Russland gekappt. Eine größere Anbindung Deutschlands und der EU an die USA hinsichtlich der Deckung des Energiebedarfs wurde erzwungen. Der Gewinner dieser Sabotageaktion heißt eindeutig USA.

den konnte, wie vom „Westen" behauptet und gehofft. Die ökonomischen Verluste halten sich bisher in kontrollierbaren Grenzen.

Zu den Verlusten Russlands gehören erstmal natürlich die **hohen Menschenverluste der russischen Armee**. Bisher haben diese nicht zu einer breiten Reaktion der Volksmassen geführt. Aber langfristig können diese hohen Zahlen von Todesopfern zu Protesten führen, die mit patriotischen Reden und Geldgeschenken an die Hinterbliebenen nicht aufgehalten werden können.

Die hohen Verluste vieler schwerer Kriegsgeräte, ein Kreuzer, dutzende Panzer, Kampfjets bescheren der Kriegsindustrie zwar hohe Profite, bedeuten aber für

AKTUELLE ENTWICKLUNG
Stand 7.10.2022

Neue Etappe

im imperialistischen Krieg in der Ukraine

Von der „Spezialoperation" zum Krieg und zur offenen Annexion

Am 21. September hat Putin in einer Rede die **Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte** angekündigt und folgendermaßen begründet:

„Der Westen hat in seiner aggressiven antirussischen Politik jedes Maß verloren. Unser Land und unser Volk werden ständig verbal bedroht. Einige verantwortungslose westliche Politiker reden sogar davon, der Ukraine weitreichende Angriffswaffen zu liefern – Systeme, die es erlauben würden, Ziele auf der Krim und in anderen russischen Regionen anzugreifen. ... Nicht einmal vor atomarer Erpressung schrecken sie zurück.

Ich habe dabei nicht nur die vom Westen gebilligten Angriffe auf das Atomkraftwerk Saporoschje im Auge, die eine atomare Katastrophe auslösen können. Es gibt Äußerungen bestimmter hochgestellter Vertreter von NATO-Staaten über die Möglichkeit und Zulässigkeit, gegen Russland Massenvernichtungswaffen einzusetzen – auch atomare.

Denjenigen, die sich an die Adresse Russlands derartige Erklärungen erlauben, will ich hier in Erinnerung rufen, dass auch unser Land über verschiedene schlagkräftige Waffensysteme verfügt und dass sie in einigen Komponenten auch moderner sind als diejenigen, über die die NATO verfügt. Sollte die ***territoriale Integrität unseres Landes*** *bedroht werden, werden wir nicht zögern, zur Verteidigung Russlands und unseres Volkes* ***alle Mittel einzusetzen, die uns zur Verfügung stehen. Das ist kein Bluff."*** [1]

Die Androhung bei Verletzung der *„territorialen Integrität unseres Landes … alle Mittel einzusetzen, die uns zur Verfügung stehen"* und die Erklärung *„das ist kein Bluff"*, wurde von den westlichen Mächten entweder *„als ein Bluff"* klassifiziert oder aber mit der Drohung *„in diesem Falle vernichten wir Russland"* gekontert.

Dann erfolgte der Schritt von Putin, die besetzten Gebiete in der Ukraine Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja Ende September – **Anfang Oktober** offen **zu annektieren** und offiziell **zum Teil „unseres Landes", zum russischen Territorium zugehörig zu erklären.**

Zwischen dem **23. und 27. September** wurden in den *„Volksrepubliken Donezk und Lugansk, der Bezirke Saporoschje und Cherson"* Referenden durchgeführt, mit der Frage, wollt ihr Teil der Russischen Föderation (RF) werden Ja oder Nein. Das unter der Herrschaft der militärischen Besatzung vorhersehbare Ergebnis wurde am 28. September veröffentlicht.

Die „überwiegende Mehrheit" hatten mit ja gestimmt. Am selben Tag haben die örtlichen Verwaltungen den Antrag zur Aufnahme in die RF gestellt. Am 30. September hat Putin nach einer feierlichen Zeremonie das Dekret zur *„Aufnahme dieser Gebiete in die Russische Föderation"* unterschrieben. Am dritten Oktober wurde dieses Dekret erst in der Duma, dann in dem Föderationsrat einstimmig angenommen, und ratifiziert. Damit wurde der Annexion ein „völkerrechtliches" Alibikleid geschnitten. Fakt ist, dass durch diese Entwicklung der Krieg in der Ukraine in eine **neue Phase** eingetreten ist.

Putin propagiert in seiner Rede am 30. September, das Ergebnis des Fake Referendums als *„Rückkehr der Menschen in ihr eigentliches, historisches Vaterland."* Er fährt fort: *„Wir rufen das Kiewer Regime auf, unverzüglich das Feuer einzustellen, diesen Krieg zu beenden, den es schon 2014 entfesselt hat und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. (…) Aber über die Entscheidung des Volkes von Donezk, Lugansk, Saporoschje und Cherson werden wir nicht verhandeln. Diese Wahl ist getroffen und Russland wird die Menschen dort nicht verraten."* [2]

Die Antwort auf das Angebot zum Verhandlungstisch zurückzukehren kam prompt. His masters voice, Kriegsherr Selenskyj erklärte: *„Es gibt nichts zu verhandeln mit dem heutigen Präsidenten der Russischen Föderation Putin. Wir reden, wenn wir mit einem anderen Präsidenten der RF verhandeln."*

Das bedeutet nichts anderes als, der Krieg in der Ukraine wird in **nächster Zukunft brutaler und gefährlicher**. Russland wird sich auf die Verteidigung der nun annektierten Gebiete konzentrieren und jeden militärischen Akt für die „Befreiung" dieser Gebiete, als Angriff auf Russland definieren und mit noch mehr Vernichtungskraft die ukrainischen Städte bombardieren. Die Gefahr, dass dieser Krieg sich zu einem Krieg entwickelt, in dem auch Atombomben eingesetzt werden ist seither enorm gestiegen.

Es ist höchste Zeit gegen diesen Krieg aufzustehen und Stopp zu sagen.

1 https://www.jungewelt.de/artikel/435231.dokumentiert-das-ist-kein-bluff.html

2 www.jungewelt.de/artikel/435881.gesehen-wozu-herrschende-kreise-im-westen-in-der-lage-sind.html

die **russische Staatskasse** hohe Ausgaben, die dann von Arbeiter:innen und Werktätigen wieder ausgepresst werden. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung Russlands mit einem kurzzeitigen Ende der „Spezialoperation" rechnete, weil ihnen die russische Propaganda das vorgegaukelt hatte. Nun dauert der Krieg schon sechs Monate. Jeder weitere Tag verschlechtert die Lebensbedingungen der Arbeiter:innen und Werktätigen.

Die **EU**, vor allem natürlich die führenden Mächte der EU, der deutsche und der französische Imperialismus gehören zu den **Verlierern** unter den imperialistischen Mächten. Sie haben sich in diesem Krieg dem US-Imperialismus angeschlossen und die Möglichkeit einer von den USA unabhängigen Politik und damit einer möglichen Vermittlerrolle in diesem Konflikt aufgegeben.

Die ökonomischen Interessen wurden der „Bündnistreue" untergeordnet. So wie z.B. bei der Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream 2. Ergebnis ist: „Europa" steht ein kalter Winter bevor. Das hat aber auch eine imperialistische Logik. Denn in einem kommenden Weltkrieg hat „Europa" ohne die USA gegen die Achse China/Russland militärisch keine Chance. Insofern ist die **Verstärkung des „westlichen Bündnisses"** als Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg wichtiger als kurzfristige eigene ökonomische Interessen.

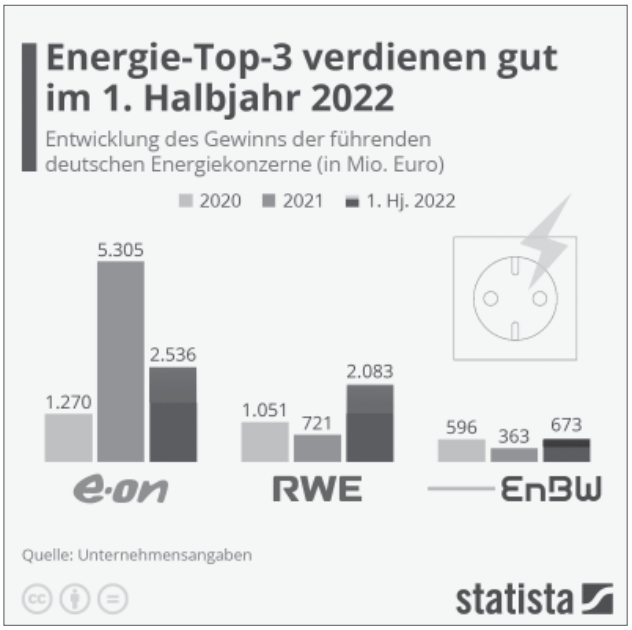
Arbeiter:innen, Werktätige, unterdrückte Völker Verlierer:innen dieses Kriegs

Wie bei jedem ungerechten, reaktionären, imperialistischen Krieg sind auch in diesem Krieg Arbeiter:innen, Werktätige, unterdrückte Völker die Verlierer:innen dieses Kriegs.

Überall auf der Welt treibt dieser Krieg durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise die Inflation hoch. In den imperialistischen Metropolen erleben wir, dass die Inflation an zweistellige Zahlen heranreicht. In den abhängigen Ländern sind zweistellige Inflationszahlen heute die Regel.

Die Inflation ist für Werktätige höher als die Gesamtinflation: Denn die Inflation liegt bei lebensnotwendigen Konsumgütern, wie Energie, Lebensmittel, Mieten, Nahverkehr etc. höher als die Gesamtinflation. Das Ergebnis ist Reallohnverlust für die Werktätigen und Verelendung.

In Deutschland rechnet das „Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut" in seinem Bericht für das erste Halbjahr 2022 mit einem 3,6 prozentigen Reallohnverlust für Arbeiter:innen und Werktätige, die in



Tarifabschlüssen erfasst sind. [20]

Das bedeutete, dass die arbeitende Bevölkerung immer ärmer wird. Das ist Verelendung.

11,1 Millionen der „Erwerbstätigen" in Deutschland [21] sind prekär arbeitende, gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter:innen und Werktätige. Etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen erhalten in der Regel keine Lohnerhöhung. Der Krieg in der Ukraine stürzt sie in immer größeres Elend.

Das gilt auch für die Rentner:innen, deren Rentenerhöhung – wenn überhaupt – fast immer einige Prozentpunkte hinter den Inflationszahlen liegt.

Die Verelendung der Werktätigen, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt, ist vor allem in den ökonomisch schwächeren, abhängigen Ländern noch viel schlimmer und tiefer als in Deutschland. Auch das ist ein Ergebnis dieses inner-imperialistischen Kriegs.

Aber das kümmert die imperialistischen Herrschaften nicht.

Den Kriegs-Herren und -Damen, den Hetzer:innen ist die Lage der Werktätigen egal!

Das erleben wir in Deutschland fast jeden Tag.

Als nach 16 langen Jahren der CDU/CSU Kanzlerschaft und der GROKO-Regierungen eine Ampelkoalition die Regierung übernahm, dachten viele – demokratisch gesinnte, sich teilweise als links verstehende Men-

20 boeckler.de/pdf/pm_ta_2022_08_23.pdf, S.4
21 destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/_inhalt.html

schen – nun würde sich endlich einiges ändern in diesem Land.

Die Politik würde wenigstens ein bisschen sozialer werden. Letztendlich stellen ja die Sozis den Kanzler.

Die Hoffnung war, die Politik würde sicherlich auch ökologischer und friedenspolitischer werden, denn die Grünen sind ja jetzt mit an der Macht. Und die Grüne Partei war ja einstmals eine „Öko- und Friedenspartei".

Wir Kommunist:innen haben diese Illusionen von Anfang an bekämpft. Aber fanden sehr wenig Gehör.

Es wurde eine Koalitionsvereinbarung vorgelegt die lauter gute Versprechen beinhaltete.

Was bekamen wir in der Praxis?

In allen Politikbereichen wurde bis zum Kriegsausbruch, die selbe Politik der Vorgängerregierungen verfolgt. Nur die Rollen hatten sich geändert. Nun war es die CDU/CSU Opposition, die die Regierungspolitik kritisierte!

Dann kam der **Krieg in Europa!** Der Krieg ist ein Lackmustest für jede/n politischen Akteur:in.

Der sozialdemokratische Kanzler Scholz hat drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine im Bundestag die Ereignisse in der Ukraine zur **„Zeitenwende" in der bundesdeutschen Polit**ik erklärt.

– Die bis dahin – wenigstens auf dem Papier – geltende Politik: **„Keine Waffen in Krisengebiete"** wurde aufgehoben. Der Ukraine wurden Waffen versprochen, damit sie sich „gegen den Angriffskrieg Russlands verteidigen kann."

– Der langjährigen Forderung der USA, das fast zu Ende errichtete N**ord Stream 2 Projekt** aufzugeben und weitgehende ökonomische Sanktionen gegenüber Russland zu verhängen wurde ohne Wenn und Aber nachgegeben. Damit hat die deutsche Bourgeoisie ihre bis dahin zögerliche Haltung in diesem Krieg verlassen und wurde offen zur Kriegspartei.

– Auch der Forderung der USA **zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für „Verteidigungsausgaben"** zu verwenden, wurde entsprochen. Scholz versprach in seiner „Zeitenwende-Rede", der deutsche Staat würde mindestens zwei Prozent dafür aufbringen. Als i-Tüpfelchen hat er verkündet, die Bundesregierung, Sozis/ Grüne/FDP, legen für das Jahr 2022 einen zusätzlichen Sonderfonds von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr auf! Die CDU-CSU „Opposition" hat dieser „Zeitenwende" Rede applaudiert! Sie erklärte sie trage diese Politik mit!

Das war im Grunde nichts anderes als eine **Kriegseintrittserklärung der BRD auf Seiten der Ukraine** gegen Russland.

Noch wurde und wird abgelehnt, deutsche Soldaten:innen in die Ukraine zu schicken. Es wird so getan, als ob die BRD keine Kriegspartei sei. Dabei ist sie mit ihrer finanziellen und militärischen Hilfe (Waffen, Munition und Ausbildung am deutschen Kriegsgerät) mitten in diesem Krieg **aktiv** dabei. Genauso wie alle anderen westlichen Verbündeten, wie die deutschen Regierungsvertreter:innen nicht müde werden immer wieder zu erklären.

Die deutsche Grüne (!) Außenministerin Baerbock tritt mit vorwärtspeitschenden Worten in der Ukraine auf. Der Krieg werde erst mit dem Sieg der Ukraine beendet sein. Sie fordert immer **mehr und schwerere Waffen** für die Ukraine! Eine Kriegshetzerin der übelsten Sorte! Das ist die **„feministische Außenpolitik" der heutigen Grünen Kriegs-Partei**, die bei ihrer Gründung auch als pazifistische Friedenspartei angetreten war. **„Schwerter zu Pflugscharen"** wird heute von den Grünen Oberhäuptern in **„Schwere Waffen für die Ukraine"** übersetzt! Die Begründung lautet *„Wir haben die Wahl entweder nichts zu tun, oder wir unterstützen militärisch, damit ein weiteres Vordringen der Russen (!!!) unterbunden werden kann."* [22]

Der Grüne Wirtschaftsminister und Vizekanzler Habeck ruft die Bevölkerung zum Energiesparen auf. Auf die Idee, dafür zu arbeiten diesen Krieg zu beenden, kommt er nicht! Er gibt auch Tipps, wie man spart: Weniger duschen, Raumtemperatur nicht über 19 Grad Celsius, mehrere Schichten Kleidung übereinander tragen, weil ja der böse Russe *„Putin sich an die Verträge nicht hält, und Erdgas als politische Waffe benutzt!" „Wir müssen uns auf einen kalten Winter einstellen"* sagt er uns! Der Kampf für Demokratie und Freiheit fordere „von uns allen Opfer!" Und das Opfer,

22 Annalena Baerbock, im Außenministerium im Gespräch mit Bürgern, am Tag „der offenen Tür" am 21.08.2022

das von den Werktätigen erwartet wird, kommt in Form der **Finanzierung der Profite der Öl- und Gaskonzerne durch uns Werktätige**.

Denn nichts anderes heißt es, wenn die Erhöhung des Gas- und Ölpreises eins zu eins an die „Endverbraucher:innen" weitergegeben wird. Werktätige zahlen heute fast das Anderthalbfache an Geld für den Energieverbrauch, als vor Beginn des Kriegs.

Die Gasumlage kommt nun auch noch oben drauf. Ab 1. Oktober 2022 – vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet, von der Bundesregierung verordnet. Jede/r Energieverbraucher:in soll nach dieser Verordnung zu dem teuren Energiepreis noch ca. 2,4 Cent pro Kilowattstunde zusätzlich zahlen. Und warum? Dazu heißt es in der Verordnung:

„Die Gas-Importeure brauchen in der aktuellen Situation Unterstützung, um hohe Beschaffungskosten für Gas auszugleichen. Anderenfalls droht der Zusammenbruch von Unternehmen, die für das Funktionieren des Gasmarkts und die Versorgungssicherheit wichtig sind. Die Bundesregierung hat deshalb eine Gasumlage auf den Weg gebracht, die ab dem 1. Oktober 2022 gelten soll." [23]

Das heißt, damit sollen wir Werktätigen die „ach so armen" Energiekonzerne „unterstützen" und vor dem „Zusammenbruch retten". Wir haben oben bereits gezeigt, wie arm diese Konzerne sind! Wie sie am Rande des Zusammenbruchs stehen!

Diese Verordnung von einer „sozialdemokratisch" geführten Regierung, mit einem „Grün"en Wirtschaftsminister ist eine Unverschämtheit ohnegleichen. Es ist eine so offensichtliche Unverschämtheit, dass sogar bürgerliche Kommentarschreiber:innen, Politiker:innen verschiedener Parteien sich dagegen gestellt haben. Wahrscheinlich wird noch „nachgebessert".

Das Wesentliche bleibt: Wir Werktätige müssen die durch den Krieg verursachten Energiepreise zahlen und werden noch ärmer.

Die Energiepreise sind explodiert durch euren imperialistischen Dreckskrieg! Nun sollen wir, die Werktätigen die Zeche zahlen, damit die fetten Profite der Konzerne noch fetter werden. Auf unsere Kosten. Wir sagen dazu: Ohne uns!

Die „Zeitenwende", der Kriegseintritt des deutschen Imperialismus und die Entwicklungen in den letzten Monaten zeigen auch wie heuchlerisch alle bürgerlichen Parteien mit ihrem ökologischen Programm und ihren Erklärungen sind. Vorneweg Grüne und SPD.

Mit dem Krieg wurde auf einmal der beschlossene **Voll-Ausstieg aus der Kohleenergie** bis zum Jahre 2038 und die dafür vorgesehenen Zielsetzungen der Reduzierung der Kohleverstromung für die nächsten Jahre erst einmal ad acta gelegt! Nicht nur das, auch der **beschlossene vollständige Ausstieg aus der Atomenergie 2022** wird neu diskutiert.

Unter dem Label „saubere Energie" und „Energie-Unabhängigkeit" wird die Diskussion über die „Stre-

23 bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/gaspreisanpassung-umlage-2068832

AKTUELLE ENTWICKLUNG
Stand 7.10.2022

Wumms fürs Kapital, Wümmschen für die Werktätigen

Diese „Nachbesserung" kam auch tatsächlich angesichts des Rumorens in der Bevölkerung, die sich auch in verstärkten Protestaktionen gezeigt hat – vor dem Inkrafttreten der beschlossenen „Gasumlage". Zunächst in Form der quasi staatlichen Übernahme des Konkursgefährdeten Uniper-Konzerns.

Eine Gasumlage hätte zudem offen eine neue Steuer oder Steuererhöhung bedeuten. Das konnten die bürgerlichen Politiker dem Wahlvolk aber nicht verkaufen! Also haben sie erstmal ihre Gasumlage **zurücknehmen** müssen.

Aber trotzdem sind viele, vor allem mittlere und kleine Betriebe durch die enorm gestiegenen Energiepreise konkursgefährdet, und Millionenhaushalten steht ein „Frier"winter bevor, was die Menschen nicht ohne weiteres hinnehmen werden. Anzeichen dafür gab es ja genug. 100 Milliarden für Krieg. Aber kein Geld für die Rettung der mittleren und kleinen Betriebe. Das Hinnehmen einer enormen Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie einer hohen Inflation, und einer rasanten Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten – das alles würde zu massiven Protesten führen. Also musste die bürgerliche Politik reagieren. Und sie reagierte mit der Verkündung der Bundesregierung vom „Doppel-Wumms". 200 Milliarden Euro sollen für die Deckelung der Energiepreise zur Verfügung gestellt werden.

Gesagt, und noch nicht getan. Nun wird verhandelt zwischen Bund und Ländern. Wer wieviel übernimmt, woher das Geld kommt, wie es verteilt wird, ob es zur etc… Am Ende wird es wie immer sein: Das Kapital wird den Hauptanteil des Milliardenpaketes erhalten, das auf Pump auf den Markt geworfen wird. Wumms fürs Kapital!

Diese Schulden des Staates werden wieder von den Werktätigen in Deutschland, für die auch ein kleines Wümmschen abfällt, in Form von direkten und indirekten Steuern, zurückgeholt. Bei der Begleichung der Schulden des Staats des deutschen Kapitals werden auch die Werktätigen in den abhängigen Ländern, in Form der ausgepressten Extraprofite aus diesen Ländern zur Kasse gebeten!

ckung der noch laufenden Kernkraftwerke", ja sogar über den Bau neuer Kernkraftwerke „ohne Tabus" geführt. Da prescht natürlich Mit-Regierungspartei FDP vor.

Die Sozis halten sich bedeckt. Die offiziellen Grünen sagen noch „ohne uns". Aber wir wissen, dass sie auch in dieser Frage umfallen können, wenn **„die Sachzwänge" bzw. die „Interessen des deutschen Imperialismus"** es erfordern! Und ihre Basis wird auch diese Kröte schlucken.

Fakt ist, dass **Kriege die schlimmsten Klimakiller** sind. Und sie dienen wie auch jetzt im konkreten Fall dazu, die Überlebensfrage der Menschheit, die Frage der Erderwärmung, des unumkehrbaren Klimawandels in den Hintergrund zu drängen.

In diesem Zusammenhang sind alle, die „mehr Waffen für die Ukraine", „Opfer für den Sieg der Ukraine über Russland" etc. fordern nicht nur üble Kriegshetzer:innen, denen die Lage der Werktätigen egal ist. Sondern sie sind auch **Feinde der Natur**, die durch den Krieg mit vernichtet wird. Ihnen sind im Grunde genommen der Klimawandel und die dadurch verursachten unnatürlichen „Wetterkatastrophen", sowie die Millionen Menschen, deren Lebensgrundlagen vernichtet werden, auch völlig egal.

Krieg in der Ukraine als Vorbereitung des dritten Weltkriegs

Jeder Tag den dieser Krieg weitergeht, der für die imperialistischen Mächte auch eine Vorbereitung und eine **Übung für den dritten Weltkrieg** ist, erhöht die Gefahr einer Eskalation. Er erhöht die Gefahr eines begrenzten Atomkriegs und erhöht die Gefahr einer Atomkatastrophe a la Tschernobyl.

Die USA provozieren im Schatten dieses Kriegs China zu einem Krieg im Pazifik. Das haben wir zuletzt beim Taiwan-Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi erlebt. Ebenso wie bei einer weiteren „Parlamentarier:innen-Delegation" bei den „Militärübungen" der USA mit ihren Verbündeten vor der chinesischen Küste.

Die chinesische Regierung ist noch nicht militärisch bereit gegen die USA direkt Krieg zu führen. Deswegen hat sie auf diese Provokationen nur mit breitangelegten mehrtägigen Militär-Manövern an den Küsten von Taiwan, mit Drohungen und diplomatischen Protesten reagiert. Und es scheint so, dass China diese Linie weiterführen wird, bis ihre militärischen Vorbereitungen abgeschlossen ist. Aber dennoch ist auch die Pazifikfront ein **Pulverfass.**

Jeden Tag bringen die Imperialisten die Welt einem Weltkrieg näher. Die untereinander laufende Neuaufteilung der Welt wird dadurch zu einem vorläufigen Ende gebracht werden.

Ein solcher neuer Weltkrieg wird wahrscheinlich nicht in naher Zukunft ausbrechen. Ein Krieg, in dem China nicht beteiligt ist, wird kein Weltkrieg sein. Aber China ist zu einem Krieg im Weltmaßstab militärisch noch nicht genügend vorbereitet. **Klar ist: Ein neuer Weltkrieg wird kommen. Und er wird – was seine Vernichtungskraft betrifft – viel verheerender sein, als die ersten zwei Weltkriege.**

Viele Menschen glauben an die „Vernunft" der Imperialisten und appellieren daran. Sie verstehen nicht, dass die Vernunft der Imperialisten, in ihre Sprache übersetzt, maximale Ausbeutung aller Ressourcen, maximaler Profit, maximale Ausdehnung ihrer Einflusssphären, maximale Zurückdrängung der Einflussgebiete ihrer imperialistischen Rivalen bedeutet.

Sie verstehen nicht, dass die Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt sich grundlegend geändert haben. Die Welt muss wegen dieser Veränderungen

neu aufgeteilt werden. Und das geht nicht ohne Krieg. In seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" analysierte Lenin vor über hundert Jahren mitten im ersten Weltkrieg in einer Polemik gegen Kautsky, der über die Möglichkeit eines Ultra-Imperialismus schwadronierte, in dem Kriege unter den imperialistischen Mächten nicht mehr stattfinden, folgendes:

*„Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die **Stärke** der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, **nicht** denkbar.*

*Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine **gleichmäßige** Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar', daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.*

*‚Interimperialistische' oder ‚ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießerphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen' ‚Marxisten' Kautsky **notwendigerweise** nur ‚Atempausen' zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und dem selben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik*." [24]

Der zweite Weltkrieg, und alle späteren Kriege um die Neuaufteilung der Welt haben gezeigt wie recht Lenin hatte.

Was ist die Lösung? Was tun?

Sowohl der imperialistische Krieg in der Ukraine, als auch die heraufziehende Gefahr eines neuen Weltkriegs sind für die Werktätigen Gräuel die verhindert werden müssen.

Es gibt zwei Wege um laufende ungerechte, reaktionäre, imperialistische Kriege zu beenden und den Ausbruch eines neuen Weltkriegs zu verhindern.

Der erste Weg ist eine **vorübergehende Lösung im imperialistischen System.**

Mit einer **breiten, weltweiten Friedensbewegung** können die Herrschenden dazu gezwungen werden einen laufenden Krieg mit einem imperialistischen Frieden zu beenden. Wenn die Herrschenden „Krieg führen und keiner geht hin" und wenn eine mächtige Friedensbewegung die Straßen erobert ist der Krieg hinfällig.

Genauso kann der Ausbruch eines Weltkriegs durch eine weltweite mächtige Friedensbewegung verhindert, bzw. verschoben werden.

Das Ergebnis wäre nicht ein stabiler, dauerhafter, wirklicher Frieden. Imperialistischer Frieden, Frieden im imperialistischen System bedeutet nicht mehr als, dass die imperialistische Politik nun nicht mehr mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt wird. Das ist aber im Imperialismus nur zeitweilig und vorübergehend möglich. Denn die tatsächlichen Gründe der Kriege liegen im Kapitalismus und Imperialismus selbst. **Dauerhafter Frieden und Kapitalismus geht nicht zusammen.**

Natürlich ist für die Werktätigen, für die Völker der imperialistische Frieden, dem imperialistischen Krieg, in dem die Proletarier:innen verschiedener Nationen sich gegenseitig umbringen, vorzuziehen.

Wir Kommunisten kämpfen deswegen in der Frage Krieg/Frieden im imperialistischen System für die Schaffung einer mächtigen, internationalen Friedensbewegung in den vordersten Reihen. Aber wir kämpfen zugleich gegen falsche Hoffnungen, die in den imperialistischen Frieden gesetzt werden.

In dem Ukraine Krieg fordern wir:

Der inner-imperialistische Krieg in der Ukraine muss sofort und ohne Vorbedingung mit einem sofortigen Waffenstillstand gestoppt werden.

Unter der Aufsicht der UNO sollen Friedensgespräche aufgenommen und der Krieg mit einem Friedensvertrag beendet werden.

Zu einer solchen Lösung, die ein imperialistischer Frieden wäre, sind die Kriegsparteien nicht bereit.

Ist er trotzdem möglich? **Ja!**

Unter einer Bedingung: Wenn in aller Welt, vor allem aber in den imperialistischen Metropolen, in Russland und in den USA aber auch in der Ukraine eine massenhafte Friedensbewegung mit den zentralen Forderungen *„Sofortiger Stopp der Kriegshandlungen ohne Vorbedingung"* und *„Aufnahme von Friedensverhandlungen"* das Leben zum Stehen bringt. Dann könnte dieser Krieg beendet werden. In jedem Land müsste diese Friedensbewegung vor allem gegen die Kriegspolitik der „eigenen Regierung" kämpfen.

24 Lenin, Werke, Bd. 22, S. 300-301

In Deutschland fordern wir:

Sofortiger Stopp
aller Waffenhilfen für die Ukraine!

Raus aus der Kriegsbeteiligung!

Kein Cent mehr für den Krieg!

Auflösung des Kriegsbündnisses NATO!

Der zweite Weg, einen imperialistischen Krieg zu verhindern oder zu beenden und einen Frieden zu schaffen hat uns die Oktoberrevolution gezeigt.

In dieser Revolution haben die Arbeiter:innen und Werktätigen die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie umgedreht; sie haben sich in den Schützengraben mit ihren Klassengeschwistern in feindlicher Uniform verbündet und den imperialistischen Krieg in den Klassenkrieg gegen die eigene Bourgeoisie umgewandelt.

Das **erste internationale Dekret** das die proletarische Macht in Russland erlassen hat, war das Dekret über **den Frieden**.

In diesem Dekret hat die Sowjetregierung die einseitige Beendigung des Kriegs durch Sowjetrussland erklärt und allen Völkern und ihren Regierungen die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen vorgeschlagen.

In dem Dekret heißt es:

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.-25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d.h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen." [25]

Nur eine proletarische Macht ist imstande einen solchen Frieden vorzuschlagen und auch entsprechend diesem Vorschlag zu handeln.

Lenin – Über den Pazifismus und die Friedenslosung

„Friedensfreundliche Stimmung in den Massen ist häufig der Ausdruck dafür, daß Protest und Empörung aufkommen und daß der reaktionäre Charakter des Krieges erkannt wird. Diese Stimmung auszunutzen ist Pflicht aller Sozialdemokraten.

Sie werden sich an jeder Bewegung und an jeder Demonstration, die auf diesem Boden erwächst, aufs leidenschaftlichste beteiligen, aber sie werden das Volk nicht betrügen, indem sie den Gedanken zulassen, daß ohne eine revolutionäre Bewegung ein Frieden ohne Annexionen, ohne Unterjochung von Nationen, ohne Raub, ohne den Keim neuer Kriege zwischen den jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen möglich sei.

Ein solcher Volksbetrug käme nur der Geheimdiplomatie der kriegführenden Regierungen und ihren konterrevolutionären Plänen zugute. Wer einen dauerhaften und demokratischen Frieden will, der muß für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen und die Bourgeoisie sein."

Lenin, 1915, Werke Bd. 21, S. 317

Ein **gerechter, demokratischer und dauerhafter Frieden** ist unter der Herrschaft der Bourgeoisie im Kapitalismus bzw. Imperialismus nicht möglich.

Der Kampf für einen gerechten, demokratischen Frieden, muss als ein Kampf für den Sturz der kapitalistischen Verhältnisse, als ein Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, als ein Kampf für die Herrschaft der Arbeiter:innen und Werktätigen, als ein Kampf für Volksdemokratie und Sozialismus geführt werden.

Wer wirklichen dauerhaften Frieden will, muss für den **Sturz des imperialistischen Weltsystems**, das die Menschheit mit seinen ungerechten Kriegen zum Untergang in die Barbarei führt, für die proletarische Weltrevolution kämpfen. Nur in einer sozialistischen Weltordnung wird es dauerhaften Frieden geben. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Bei dem Krieg in der Ukraine und der sich entwickelnden Weltkriegsgefahr scheint es heute so, dass die Welt sowohl von dem **ersten Schritt:** Schaffung einer mächtigen internationalen Friedensbewegung, als auch dem **zweiten Schritt:** Umwandlung des Kriegs in einen revolutionären Bürgerkrieg, Sturz der Bourgeoisie sowie die Errichtung der Macht der Arbeiter:innen und der Werktätigen meilenweit entfernt ist.

25 Lenin, Werke, Bd. 26, S. 239-240

Viele resignieren angesichts dieser Situation.
Bolschewiki resignieren nicht!
Sie machen das Richtige unermüdlich weiter!
Diese verdammte Situation fordert von uns nicht mehr und weniger als verstärkt die richtigen Ideen in die Massen, vor allem ins Proletariat hineinzutragen, aufzuklären, zu organisieren, organisieren, organisieren...
Lenin und die Bolschewiki in Russland haben auch viel Häme von sich als Marxist:innen bezeichnenden Leuten abbekommen, als sie die Losung ausgaben „**Umwandlung des Kriegs in den Bürgerkrieg**". Aber die Praxis hat den Arbeiter:innen gezeigt, dass die Bolschewiki Recht hatten.
In seiner Rede zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution führt **Lenin** weitsichtig und überzeugend aus:
„Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die unvermeidlich neue imperialistische Kriege erzeugt, unvermeidlich eine unerhörte Verstärkung der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, Ausraubung, Erdrosselung der schwachen, rückständigen, kleinen Völkerschaften durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener' Mächte mit sich bringt – diese Frage ist seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden.
Es ist das für Millionen und aber Millionen Menschen eine Frage von Leben und Tod. Es ist das die Frage, ob im nächsten imperialistischen Krieg, der vor unseren Augen von der Bourgeoisie vorbereitet wird, der vor unseren Augen aus dem Kapitalismus hervorgeht, 20 Millionen Menschen niedergemetzelt werden sollen (statt der 10 Millionen Gefallenen des Krieges 1914–1918 nebst den ihn ergänzenden, auch heute noch nicht beendeten ‚kleinen' Kriegen), ob in diesem (bei Weiterbestehen des Kapitalismus) unvermeidlichen kommenden Krieg 60 Millionen verkrüppelt werden sollen (statt der 30 Millionen Verkrüppelter in den Jahren 1914–1918).
Auch in dieser Frage hat unsere Oktoberrevolution eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet. Die Lakaien der Bourgeoisie und ihre Handlanger in Gestalt der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, in Gestalt der ganzen angeblich ‚sozialistischen' kleinbürgerlichen Demokratie der ganzen Welt haben die Losung ‚Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg' verhöhnt.
Aber diese Losung hat sich als einzige Wahrheit erwiesen – als eine unangenehme, grobe, nackte, grausame Wahrheit, gewiß, aber als Wahrheit inmitten eines Wusts raffiniertester chauvinistischer und pazifistischer Lügen. Diese Lügen brechen zusammen.
Der Brester Frieden ist entlarvt. Mit jedem Tag werden immer schonungsloser Bedeutung und Folgen des im Vergleich zum Brester Frieden noch schlimmeren Versailler Friedens entlarvt. Und immer klarer, immer deutlicher, immer unabweisbarer ersteht vor Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken, die harte Wahrheit:
*Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden – füge ich hinzu, in des russischen Wortes zweiter Bedeutung) nicht **anders** entrinnen, man kann dieser Hölle nicht **anders** entrinnen als **durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.**"* [26]

Der einzige Krieg, den die Werktätigen brauchen ist der Klassenkrieg gegen die Herrschaft der Bourgeoisie!

Kapitalismus ohne Krieg gibt es nicht. Im Kapitalismus ist Frieden eine leere Worthülse, die für eine Verschnaufpause zwischen Kriegen verwendet wird. Wer wirklich für den Frieden ist, muss gegen den Kapitalismus kämpfen.
Klassenkrieg für den Sturz der Bourgeoisie!
Das ist das Rezept für die Befreiung der Menschheit von imperialistischen, reaktionären Kriegen und ihrer Ursache, das System der Lohnsklaverei.
Und es ist machbar!

„Der Prolet wird in den Krieg verladen
Dass er tapfer und selbstlos ficht
Warum und für wen wird ihm nicht verraten
Für ihn selber ist es nicht.
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!
Wir drehen die Gewehre um
Und machen einen anderen Krieg
Das wird der richtige sein." [27]

3. September 2022

26 Lenin, Werke , Bd. 33, S 35-36
27 Bertolt Brecht, Lied gegen den Krieg, Gesammelte Werke, Bd. 9, Gedichte Band 2, S. 652

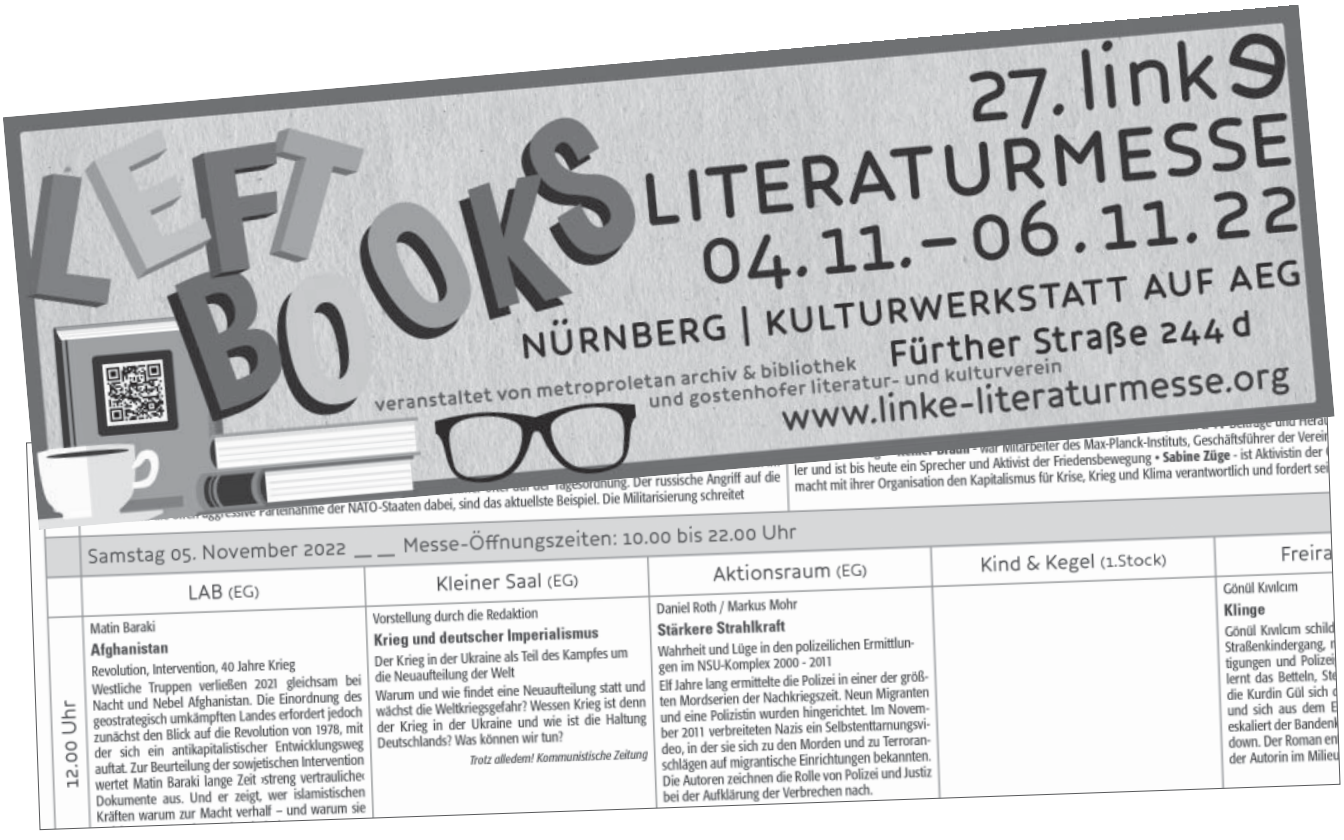
Linke Literaturmesse Nürnberg

Die Linke Literaturmesse Nürnberg ist eine Buchmesse mit Buchvorstellungen und Lesungen.
Verannstaltet vom Metropoletan Archiv & Bibliothek und Gostenhofer Literaturverein.
Zahlreiche linke Verlage, Zeitungsredaktionen und Self-Publisher präsentieren sich auf der Linken Literaturmesse Nürnberg und stellen strömungsübergreifend ihr Angebot vor.
Das vertretene Spektrum dieser Buchmesse reicht von der Linkspartei, Attac über links orientierte Christ:innen, Feminist:innen, Ökolog:innen, Gewerkschafter:innen, bis hin zu verschiedenen sozialistischen, libertären, autonomen, antinationalistischen, antirassistischen wie antifaschistischen Gruppierungen.
Die Bücher können selbstverständlich direkt vor Ort auch gekauft werden.

Neben der Diskussion an den Ständen besteht darüber hinaus auf der Linke Literaturmesse Nürnberg bei rund 60 Buchvorstellungen, Lesungen und Veranstaltungen die Gelegenheit, mit AutorInnen sowie Buch- und Zeitschriftenverlegern über verschiedene Themen wie Krieg und Frieden, Antifaschismus, Internationale Solidarität, revolutionäre Bewegungen und vieles mehr zu diskutieren.

Freitag, 4. November 2022, Start 19:00 Uhr
Bis Sonntag, 6. November 2022, Ende 15:00 Uhr

linke-literaturmesse.org
Kulturwerkstatt Auf AEG,
Fürther Str. 244 d, 90429 Nürnberg



Am Samstag, 5. November findet unsere Diskussionsveranstaltung statt, Kleiner Saal (EG)

Krieg und deutscher Imperialismus

Der Krieg in der Ukraine als Teil des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt

Warum und wie findet eine Neuaufteilung statt und wächst die Weltkriegsgefahr?
Wessen Krieg ist denn der Krieg in der Ukraine und wie ist die Haltung Deutschlands?
Was können wir tun?

Trotz alledem! Kommunistische Zeitung

Eindrücke & Kritiken

Kommunismus Kongress Kommunistische Organisation (KO)

Der Kongress fand zwischen dem 23. und 25. September im ND-Haus (Neues Deutschland) **in Berlin** statt.
Ursprünglich hatte die Kommunistische Organisation zu einem Kongress mit dem Thema ***„Parteiaufbau“*** eingeladen.
Als dann aber am 24. Februar 22 die russische Armee in die Ukraine einmarschierte, wurden Widersprüche innerhalb der Organisation so groß, dass das Thema des Kongresses umgeworfen wurde.
Es ging nun um die Fragen „***Führt Russland einen Angriffskrieg oder ist es eine Verteidigungsmaßnahme – schließt sich das aus? Ist es ein imperialistischer Krieg von allen Seiten und was bedeutet das? Oder ist es ein notwendiger und überfälliger Schritt zur Eindämmung der NATO-Aggression?“***.
Dazu hatte die KO im Vorfeld eine Zeitung herausgegeben worin die Positionen von verschiedenen revisionistischen Parteien wie KKE – Kommunistische Partei Griechenlands, KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation, RKAP – Russische Kommunistische Arbeiterpartei, TKP – Kommunistische Partei der Türkei veröffentlicht wurden.
Wir hatten uns als Trotz alledem zu der Veranstaltung angemeldet und haben für die Debatte ein vierseitiges Papier **„Thesen zum Kommunismus Kongress der KO“** verfasst, das wir verteilen und auslegen wollten. Darin sind unsere **Kernthesen zum Krieg in der Ukraine** knapp dargestellt.

Auftakt am Freitagnachmittag war eine interessante Gegenüberstellung der Positionen. Zwei junge KO'ler:innen haben die Widersprüche unter dem Motto **„Welche Fragen der Kommunistischen Bewegung stehen im Raum?“** offen dargestellt. Hier einige Schlaglichter:
- Die G7 sind imperialistische Räuber, Russland aber nicht. Russland ist halbkolonial. Die Gegenposition vertrat, Russland ist imperialistisch, aber schwächer als die USA.
- Ist China ein aufsteigendes imperialistisches Zentrum oder auf dem Weg zum Sozialismus?
- Ist die nationale Frage noch Teil des Klassenkampfes?

In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurden die unterschiedlichsten Standpunkte deutlich. Dabei hat sich gezeigt, dass viele Teilnehmer:innen von politisch teils weit auseinanderliegenden Organisationen vor Ort sind, mehrere trotzkistische Organisationen, MLPD, ArbeitZukunft (AZ), KPD und auch wir von Trotz alledem! ...
Die Trotzkist:innen schätzen Russland als eine kapitalistische Regionalmacht seit 2014 ein. Die russische Regierung dürfe man nicht politisch verteidigen, aber militärisch! China sei ein deformierter Arbeiterstaat, den es zu verteidigen gelte. Das ist eine typisch zentristische trotzkistische Position, die alles und nichts bedeutet.
Wir von Trotz alledem! haben unsere Einschätzung zur Diskussion gestellt: Der **Ukraine-Krieg** ist ein **von allen Seiten ungerechter Krieg**. China ist eine imperialistische Großmacht. Russland ebenfalls, auch wenn es ökonomisch schwächer ist, dafür aber militärisch sehr stark und einer der größten Waffenexporteure weltweit.
In der Diskussion wurden viele Widersprüche dargestellt und offen gelassen, auch richtige Positionen wurden vertreten, wie die Arbeiter:innenklasse hat in einem imperialistischen Krieg nichts zu gewinnen. Einigkeit bestand eigentlich nur in dem Punkt, die NATO-Osterweiterung ist ein Schritt zur militärischen Umzingelung Russlands.
Leider dauerte dieser Block insgesamt nur zwei Stunden, so dass viele Redner:innen nicht zu Wort gekommen sind. Eine wirkliche Diskussion kam so nicht zustande.
Im folgenden Block berichtete ein Mitglied der RKAP (Russische Kommunistische Arbeiterpartei), online über die Situation und ihre Position zur **„Militäroperation“**. Er vertrat, im Donbas (Donezk und Luhansk) wird ein **gerechter Kampf gegen das faschistische Ukraine-Regime** geführt. Er stellte die Referenden im Donbas als gerecht und unterstützenswert dar. Er kritisierte Russland 2014 nichts für den Donbas getan zu haben. Die RKAP hat nicht an Demonstrationen gegen den Krieg teilgenommen. Weder auf der einen, noch

auf der anderen Seite. Die Referenden in Cherson und Saporischschja dienen, seiner Meinung nach, allerdings nur zur Ausweitung der imperialistischen Einflussgebiete Russlands. In der RKAP gibt es ebenfalls wesentliche Widersprüche. Die älteren Genossen sagen, der Hauptfeind sind die USA, die jüngeren Genossen vertreten, der Hauptfeind ist der russische Imperialismus. Im Oktober wird die Partei einen Kongress abhalten um einige Fragen zu klären.

Am **Samstagmorgen** wurden parallel verschiedene Seminare angeboten. Wir waren bei **„Die Stellung Russlands mit Blick auf die Neuaufteilung der Welt seit 1990“.** Referentin war Eva Niemeyer, Mitglied der Marx-Engels-Stiftung, des Hamburger Arbeitskreises „akdiamat“ und der Gesellschaft für dialektische Philosophie.

Niemeyer vertrat vehement Russland sei **keine imperialistische Macht**, dazu fehlen die Ressourcen. Auch das BIP (Brutto-Inlandsprodukt) sei gerade mal halb so groß, wie das der BRD. Im Bankenranking sei Russland auf Platz 60, der Export von FDI (Direktinvestitionen im Ausland) betrage gerade mal 15 Prozent von dem der USA. 75 Prozent aller Exporte seien Öl, Gas und Metalle, also Rohstoffe.

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!
Ausgabe Nr. 30 zum 1. Mai 2022

1. Mai UNSER Kampftag

Dreck euer Krieg – so macht ihn doch allein!
Wir stehen die Ochsen um und machen einen anderen Krieg. Das wird der richtige sein

Gegen imperialistischen Krieg

Pulverfass Ukraine

Seit dem 24. Februar ist Krieg in der Ukraine

Charakter eines Kriegs

Im Krieg stirbt als Erstes die Wahrheit

Vom **Wesen** her sei Russland eine **„Kleptokratie“, die großen Konzerne in staatlicher Hand**.

Im Wesen des Imperialismus habe sich in den letzten 100 Jahren nichts verändert, nach wie vor gibt es die Handvoll imperialistischer Länder, diese seien unverändert. Ihr Fazit: Man solle die unterschiedlichen Positionen akzeptieren und nicht noch weiter auseinander driften, sonst verschwinden wir in die Bedeutungslosigkeit.

In unserem Redebeitrag haben wir ausgeführt, dass die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Imperialismus **notwendigerweise Veränderungen** mit sich bringt. Die **Türkei** sei beispielsweise kurz davor, eine imperialistische Macht zu werden. **China** ist eine relativ junge imperialistische Macht. Im BIP nach Kaufkraft hatte China schon 2019 einen Anteil von 17,39 Prozent, Tendenz steigend und die USA 15,93 Prozent, Tendenz fallend. Was **Russland** betrifft, so geben wir der Referentin Recht, sei es ökonomisch nicht so stark, wie andere imperialistische Großmächte. Aber es ist **militärisch kumulativ** immer noch **zweitstärkste Macht** und **Atommacht Nummer 2** in der Welt. Russland ist an vielen militärischen Konflikten beteiligt und scheut sich auch nicht, wenn nötig, die USA militärisch herauszufordern. Das sehen wir in Syrien und in der Ukraine. In den letzten Jahren macht sich Russland sowohl ökonomisch als auch militärisch auf dem afrikanischen Kontinent breit, zur Ausplünderung, aber vor allem um seinen Einfluss auszubauen. Russland ist eine **imperialistische Großmacht**. Was die Frage betrifft, ob wir Russland militärisch unterstützen, die können wir **nur verneinen**. **Russland führt** einen **Krieg um die Neuaufteilung der Welt**. Da schlagen sich nicht zwei mittelgroße Kräfte auf dem Schlachtfeld, sondern Russland wird von China unterstützt und die Ukraine von den westlichen Imperialisten. Deutschland ist direkt am Krieg beteiligt, liefert Waffen und bildet Militärs aus... **Unser Fazit: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und hier müssen wir gegen Waffenlieferungen kämpfen.**

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!
Ausgabe Nr. 31 zum 1. September 2022

1. SEPTEMBER KAMPFTAG:

GEGEN UNGERECHTE, REAKTIONÄRE, IMPERIALISTISCHE KRIEGE!

DRECK EUER KRIEG! SO MACHT IHN DOCH ALLEIN!

KRIEG IN DER UKRAINE – EIN KRIEG UM IMPERIALISTISCHE INTERESSEN

Bereits hier war schon klar, dass wir uns mit unserer Position auf diesem Kongress kaum Freund:innen machen. Die Referentin meinte, wer China als imperialistisch bezeichne, habe keine Ahnung von der Gesetzmäßigkeit des Imperialismus. China sei auf dem Weg zum Sozialismus. Anschließend folgte wieder ein gemeinsames **Podium** zu der Frage **„Imperialistischer Krieg, Verteidigungskrieg, gerechter Krieg?“**.

Auf dem Podium waren vertreten: Renate Koppe, verantwortlich für Internationale Beziehungen im Parteivorstand der DKP, Hannes Hofbauer, ein Wiener Verleger, Erhard Crome, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Zeitschrift Welttrends, sowie zwei Vertreter:innen der KO, die Fragen stellten.

Koppe vertrat, Russland führe einen **Verteidigungskrieg**, der vom Völkerrecht gedeckt sei. Sie verteidigte den Einmarsch zur Befreiung des Donbas, auch der

Einmarsch über den Donbas hinaus sei gerecht – hier gebe es aber **Widersprüche innerhalb der DKP**. Hofbauer nannte den Einmarsch **völkerrechtswidrig**. Der Krieg sei weder ein imperialistischer noch ein gerechter Krieg. Als Linke können wir nur die Losung ausgeben: Es ist nicht unser Krieg. Hingegen vertrat Crome die Invasion als unzweifelhaft völkerrechtswidrig. Zudem sei Russland eine imperialistische Macht. Leider haben in diesem Block fast nur die Referent:innen geredet. Es war kaum Zeit für Fragen und Meinungen. Die meisten, die etwas sagen wollten, sind nicht drangekommen, so wie wir auch nicht.

Am Abend gab es ein weiteres **Podium** unter der Leitfrage **„Der gegenwärtige Imperialismus und die Kommunistische Bewegung“**. Referent:innen waren Dima Alnajar (Partei des Volkswillens Syrien), Björn Blach (DKP), Torsten Schöwitz (KPD) und Andreas Sörensen (SKP, Schwedische Kommunistische Partei). Blach vertrat die größte Räuberbande seien die G7 mit der NATO als militärischer Stützpunkt. Demgegenüber meinte Sörensen, es sei falsch einem Land das Adjektiv kapitalistisch oder imperialistisch zuzuordnen. Der Imperialismus sei ein Weltgefüge. Daher bestünden nur quantitative, aber eben keine qualitativen Differenzen unter Staaten hinsichtlich ökonomischer und militärischer Stärke.

Das konnte Alnajar nicht so stehenlassen und widersprach. Es gebe zurückgebliebene kapitalistische Länder. In Russland seien die Monopole in staatlicher Hand und daher fortschrittlich. Schöwitz von der KPD betonte, dass es in seiner Organisation genau die gleichen Differenzen gebe, wie innerhalb der KO.

Die sehr zutreffende Frage des Referenten von KO an Blach**, ob denn Russland also imperialistisch war, solange es Mitglied in der G8 war,** wurde nicht beantwortet und aus dem Publikum mit Lachen quittiert.

Das alles war Ausdruck davon, dass in diesem Kongress wirklich unterschiedlichste Positionen aufeinanderprallten, die schwerlich zu einer einheitlichen Position innerhalb der KO und ihrer verbündeten Organisationen führen werden.

Es haben insgesamt etwa 300 junge Menschen teilgenommen – auch wenige Ältere.

Eindrucksvoll, wie engagiert diese jungen Menschen diskutiert und wie viel Wissen sie sich angeeignet haben. Auch wenn falsche Schlussfolgerungen gezogen werden und wurden. Das Bemühen, auf einem öffentlichen Kongress zu einer einheitlichen Position zu kommen, ist ein mutiger Ansatz.

Sehr negativ ist uns das teilweise **undemokratische Verhalten** aufgestoßen.

Angefangen damit, dass Organisationen keinen Büchertisch machen durften, ausgenommen die Organisationen, von denen Referent:innen eingeladen wurden.

Wie bereits erwähnt, hatten wir uns als Aktivist:innen von Trotz alledem für den Kongress angemeldet und dabei auch angefragt, einen Büchertisch zu machen. Die Antwort von KO war, sie freuen sich über unsere Teilnahme: *„Allerdings können wir euch keine positive Rückmeldung geben was das Auslegen/Verteilen eures Materials betrifft. Wir haben beschlossen nur den aktiv ins Programm eingebundenen Organisationen diese Möglichkeit zu Eröffnen.“* (E-Mail von KO)

Also kein Büchertisch und nicht mal das Verteilen von Material im Gebäude wurden erlaubt. Klar haben wir darauf geantwortet*: „Dass wir keinen Büchertisch machen können, halten wir für ziemlich undemokratisch. Wenn wir eine Veranstaltung etc.. machen, laden wir extra Organisationen ein, dass sie auch einen Tisch machen können. … Bedenkt doch mal eure undemokratische Haltung.“*

Wir wurden auch unsachlich in den Debatten angemacht: **Zum Beispiel,** wir wären schlimmer als der bürgerliche deutsche Staat, nicht einmal der behauptet, Russland sei faschistisch. Eine Frau von den Trotzkisten hatte KO hart – aber teilweise richtig – kritisiert. Ihr wurde das Mikrofon abgedreht, sie wurde während ihrer Rede laut ausgebuht. Ein weiteres Mitglied dieser Organisation durfte dann nicht mehr reden. Soviel zum Thema Kritik und Selbstkritik.

Wir haben am Samstag im Eingangsbereich einen kleinen Büchertisch aufgebaut. Im Hof und Aufenthaltsbereich durften wir nichts verteilen. Zeitungen haben wir kaum verkauft, aber unsere Thesen haben wir gut verteilt.

Insgesamt war es gut und richtig, an dem Kongress teilzunehmen, unsere Position zu vertreten, einen Überblick über die unterschiedlichen politischen Einschätzungen zu bekommen und das teils undemokratische Verhalten zu kritisieren.

Ende September 2022

Thesen zum „Kommunismus Kongress“ der Kommunistischen Organisation (KO)

Mit welcher Imperialismus-Analyse können Revolutionär:innen und Kommunist:innen die Situation heute verstehen und den Klassenkampf entfalten? Nur mit der **leninistischen Imperialismus-Analyse** können wir auch heute die Welt verstehen und verändern.
Das ist die marxistisch-leninistische Grundlage unserer Analyse sowie unserer Strategie und Taktik – solange der Imperialismus existiert. Das ist unser Ausgangspunkt.

1. Der in der Ukraine laufende Krieg ist ein Teil des **Kampfes der imperialistischen Großmächte** mit ihren Verbündeten um die **Neuaufteilung der Welt**. Dieser Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist auf Tagesordnung gekommen durch die grundlegenden Veränderungen in dem Kräfteverhältnis der imperialistischen Welt.
Dieser Kampf tobt seit Anfang der 2000er Jahre verstärkt mit dem Mittel der „friedlichen ökonomischen Durchdringung“ und in Form von Stellvertreterkriegen auf dem ganzen Erdball. Bei der friedlichen ökonomischen Durchdringung hat sich besonders die imperialistische Großmacht China mit ihrem Projekt „Neue Seidenstraße“ hervorgetan.
Stellvertreterkriege wüten in den letzten Jahren in Mali, Jemen, Sudan, Somalia, Liberia, Eritrea, Myanmar, Sri Lanka, Afghanistan, Syrien, Irak, Iran, Armenien, Aserbaidschan, Kurdistan, Venezuela, Kolumbien …
Die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche wird die ganze imperialistische Welt in einen **dritten Weltkrieg** stürzen, in dem die imperialistischen Großmächte direkt gegeneinander Krieg führen werden. Die Logik und die Funktionsweise des Imperialismus machen einen neuen Weltkrieg unausweichlich.
Dieser 3. Weltkrieg, der in seiner Vernichtungsgewalt viel verheerendere Zerstörungen und Verwüstungen an **Menschheit und Natur** verursachen wird, kann nur durch Revolutionen unter Führung des Proletariats verhindert werden. Oder aber dieser Krieg kann **wenigstens** durch eine weltweite, umfassende, **internationale Friedensbewegung** verhindert oder zumindest verschoben werden.

2. In dem **Kriegsgeschehen in der Ukraine** stehen sich auf dem Schlachtfeld faktisch **zwei imperialistische Machtblöcke** gegenüber.
Der **„westliche“ imperialistische Block** unter Führung der USA gemeinsam mit den imperialistischen Großmächten der EU, Deutschland, Frankreich, Italien sowie des Vereinigten Königreichs (England) auf der einen; der Block der imperialistischen Großmächte Russland und China auf der anderen Seite.
Die Tatsache, dass sich auf dem Kriegsschauplatz „nur“ russische und ukrainische Truppen mit den jeweiligen „freiwilligen“ Söldnern als Hilfstruppen direkt bekriegen, bedeutet nicht, dass nur diese beiden Kriegsparteien sind, dass dieser Krieg nur ein russisch-ukrainischer Krieg ist.
Nein, das ist ein Krieg der **westlichen imperialistischen Großmächte** gegen die **imperialistischen Großmächte „im Osten“**, die immer massiver das Weltgeschehen mitbestimmen wollen.
Die westlichen Großmächte sind mit ihrer uferlosen Finanz- und Militärhilfe für die Ukraine direkte Kriegspartei, auch wenn sie auf dem Schlachtfeld bisher noch nicht mit ihren eigenen Armeen interveniert sind. Aber Militärberater:innen des Westens sind bereits zum Beispiel in Polen zur Ausbildung ukrainischer Soldat:innen, an den Waffen, die der Westen in großen Mengen liefert.
Auf der anderen Seite steht **Russland als imperialistische Großmacht** mit seiner Armee direkt auf dem Schlachtfeld, während **China als unterstützende** Macht sich militärisch erstmal noch zurückhält. Aber ohne die politische und ökonomische Unterstützung Chinas würde dieser Krieg nicht in dieser Form laufen.
Der aktuell laufende Krieg in der Ukraine ist ein reaktionärer, ungerechter, inner-imperialistischer Krieg.

3. Die von beiden Kriegsparteien formulierten „hehren Ziele“ ihres jeweiligen Krieges sind nichts als **Kriegspropaganda-Lügen**, um die Völker hinter der eigenen Bourgeoisie in ihrem imperialistischen Krieg in Stellung zu bringen. So führt die **russische Regierung** Krieg angeblich um den „Völkermord an der russisch sprechenden Bevölkerung“ in der Ukraine zu verhindern, das „herrschende Naziregime in Kiew“ zu stürzen und so die Ukraine „zu entnazifizieren“. Während die **ukrainische Regierung** angeblich einen Verteidigungskrieg gegen den durch nichts provozierten Angriffskrieg des Despoten Putins für die Werte der westlichen Welt, für Demokratie,

Freiheit, Menschenrechte etc. führt.
Die **wahren Kriegsziele** sehen **ganz** anders aus:
Für **beide kriegsführenden imperialistischen Machtblöcke** geht es darum, sich für den **anbahnenden imperialistischen Weltkrieg** maximal vorzubereiten, sich **günstigste Ausgangspositionen** zu verschaffen, den Gegner militärisch und ökonomisch zu schwächen, ihm Einflussgebiete abzujagen bzw. die eigenen Einflussgebiete zu verteidigen und soweit wie möglich auszudehnen.

4. In dem Ukraine-Krieg existiert auf beiden Seiten der Kriegsparteien auch ein **nationaler Moment**, der von den kriegsführenden jeweiligen imperialistischen Machtblöcken weidlich ausgenutzt und für die „Rechtfertigung" ihres Kriegs als Argument verwendet wird.
Ja, die **russische Bevölkerung im Donbas-Gebiet** wird von dem ukrainischen Regime national unterdrückt und seit acht Jahren ist sie Ziel ukrainischer militärischer Angriffe. **Ihr Kampf um „nationale Selbstbestimmung" war und ist gerecht.**
Ja, die **Ukraine** wird von dem großrussisch-chauvinistischen Regime in Russland, zur **„Nicht existenten Nation**" erklärt und dem ukrainischen Staat das **staatliche Existenzrecht** abgesprochen. Die Ukraine wurde von der imperialistischen Großmacht Russland brutal überfallen.
Der Kampf der Ukraine um ihre staatliche Existenz und Souveränität ist gerecht.
Aber diese nationalen Momente bestimmen **nicht** den Charakter dieses Kriegs. Auf keiner der beiden Seiten. Genau so wenig bestimmt die Antwort auf die Frage, **wer hat zuerst angegriffen** den Charakter dieses Kriegs. Es ist ein Krieg der imperialistischen Großmächte mit ihren jeweiligen Verbündeten um die Neuaufteilung der Welt. Es ist ein imperialistischer Krieg.

5. Das **Minimalziel** der westlichen imperialistischen Mächte in diesem Krieg ist die **NATO-Ost-** (Ukraine, Belarus) und die **NATO-Nordosterweiterung** (Schweden, Finnland) durchzusetzen.
Die Umzingelung Russlands durch NATO-Staaten zu vervollständigen, das wankende Selenskyj-Regime in der Ukraine zu stärken, **Russland ökonomisch und militärisch** nachhaltig zu schwächen. Anvisiert wird auch das Putin-Regime zu stürzen und durch ein prowestliches Regime zu ersetzen. Aktuell scheint dieses Ziel nicht erreichbar zu sein.
Das Minimalziel Russlands, damit auch seiner Verbündeten war das Gebiet Donbas weitgehend an Russland anzugliedern, und mit einem **Landkorridor** mit dem schon 2014 annektierten Gebiet Krim zu verbinden. Damit würde das **Asowsche Meer** zu einem Binnenmeer Russlands gemacht.
Anvisiert war auch die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern, das mit offen faschistischen Naziorganisationen paktierende Selenskyj-Regime zu stürzen und durch ein Russlandfreundliches Regime zu ersetzen. Diese Ziele zu erreichen erscheint im Moment sehr unwahrscheinlich.
Beide Seiten, aber vor allem die Ukraine, angestachelt durch ihre Auftragsgeber, vor allem durch die USA, formuliert Maximalforderungen für eine eventuelle Aufnahme von **Friedensgesprächen**. Der westliche imperialistische Block, vor allem aber die USA wollen diesen Krieg in die Länge ziehen, um die Kräfte Russlands in der Ukraine zu binden und zu schwächen.
Auf **Kosten der Werktätigen** überall in der Welt, die **an den Folgen dieses Kriegs** verarmen; vor allem aber auf Kosten der ukrainischen und russischen Arbeiter:innen und Werktätigen, die mehrheitlich glauben, sie würden fürs Vaterland kämpfen und sterben!

6. Dieser Krieg wird unter den heutigen Bedingungen und Kräfteverhältnissen irgendwann mit einem **imperialistischen Frieden** enden. Dieses „irgendwann" kann nur durch eine massenhafte, alle demokratischen, friedensliebenden Menschen umfassende Friedensbewegung verkürzt werden, die den **sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand** und die Aufnahme der Friedensverhandlungen unter dem Dach der UNO fordert. Das sind die Minimalforderungen, die nur dann in einer Anti-Kriegs-Massenbewegung durchgesetzt werden können, wenn die Produktion gestoppt wird und das Leben in den Metropolen still steht.
Kommunist:innen aller Länder haben heute die Aufgabe, auch um den Ausbruch eines neuen Weltkriegs zu verhindern, aktiv am **Aufbau eines solchen Bewegung** in den vordersten Reihen zu kämpfen.
Allerdings ohne zu vergessen, und ohne vergessen zu lassen, dass die Grundlage aller reaktionären, ungerechten, imperialistischen Kriege heute das **imperialistische System** selbst ist; dass der Imperialismus solche Kriege braucht und immer wieder produziert. Der imperialistische Frieden ist nur eine Verschnaufpause zwischen den Kriegen. Wer einen dauerhaften Frieden will, muss für den **Sturz des imperialistischen Systems**, für den Sturz des Kapitalismus, **für Revolutionen unter Führung des Proletariats** kämpfen.
Kommunist:innen stellen den **Kampf und Sturz der**

eigenen Bourgeoisie in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

7. **Faschismus** und **bürgerliche Demokratie** sind Regierungs-, Herrschafts-, Staats-Formen der **Diktatur der Bourgeoisie** über die Werktätigen. Was beide Herrschaftsformen voneinander unterscheidet ist die **Rolle der faschistischen**, nicht an Gesetze und Regeln gebundene, gegen den „Feind", **willkürliche Gewaltanwendung**, der offene Terror gegen alle anders Denkende und Handelnde.
In der **bürgerlichen Demokratie** ist faschistische Gewaltausübung, der offene Terror als Herrschaftsmethode die **Ausnahme** und wird unter bestimmten Bedingungen insbesondere gegen die revolutionären Kräfte ausgeübt.
Im **Faschismus** ist die faschistische Gewaltanwendung, der offene Terror das **Hauptherrschaftsinstrument** und die Regel. **Russland** ist ein **faschistisches Land**. Die Hauptmethode der bürgerlichen Herrschaft in Russland ist **offener, brutaler Terror** gegen jedwede Opposition, selbst wenn diese sich nur mit friedlichen Mitteln gegen die Politik der herrschenden Klasse wendet.
Der Kriegszustand hat die Lage noch zusätzlich enorm verschärft. In diesem Krieg, dem auch abertausende russische Soldatinnen zum Opfer gefallen sind, bedeutet alleine nur von einem „Krieg" zu reden, geschweige denn dagegen irgendwie zu opponieren, grausamer Unterdrückung und Repression ausgesetzt zu sein. Aktionen gegen Putins Regime werden mit nacktem Terror unterdrückt.
In der **Ukraine**, die von den westlichen Imperialisten als mustergültig demokratisches Land gepriesen wird, paktiert die **herrschende Elite mit faschistischen Kräften**, die sich offen als Anhänger des Nazi-Kollaborateurs und ukrainischen Chauvinisten Stepan Bandera bekennen. In allen Institutionen des ukrainischen Staates sitzen Banderisten mit an den Schaltstellen der Macht.
Im Kriegszustand hat sich auch hier die politische Situation und Repression extrem verschärft. Es wird mit **Kriegsrecht** und **Dekreten** regiert, es herrscht offener Terror, Menschen, die sich gegen den Krieg stellen werden „als Kollaborateure des Feindes" ohne jedweden Beweis in den Knast gesteckt oder sogar auch öffentlich gefoltert. Das ist das wahre Gesicht der westlichen „Demokratien"!

8. Der **deutsche imperialistische Staat** mit seiner heutigen Ampelregierung ist in dem Krieg eine Kriegspartei, ohne dass er bisher mit eigenen Truppen direkt mitkämpft. Er führt wie alle seine imperialistischen, westlichen Verbündeten, bisher einen **Stellvertreterkrie**g mittels des ukrainischen Regimes gegen Russland und China.
Deutsche Waffen und deutsches Geld morden mit in der Ukraine. Die negativen Folgen dieses imperialistischen Kriegs, an dem Teile der deutschen Bourgeoisie sich eine goldene Nase verdienen, tragen wir, die Werktätigen durch die sich verschärfende absolute und relative Verelendung. In diesem imperialistischen Krieg mit Beteiligung der deutschen Bourgeoisie gilt wie einst die von Karl Liebknecht im ersten Weltkrieg proklamierte Hauptlosung: **„Der Hauptfeind steht im eigenen Land"**.
Wir können zum Ende dieses Kriegs am besten beitragen, indem wir die deutsche Bourgeoisie dazu zwingen, aus dieser Kriegsfront auszuscheren. **Jede Waffe, jede Munition, jeder Cent für diesen Krieg dient nur dazu, diesen Krieg weiter zu verlängern.** Wer Waffen für die Ukraine fordert, ist ein/e Kriegshetzer:in! Vorneweg die deutsche grüne Außenministerin Baerbock!
Keine Waffen und keinen Euro für den Krieg in der Ukraine!

„Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden – füge ich hinzu, in des russischen Wortes zweiter Bedeutung) nicht anders entrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders entrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution."

Lenin „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution", 1921, Werke 33, S. 36

September 2022

Zwei Mal musste das UZ-Pressefest im Dortmunder Revierpark wegen der Pandemie verschoben werden. Jetzt fand das UZ-Pressefest in Berlin auf dem Rosa-Luxemburg-Platz statt. An diesem Platz residiert die Partei Die LINKE im Karl-Liebknecht-Haus. Das blieb allerdings das ganze Wochenende über geschlossen. Geschäftsführung und Parteivorsitzende der Linken haben der DKP Räume verweigert mit der Begründung: *„In der Tat seid ihr eine konkurrierende Partei"*. [1]

Da zeigt sich was für ein Verhältnis diese „Linke"-Partei zur Solidarität hat. Zudem war es auch peinlich, das Haus der LINKEN ist geschlossen und das ganze Wochenende tummeln sich Kommunist:innen, Revolutionäre und Fortschrittliche auf dem Platz davor. Wir haben einige DKP'ler:innen gefragt warum sie Die LINKE nicht offensiver und schärfer kritisieren. Die Antwort war, wir brauchen die Partei unbedingt als parlamentarischen Arm der linken Bewegung. Wenn wir jetzt Kämpfe gegen die Teuerung etc. führen, müssen wir mit der Linken Partei zusammenzuarbeiten. Was für eine prinzipienlose Haltung der DKP.

Das Programm war vielfältig. Auf der Hauptbühne fanden fast durchgehend Konzerte statt. Besonders beeindruckend das **Konzert für Esther Bejarano** mit Microphon Mafia, Musikandes und Betty Rossa. Super Stimmung brachten Banda Bassotti, eine italienische Ska-Punk Band am Samstagabend.

In mehreren Zelten wurden Diskussionen veranstaltet. Im Debattenzelt am Samstag: „**Ein Kampf um unsere Würde – Tarifvertrag Entlastung"**. Nach dem Etappensieg in Nordrhein-Westfalen, dem erstreikten Tarifvertrag Entlastung (TVE) diskutierten Kolleg:innen aus Krankenhäusern und Unterstützer:innen. Eine ehemalige Pflegekraft hat eindrücklich über ausgebrannte Pflegekräfte berichtet und warum sie selber aufgehört hat in diesem Bereich zu arbeiten. Ein Mitglied der DKP war auch in der Verhandlungskommission. Der TVE wurde sehr hochgejubelt. Positiv hervorgehoben wurde, dass dieser Kampf die Belegschaft zusammengeschweißt hat und wie tapfer sie gegen juristische Repressionen zusammen gekämpft haben. Für ver.di wurden in diesem Kampf 1000 neue Mitglieder gewonnen, das wurde als sehr großer Gewinn bewertet. Das ist natürlich ein Erfolg.

Der Kampf war ermutigend und beflügelnd, aber wir haben unsere Kritik vorgebracht, dass wir nicht nur alles positiv sehen können So sind einzelne Sparten, wie Reinigung, IT und Sanitäter nicht im TVE enthalten. Das ist eine Spaltung der Belegschaft. Es ist auch ein Rückschritt, dass der TVE erst 2023 beginnen soll, weil der IT Abteilung eineinhalb Jahre Zeit gegeben wird, um ein entsprechendes Programm an den Start zu bringen. Das sollten wir bedenken.

Vom Podium kam von einem Redner als Antwort zurück, dass das ein super Erfolg war und die Schuld für die Spaltung liegt nicht bei ver.di. Die Belegschaft ist in unterschiedlichen Gewerkschaften organisiert. Wenn man das so kritisiert, dann würde der Erfolg des Streiks geschmälert. Er kam dann nach der Diskussion auf uns zu und hat uns gefragt, wer wir sind und besuchte unseren Büchertisch, um sich Material zu unseren Positionen zu holen. Das war eine korrekte Form der Auseinandersetzung. Er hat klar seine Meinung gesagt, fand unsere Kritik falsch, aber er hat sich mit uns auseinandergesetzt.

In der **CASA CUBA** liefen auch etliche Veranstaltungen, an denen wir teilgenommen haben. Eine davon „**Was ist los in Venezuela?"**. Dazu im Ankündigungstext: *„Venezuela ist aus den hiesigen Schlagzeilen verschwunden. Während niemand mehr vom selbsternannten ‚Übergangspräsidenten' Juan Guaidó spricht, verhandelt Washington wieder mit der Regierung von Nicolás Maduro. Offiziell ist in Caracas weiter die Rede von ‚Revolution' und ‚Aufbau des Sozialismus'. Die Kommunistische Partei Venezuelas kritisiert jedoch die Regierungspolitik als Kapitulation vor dem Imperialismus und dem Großkapital. Führende Genossinnen und Genossen, Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter und andere werden Opfer von Übergriffen staatlicher Stellen."*

Carolus Wimmer, Internationaler Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas hat von der Repression gegen Kommunist:innen berichtet und dass seine Partei aus dem Regierungsbündnis Partido Socialista Unido de Venezuela ausgetreten ist. Er vertrat, Maduro sei kein Chavist (nach Hugo Chávez), nur Kommunist:innen seien die richtigen Chavist:innen. Leider gab es keine Möglichkeit zur Diskussion. In der CASA CUBA haben wir viele Diskussionen darüber geführt, ob **Vietnam und China** sozialistische Länder sind.

Teilgenommen haben wir auch an einer Diskussion „**Palästina-Israel: Konflikt seit 75 Jahren"**. Georges Rashmawi, Vertreter der **Demokratischen Front zur**

1 jungewelt.de/artikel/432022.uz-pressefest-liebknecht-haus-bleibt-f%C3%BCr-kommunisten-geschlossen.html

Befreiung Palästinas (DFPL) stellte die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes aus linker Sicht dar. Biden, Präsident der USA hält das Trump-Abkommen weiter aufrecht. Die Zusammenarbeit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) mit der Autonomiebehörde (PA) kritisierte er nur vage. Dafür schimpfte er umso mehr darüber, dass in Deutschland Mahmud Abbas (Abu Mazen), Vorsitzender der PLO und Präsident der PA, für seine Äußerung in der Pressekonferenz im August 2022 des Antisemitismus beschuldigt wird. Aber über die Lage der Palästinenser:innen würde in diesem Land geschwiegen. [2]

Ein Mitglied der **KP in Israel** wurde angekündigt. Seine Position war, der Kampf um Befreiung kann nur von Araber:innen und Jüd:innen gemeinsam geführt werden. Eine Gruppe junger Palästinenser:innen haben daraufhin einen kleinen Aufstand angezettelt, sie seien keine Araber. Sie seien Palästinenser und ihr Land sei Palästina und die Juden sollen doch nach Deutschland gehen, das habe schließlich den Holocaust zu verantworten. Georges Rashmawi gab den jungen Leuten Recht und betonte Israel gehöre nicht dorthin. Leider war auch hier keine Diskussion mehr möglich. Im Schlusswort betonte der Referent der DKP aber noch, *„mit uns, der DKP, ist es nicht zu machen, zu sagen, der Staat Israel muss ausradiert werden. Es gebe viele Fehler in der Sprache, und wenn ich Araber sage und das war falsch, dann entschuldige ich mich."* Die DKP ist offener für Kritik oder andere Positionen und in der Debatte solidarischer als etliche andere Organisationen.

Die meisten Diskussionen führten wir natürlich über den **Charakter des Krieges in der Ukraine** und zu unserer Einschätzung, der **Putin-Staat sei faschistisch**.

Die **DKP** vertritt *„Russland hat die Ukraine angegriffen. Wir sehen dabei allerdings zwei Ebenen. Einmal die Anerkennung der beiden Volksrepubliken, das entsprechende Beistandsabkommen und die militärische Unterstützung der beiden Volksrepubliken im von der Ukraine gegen sie geführten Krieg. Dies ist aus unserer Sicht völkerrechtlich gedeckt und stellt für die Bevölkerung des Donbass vor allem die Hoffnung auf die Beendigung des achtjährigen Kriegs dar... Die andere Ebene sind die weitergehenden Angriffe auf die Ukraine. Hier gibt es bei uns unterschiedliche Beurteilungen. Diese reichen von der Einschätzung, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt, bis zur Bewertung, dass es ein Verteidigungskrieg sei, der der Abwehr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs diente und der damit völkerrechtlich gedeckt wäre."* [3] Das ist ganz deutlich **diametral** zu unserer Position. Wir haben klar gesagt, dieser Krieg ist ein Krieg zwischen den westlichen imperialistischen Großmächten, angeführt vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten auf der einen, und dem russischen Imperialismus und seinen Verbündeten, vor allem der imperialistischen Großmacht China, auf der anderen Seite. Wir haben klar gesagt, dieser Krieg ist Teil des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt.

Wir haben während des UZ-Pressefests sehr gut Material verkauft und viele unserer Fabrikzeitungen zum 1. September verteilt. Sehr nachgefragt, über 80 Exemplare, war unsere Sammel-Broschüre *„Nichts vergeben! Nichts vergessen! ‚NSU-Komplex' - Rassismus - Faschisierung – Widerstand – Solidarität 2011 – 2022"*. Wir hatten sehr viel Austausch und Diskussionen über diese Thematik. Auch viele Exemplare der TA Nr. 88 mit unserer Einschätzung zur Weltlage haben wir gut weitergeben können.

Insgesamt war es sehr positiv, wie wir vertreten waren. Wir konnten uns in Diskussionen einbringen und unser Material verteilen und uns bekannter machen. Spaß hat es gemacht offen und kontrovers zu diskutieren und sich auszutauschen. Es hat uns auch sehr gefreut, dass doch wirklich viele und vor allem jugendliche Menschen teilgenommen haben. [4]

2 In einer Pressekonferenz im August 2022 mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz wurde Abbas gefragt, ob er sich für das Attentat auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele 1972 in München entschuldige. Abbas ließ diese Frage unbeantwortet und beschuldigte stattdessen Israel des Holocausts an den Palästinensern. Israel habe, so Abbas, seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen, das seien „50 Massaker, 50 Holocausts". Den Begriff Holocaust für die zionistisch-faschistische Politik des Staates Israel gegen das palästinensische Volk zu verwenden, finden wir auch falsch. Aber diesen Fehler dazu zu verwenden um die zionistisch-faschistische Politik des israelischen Staates zu verdecken ist reine Demagogie.

3 dkp-dortmund.de/startseite/23-parteitag-der-dkp/beschluss-24-parteitag/

4 Die DKP schreibt 10.000 Menschen waren da.

COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher ist das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus
Teil V

Das Kapital gebiert Tod und Not

In Deutschland sind laut Robert Koch-Institut bis Ende August 2022 mehr als 145 000 Menschen nach einer Corona-Infektion gestorben. [1]

Ob die Menschen „an" oder „mit" dem Coronavirus sterben, wird zwar nicht erfasst. Die Deutsche Gesellschaft für Pathologie hat aber im Jahr 2020 Untersuchungen an 154 Verstorbenen durchgeführt, die zuvor an Covid-19 erkrankt waren. Das Ergebnis: 86 Prozent dieser Todesfälle waren wesentlich oder alleinig auf die direkten Folgen der Infektion zurückzuführen.

Und Fakt ist: Menschen mit einem sehr niedrigen Lebensstandard und Einkommen haben ein höheres Risiko, sich zu infizieren und sind auch häufiger an Covid-19 gestorben.

Im Dezember 2020 und Januar 2021 lag die Sterblichkeit für Menschen in sozial benachteiligten Wohn- oder Lebensverhältnissen um 50 bis 70 Prozent höher, so das Robert Koch-Institut. [2]

Ein besonders hohes Sterberisiko in dieser Pandemie ist unter Migrant:innen festgestellt worden. *„Hospitalisierte Corona-Patienten mit ausländischer Staatsbürgerschaft hatten ein um 125 Prozent erhöhtes Sterberisiko im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung."* [3]

Werktätige, die eine Corona-Infektion überstanden haben, aber unter massiven Spätfolgen von Long-Covid leiden, werden weitgehend alleine gelassen. Spezialisierte medizinische und Reha-Versorgung ist weitgehend nur Privatpatient:innen vorbehalten. Viele Arbeiter:innen müssen malochen gehen um über die Runden zu kommen und ruinieren dabei ihre völlig angeschlagene Gesundheit.

Und Fakt ist: Die Armut in der Arbeiter:innenklasse, unter den Werktätigen hat in den Pandemiejahren sprunghaft zugenommen. 13,8 Millionen Menschen in Deutschland – das sind 16,4 Prozent gelten nach bürgerlichen Statistiken als arm. Besonders massiv sind Kinder und Jugendliche (20,8 Prozent - das sind mehr als jede/r Fünfte!) und Rentner:innen (17,9 Prozent) betroffen. [4]

600 000 Werktätige **mehr als vor Ausbruch der Pandemie** gelten nun als arm. Unter den Erwerbstätigen ist die Quote von neun auf über 13 Prozent gestiegen. [5]

Das sind die Folgen von Kurzarbeit und des immensen Anstiegs von Teilzeitarbeit.

Krisen-Gewinner

Supermarktketten haben in der Corona-Krise historische Milliardengewinne eingefahren.

Energiekonzerne werden 2022 zirka 200 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne machen. Der Pharmakonzern Biontech, machte im ersten Halbjahr 2022 einen Nettogewinn von mehr als fünf Milliarden Euro, eine Steigerung von 37,2 Prozent zum Vorjahr. [6]

Vonovia, der größte deutsche Wohnungskonzern erzielte einen Gewinn von mehr als einer Milliarde Euro, ein Zuwachs von 36,3 Prozent in sechs Monaten. [7] Wie? Durchschnitt-

1 rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/COVID-19_Todesfaelle.html, Stand 01.09.2022

2 rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html

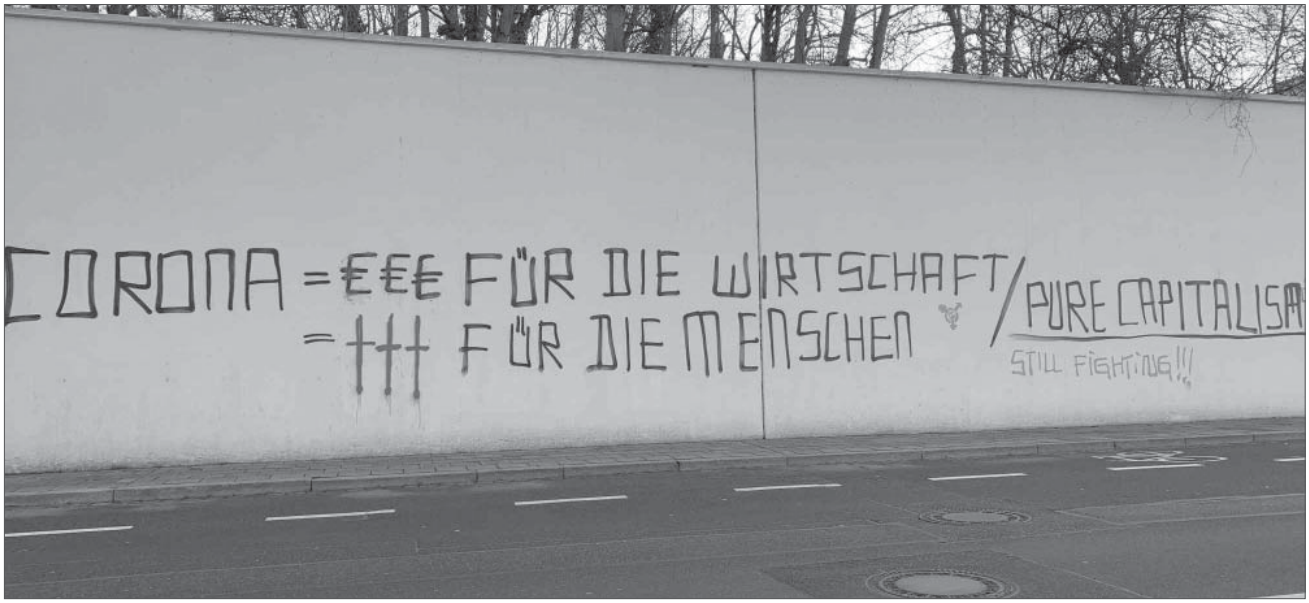
3 Tagesspiegel, 25.06.2022

4 Als arm gilt jede Person, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen muss. Gemessen wird jeweils das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts inklusive Transferleistungen und Zuwendungen wie Wohn- und Kindergeld.

5 der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/

6 das-marburger.de/2022/08/profitmaschine-biontech-537-milliarden-gewinn-mit-957-milliarden-umsatz-im-ersten-halbjahr/

7 sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilienmarkt-deutschlands-groesster-vermieter-macht-mehr-als-eine-milliarde-eu-



lich stiegen die Mieten in den letzten sechs Monaten um 3,4 Prozent! Nebenbei hat Vonovia in Dokumenten zum Capital Markets Day bereits angekündigt, Mieter:innen rauszuschmeißen, wenn sie ihre Nebenkosten nicht bezahlen können. **Alle Wohnungskonzerne (und alle anderen auch!) gehören enteignet!**
Die Deutsche Bank (2,5 Milliarden Nettogewinn) [8] und selbst die Bahn vermelden Gewinne.
Die **Profite** von Automobil-Konzernen erreichen ungeahnte Höhen. Und das trotz Krieg, Energiekrise und fehlende Halbleiter! Und nicht zu vergessen in Kriegszeiten: die Rüstungskonzerne. Im „Club der Millionäre" tummeln sich aktuell 213 Milliardär:innen, 24 mehr als im vergangenen Jahr [9] und mehr als 1,5 Millionen Millionär:innen! [10] Dafür sorgten boomende Aktienmärkte und steigende Immobilienpreise.
Dagegen für die Werktätigen:
Inflation, künstliche massive Preissteigerungen, Klimakrise.
Die rasante Inflationsrate liegt vorläufig bei **10 Prozent. Die enorme Preissteigerung beträgt bei Energie 35,6** und bei den Nahrungsmitteln bei **16,6 Prozent**. [11]
Alleine in Deutschland werden in Zukunft hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet und breite Schichten der Werktätigen verarmen. Auch Auswirkungen von Corona? In gewisser Hinsicht schon: Die just in time Produktion führt zu Lieferschwierigkeiten und Engpässen. Die Folge ist Kurzarbeit in der Produktion und Werkschließungen. Metall-und Elektroindustrie sind enorm abhängig von der Halbleiterproduktion, die stark zurückgefahren wurde, bzw. es existieren enorme Lieferschwierigkeiten.
Die Übermäßige Ausbeutung des Planeten für Profit führt zu weiteren Klimakatastrophen. Waldbrände, Dürren, Überschwemmungen, Anhaltende Hitzewellen, Hurrikans, zerstörte Ökosysteme… Wasserressourcen schwinden, Gletscherschmelze am Nordpol schreitet unaufhaltsam voran, der Meeresspiegel steigt rasant an und **immer mehr** ehemals fruchtbare Böden werden unfruchtbar.
All dies wird die Lebensgrundlage von Milliarden **Werktätigen** zerstören.

Danke GRÜN-SPD-FDP Regierung

Welche Maßnahmen gegen die Krise schlägt die neue Regierung vor?

Ein Entlastungspaket von 29 Milliarden Euro! Aber gerade mal zwei Milliarden von den 29 kommen bei einkommensschwachen den Menschen mit Niedriglöhnen bzw. im Harz IV-Bezug an – die durch die Inflation auch gleich wieder weg sind.
10,1 Milliarden Steuerentlastung verspricht der Bundesfinanzminister Herr Lindner für 2023. Lächerlich, denn der Staat hat bereits ein Vielfaches an Steuern durch die Inflation mehr eingenommen. Der FDP-Bundesfinanzminister sorgt, als Gönner der Bonzen, dafür, dass den Reichen kein „Steuerhaar" gekrümmt wird: Die Reichensteuer oder „Einkommensteuer für hohe Einkommen" soll bei 45 Prozent bleiben.
Denn ein höherer Steuersatz wäre für die wirtschaftliche Entwicklung gefährlich, so Herr Lindner. Die aktuelle Reichensteuer greift ab einem Einkommen von

ro-gewinn-1.4358460
8 faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/banken-deutsche-bank-macht-2-5-milliarden-euro-gewinn-1208391.html
9 manager-magazin.de/unternehmen/tech/die-reichsten-deutschen-wie-die-superreichen-dem-land-helfen-koennen-a-7dfd1b44-4fc1-4722-b978-d4b4d006a306
10 (1.630.000) tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/vermoegen-deutschland-millionaere-101.html
11 destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html

278 000 Euro. Das ist ein Witz. Wer verdient denn so viel?

Na klar: die Bonzen. Die unteren 70 Prozent der Bevölkerung gehen fast komplett leer aus, da sie keine Einkommensteuer zahlen.

Der Bundesfinanzminister ist ein richtiger „**Geizkragen“** wenn es um uns Werktätige geht: Er will bei Langzeiterwerbslosen Geld sparen. Der Haushaltsentwurf für 2023 sieht ein sattes Minus bei „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ vor – von aktuell rund 4,8 auf 4,2 Milliarden Euro. [12]

Bis 2029 sollen die jährlichen Mittel dann auf fünf Millionen Euro **abgeschmolzen** werden.

Die minimalen Erhöhungen des Grundfreibetrages und des Kindergeldes sind nichts als Almosen und purer Hohn.

Für Werktätige, die auf Grundsicherung angewiesen sind, gab es zum Jahreswechsel auch nur Almosen: Die **Hartz-IV-Regelsätze** wurden um **drei! Euro, für Kinder sogar nur um zwei! Euro** angehoben.

Der Bundesminister für Arbeit und „Soziales!“ Hubertus Heil (SPD) hat für Werktätige, die auf Grundsicherung angewiesen sind, eine gute Nachricht: Er tauft Hartz IV um in Bürgergeld. Die gegenwärtigen Regelsätze von 449 Euro im Monat zuzüglich Warmmiete sollen dabei um ganz 50 Euro! steigen. Damit erschlägt der Minister zwei Fliegen mit einer Klappe: Er ist das böse böse Hartz-Wort los, welches schließlich auf Peter Hartz zurückführt, der wegen Untreue und Begünstigung des VW-Betriebsratsvorsitzenden verurteilt wurde. Und gleichzeitig kann er sich rühmen, das viel kritisierte Hartz IV abzuschaffen, welches seine SPD-Partei gemeinsam mit den Grünen ab dem Jahr 2003 mit der Agenda 2010 durchgesetzt hatten. [13]

Einen besonderen Zynismus legt Bundeswirtschaftsminister Habeck (Grüne) an den Tag. Er tritt für eine besonders **grüne Energiewende** ein: Um Gas einzusparen und die Speicher zu füllen, sollen bei der Stromerzeugung wieder mehr Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen. Herr Habeck und seine Grünen unterstützen nun den Import des **Klimakillers Fracking-Gas** aus den USA und wollen dafür Flüssiggas- oder LNG-Terminals bauen lassen.

Neuester Gag des GRÜNen Ministers: Er schließt den **Weiterbetrieb von Atomkraftwerken** nicht mehr aus. Eigentlich sollen in den drei letzten deutschen Atomkraftwerken „Neckarwestheim 2“ in Baden-Württemberg, „Emsland A“ in Niedersachsen und „Isar 2“ in Bayern spätestens Ende 2022 die Lichter ausgehen. Nun will er die AKW's Neckarwestheim und Isar 2 weiterlaufen lassen. *„Stand heute halte ich das für notwendig“*, so der GRÜNe. Emsland A soll wie geplant Ende dieses Jahres vom Netz gehen. [14]

Unglaublich wohin die **Machtversessenheit** der Grünen geführt hat. Wie sie ihre „hehren“ Klimaziele der der Realpolitik sofort opfern und über Bord schmeißen.

Gas-Umlage: Fette Gewinne für Energiekonzerne

Und was macht der Bundesfinanzminister? Die Energiemonopole initiieren eine fette Umverteilung von Unten nach Oben, die Herr Habeck freudig als „seine Gasumlage“ umsetzen will. Ab Oktober dürfen Gas-Lieferanten die horrenden Gaspreise auf die Abnehmer:innen umlagern, etwa 2,4 Cent plus Mehrwertsteuer/Kilowattstunde. Im Klartext: Um die Konzerne zu retten, werden wir zur Kasse gezwungen. Auch Energiekonzerne, die in dieser Krise fette Gewinne eingeholt haben, profitieren von dieser Umverteilung.

Selbst die Bourgeoisie in Deutschland findet das nicht ganz so korrekt, so dass sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Es wird noch an geringen kosmetischen Veränderungen gefeilt. Aber die Fakten bleiben bestehen: **Der Job von uns Werktätigen soll sein: Konzerne retten!** In Krisenzeiten zeigt sich einfach ganz klar auf wessen Seite die Regierung steht.

Habeck lenkt in der Energiekrise den Fokus auf individuelles Sparen, kalt duschen, der Klimaschutz wird zu einer persönlichen, moralischen Frage erklärt. Kein Gesetz, keine Regel für die Konzerne. Die Industrie wird nicht zum Energiesparen verpflichtet. Warum nicht?

Weil der ehemalige Exportweltmeister [15] Deutschland wieder Exportmeister werden will. Weil das ganze beschissene bürgerlich-kapitalistische System auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert, um Profite und noch mehr Profite zu erzielen.

Die **lächerliche Energiepauschale von 300 Euro** ab September ist ein Armutszeugnis. Es reicht für uns Werktätige einfach nicht. Und wer kein Geld hat, kann sich auch keine Super-Stromspargeräte kaufen.

Die SPD leistet in dieser Koalition wirklich den Abschuss. Es wäre wirklich besser, sie würde sang und klanglos untergehen.

12 n-tv.de/politik/Lindners-Sparplaene-Weniger-Geld-zur-Eingliederung-Langzeitarbeitsloser-ab-2023-article23446866.html

13 Laut dem Portal Statista waren im Juli 2022 rund 3,6 Millionen Menschen von Hartz IV abhängig. de.statista.com/statistik/daten/studie/1396/umfrage/leistungsempfaenger-von-arbeitslosengeld-ii-jahresdurchschnittswerte/

14 Schwäbisches Tagblatt, 28.08.22, S. 1

15 Laut Wiki lag Deutschland im Jahr 2021 auf Platz 3, hinter China und den USA
wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Exporten

Ende Juni verkündete der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach – SPD, dass sogenannte Bürgertests künftig nicht mehr für alle vom Staat subventioniert werden. Wer nicht zu einer Risikogruppe zählt, muss ab dem 30. Juni drei Euro für den Schnelltest bezahlen. Als Grund führte Lauterbach die angeblich angespannte Haushaltslage an. Der Bund könne die Kosten von durchschnittlich einer Milliarde Euro pro Monat nicht mehr stemmen. Zudem seien auch Tests durchgeführt worden, die nicht notwendig gewesen seien. Wenn es nicht so absurd wäre, könnte Mensch einfach darüber lachen.
Schließlich hat Kanzler Scholz (auch SPD) gerade ein „Sondervermögen" von 100 000 000 000 (100 Milliarden) Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr aus dem Ärmel geschüttelt. Als dieser **Cum-ex Kanzler** Hamburger Bürgermeister war, war seine Finanzverwaltung bereit der **Warburg-Bank 47 Milliönchen** Euro Steuerschulden einfach schenken! [16]
Kurz darauf verkündete der Bundesgesundheitsminister einen weiteren Einschnitte, die insbesondere die Werktätigen treffen: Er will die Beiträge für Krankenversicherung erhöhen und damit das Zwei-Klassen-System in der Gesundheitsversorgung noch weiter vertiefen. [17]

Krankenhausschließungen in Corona-Zeiten

Die Schließung von Krankenhäuser basiert schlicht und einfach auf dem kapitalistischen Grundprinzip. Auch das Gesundheitssystem basiert auf Profit. Mit diesem Gesundheitsminister werden weitere Krankenhausschließungen folgen.
Anfang August stellte Lauterbach sein **neues Infektionsschutzgesetz** vor, welches Anfang September vom Bundestag beschlossen wurde.
Generell wird es in ganz Deutschland zur Pflicht, eine FFP2-Maske in Kliniken, Pflegeheimen, Arztpraxen und Fernzügen zu tragen. Das gilt für alle, die älter als 14 Jahre sind. In Flugzeugen fällt die Maskenpflicht ganz weg, das wollte die FDP so. Dagegen gilt in Schulen nicht mehr grundsätzlich eine Maskenpflicht.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht sowie die Isolationspflicht und der Genesenen-Status von 90 Tagen bleiben bestehen. Die Länder können aber weitergehende Regelungen erlassen, etwa eine Maskenpflicht im Regionalverkehr und in öffentlich zugänglichen Innenräumen oder eine Verpflichtung zur Testung in Gemeinschaftseinrichtungen.
Menschen können von der Maskenpflicht in Restaurants oder bei Kultur- und Sportveranstaltungen befreit sein, wenn ihre Impfung nicht älter als drei Monate ist oder wenn sie einen kostenpflichtigen Schnelltest machen oder wenn sie Frisch Genesen sind.
Wer den hohen Aufwand der Kontrolle betreiben soll, bleibt den Einzelnen selbst überlassen, seien es die

16 wiwo.de/politik/deutschland/cum-ex-steuerskandal-scholz-laesst-akten-sperren-die-ihm-gefaehrlich-werden-koennen/27599046.html
17 focus.de/gesundheit/news/kassen-fehlen-17-milliarden-euro-lauterbach-will-krankenkassenbeitraege-erhoehen_id_72925508.html

Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, seien es die Betreiber:innen von Restaurants oder von Kultureinrichtungen …
Für Migrant:innen ohne Papiere heißt das wieder mal, dass ihnen der Zugang zu Krankenhäusern oder die Teilnahme an Kultur verweigert wird.

Impf-Rassismus

Die Covid-19-Pandemie legt klar offen, auf welche Weise die imperialistischen Länder ihre Macht gegenüber dem globalen Süden ausüben. Das Patentsystem wird benutzt, um eine gerechte Verteilung von Impfstoffen, Medikamenten, Diagnostika und Medizintechnik zu verhindern.
Die Produktion von Impfstoffen ist auf maximalen Profit ausgerichtet und nicht auf die Erforschung und Entwicklung lebensrettender Medikamente und deren gerechte Verteilung.
Bereits im Oktober 2020 stellten die Regierungen von Südafrika und Indien bei der Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organization) einen Antrag auf eine global vereinbarte Verzichtserklärung („Waiver") für Patente und andere Rechte des geistigen Eigentums auf Covid-19-Medizinprodukte.
Im Juni dieses Jahres schloss die Versammlung der WTO einen faulen Kompromiss: Die **Patente an den Impfstoffen** werden für kurze Zeit ausgesetzt. Kurze Zeit heißt dabei **bis zum Jahre 2027**.
Allerdings ist das geistige Eigentum, das z.B. für den Technologietransfer zur Ausweitung der Produktion benötigt wird, darin nicht eingeschlossen. Eine Handvoll imperialistischer Länder und Pharmakonzerne, angeführt von EU und Deutschland, haben ihre Macht demonstriert. Ihre Botschaft an den globalen Süden lautet: Eure Leben zählen nicht.
In den Ländern des globalen Südens verursachen Epidemien ein viel massiveres, gesundheitliches Leiden mit vielfach tödlichem Ausgang, als in imperialistischen Metropolen. Viele Länder Afrikas, Asiens und Südamerikas verfügen nur über ein mangelhaftes Gesundheitssystem, das bereits durch andere Epidemien, wie HIV, Tuberkulose, Ebola ... an seine Grenzen stößt. Dieses System ist mörderisch. Es stellt den Profit einiger Konzerne über das Leben von Milliarden Menschen.

Es ist das System das stupid ist

In der Trotz alledem! Nummer 87 haben wir in Teil IV der Reihe COVID-19 ist tödlich! Tödlicher ist das kapitalistische System! festgestellt: „Hunderte Milliarden Euro für die Monopole – Kein Geld für das Gesundheitssystem? Das ist Kapitalismus!"
Heute sagen wir: „Hundert Milliarden Euro für die Rüstungsindustrie – Kein Geld für das Gesundheitssystem? Das ist Kapitalismus!" Die Versorgung in den Krankenhäusern ist nach wie vor katastrophal, das Personal ist vollkommen überfordert und ausgebrannt ... Warum? Weil für die Profitgier das Gesundheitssystem kaputt gespart wird.

Kliniksterben

Die Einführung des Fallpauschalen-Systems hat dafür gesorgt, dass Krankenhäuser Gewinne erbringen müssen. Im Ergebnis mussten viele kleine Kliniken schließen oder sich hoch spezialisieren. Vom Bundesgesundheitsminister über die Bertelsmann Stiftung bis hin zu weiteren profitgeilen Gesundheitsökonomen wird zu weiteren Krankenhausschließungen aufgerufen – vor allem in ländlichen Regionen.
Das Beratergremium von Lauterbach setzt das Ziel: Reduzierung der Krankenhäuser deutschlandweit auf unter 600 Häuser – zum Vergleich: 2018 waren es noch 1 925 Krankenhäuser. [18]
Auf der Grundlage eines Vorschlags der Regierungskommission zur Krankenhausreform will Gesundheitsminister Lauterbach im Schnellverfahren die **„Ambulantisierung" in deutschen Krankenhäusern** forcieren. Bereits ab dem 1. Januar 2023 können sämtliche Behandlungen, soweit dies medizinisch vertretbar ist, auch als Tagesbehandlungen abgerechnet werden.
Mit dieser Ambulantisierung soll laut Gesundheitsminister ein Abbau stationärer Kapazitäten umgesetzt und Personal eingespart werden. Im Hauruck-Verfahren und ohne Einbindung von Patient:innenvertretungen und Beschäftigten werden tiefgreifende Veränderungen in der Krankenhauslandschaft forciert. *„Der Plan des Gesundheitsministers, jede vierte stationäre Behandlung zu ambulantisieren, bedroht die Gesundheitsversorgung in der Fläche.*
Denn damit steigt für kleine Landkrankenhäuser der Anreiz, sich auf ambulante Behandlungen zu konzentrieren und die stationäre Versorgung abzubauen. Krankenhausschließungen sind damit programmiert. Es ist absehbar, dass in vielen ländlichen Regionen Deutschlands die Notfallversorgung wegbrechen wird," so Klaus Emmerich vom Bündnis Klinikrettung. [19]

Widerstand gegen das Kliniksterben

Im nordrhein-westfälischen Lemgo zum Beispiel: Im Verbund mit dem Krankenhaus Detmold bildet der Standort in Lemgo das Klinikum Lippe. Das wird als kommunale GmbH geführt. In Lemgo sollen die Abteilung für Unfallchirurgie und Orthopädie im Septem-

18 tagesspiegel.de/politik/bertelsmann-studie-nur-ueberzogen-spd-experte-lauterbach-will-die-richtigen-kliniken-schliessen/24596684.html
19 scharf-links.de/41.0.html&tx_ttnews[tt_news]=80956&cHash=f5fed70ec3

ber dieses Jahres geschlossen werden. Ein Aktionsbündnis hat sich gebildet. Geplant ist gemeinsam mit den Beschäftigten und Anwohner:innen die Schließung der Abteilungen im September zu verhindern. Öffentliche Veranstaltungen und Protestaktionen sind in Vorbereitung. In NRW hat sich eine Volksinitiative **„Gesunde Krankenhäuser in NRW- für Alle"** gegründet. [20]

Ausgebranntes Personal

Anfang Juli präsentierten gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter:innen der sechs Universitätskliniken Nordrhein-Westfalens Auszüge aus einem **„Schwarzbuch Krankenhaus".** [21] Damit wollen sie nicht nur den **krassen Personalmangel** aufzeigen, sondern die Öffentlichkeit über die gefährlichen bis tödlichen Konsequenzen der Personal-Unterbesetzung im Krankenhaus informieren.

Mit dem „Schwarzbuch Krankenhaus" soll auch der Tarifvertrag Entlastung (TVE) und damit verbunden ein schichtgenaues Belastungssystem durchgesetzt werden.

77 Streiktage

Elf Wochen Streik bis Mitte Juli 2022 in den NRW-Unikliniken. Das war der bisher längste Arbeitskampf im Gesundheitswesen in NRW. Die Beschäftigten der Unikliniken kämpften unter anderem für einen Tarifvertrag Entlastung. Sie forderten, dass für alle Klinikbereiche der Personalschlüssel exakt festgelegt wird, damit bei Unterschreiten entsprechende Entlastungstage gegeben werden können. Entschlossen und mutig haben sich die Beschäftigten gegen Scheinangebote der Arbeitgeber gestellt und sich gegen juristische Verbotsversuche gewehrt.

Ende Juli einigte sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit den Leitungen der sechs Universitätskliniken in NRW auf einen Tarifvertrag Entlastung. Die Durchsetzung eines **ersten Flächentarifvertrags** für Entlastung an Krankenhäusern in Deutschland ist ein **wichtiger Erfolg**. [22]

Für weite Teile der Pflege, auch für psychiatrische Stationen und Notaufnahmen, für Therapiebereiche, Betriebskindergärten, Radiologie und Auszubildende wird schichtgenau das Verhältnis von Beschäftigten- und Patientenzahl festgelegt. Sobald diese Quote unterschritten wird oder es zu anderen Belastungssituationen kommt, gibt es Belastungspunkte. Jeweils sieben Punkte bringen einen zusätzlichen freien Tag. Im ersten Jahr der Umsetzung können bis zu elf freie Tage extra zusammenkommen. Im zweiten Jahr sind es 14 und ab dem dritten Jahr maximal 18 zusätzliche freie Tage.

Aber das reicht noch lange nicht aus, denn der zwar hart erkämpfte Tarifvertrag Entlastung ist trotzdem auch ein fauler Kompromiss: Küchen- und Reinigungspersonal, IT und Technikbereiche sowie die Ambulanzen sind nicht einbezogen. Das ist eine klare Spaltung der Belegschaft.

Der TVE gilt ab Anfang 2023. **Allerdings** haben die Kliniken anderthalb Jahre Zeit, um die erforderlichen IT-Systeme an den Start zu bringen. **Das ist der pure Hohn!**

Eineinhalb Jahre! … Bis dahin gibt es wahrscheinlich gar keine Pflegekräfte mehr, weil sie ausgebrannt sind und einfach nicht mehr können. **Wirklich gute Arbeitsbedingungen und eine die korrekte Entlohnung sind nötig!**

Der Streik ist eine extrem positive Erfahrung und der Streik war notwendig. Denn ohne Streik wären die Beschäftigten mit ein paar Brotkrumen abgespeist worden. Und natürlich hat sich der Organisierungsgrad der Beschäftigten erhöht. Wenn auch erstmal nur eine gewerkschaftliche Organisierung. Aber das ist ein erster Schritt. Überhaupt klar zu haben, dass ohne Organisierung gar nichts geht.

Streik und Aktionen der Hafenarbeiter:innen im Norden

Die Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter:innen haben sich durch die Pandemie zunehmend verschlechtert. Bedingt durch extremen Personalmangel sind 60 Überstunden und mehr pro Monat Normalität. Dazu: immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit.

Besser bezahlte, sichere Arbeitsplätze werden vernichtet und durch prekäre Arbeitsverhältnisse und moderne Tagelohnarbeit ersetzt. Es herrscht Wut und Frust bei den Hafenarbeiter:innen.

Das Inflationsmonster stoppen! Das war die Parole des Tarifkampfes der Hafenarbeiter:innen, der von Ende Juni bis Ende August lief. Sie kämpften für einen Inflationsausgleich von **sieben bis acht Prozent für Alle.** Zudem forderten sie eine pauschale Lohnsteigerung von 1,20 Euro pro Stunde, damit auch die unteren Lohngruppen eine deutliche Verbesserung erhalten. Und sie wollten einen Abschluss für **zwölf** Monate. Das war seit Jahrzehnten einer der längsten Warnstreiks, den die norddeutsche Hafenwirtschaft erlebt hat.

Mitte Juli hatten mehrere Hafenlogistik-Konzerne lokale Arbeitsgerichte angerufen, um den Warnstreik verbieten zu lassen. Die Gerichte von Wilhelmshaven, Oldenburg (für den Hafenstandort Brake) und Bremen

20 gesunde-krankenhaeuser-nrw.de/

21 schwarzbuch-krankenhaus.net/erfahrungsberichte

22 Es gibt zwar an der Charité und bei Vivantes in Berlin Entlastungstarifverträge, aber die gelten nur für die einzelnen Krankenhausunternehmen.

lehnten es ab in einem Tarifkampf einzugreifen. Nicht so in Hamburg. Dort hatte ver.di sich auf einen Kompromiss eingelassen: Der geplante Warnstreik durfte zwar stattfinden, aber bis Ende August wurden alle Arbeitskampfmaßnahmen untersagt. Dafür sollten drei weitere Verhandlungstermine zwischen ver.di und dem Zentralverband Deutscher Seehafenbetriebe (ZDS) vereinbart werden. [23]

Nicht einmal die Tarifkommission von ver.di wurde zu dieser Vereinbarung hinzugezogen und erhielt auch keine Informationen.

Die Reaktion der Hafenarbeiter:innen: „**Gegen jede Einschränkung des Streikrechts!**", so der Aufruf zum Warnstreik. Im Hamburg wurde aus dem Warnstreik eine kämpferische Demonstration. Heftige Polizeiübergriffe und Festnahmen von Hafenarbeiter:innen war die Antwort des Staates.

In der letzten Verhandlungsrunde – kurz bevor Streiks wieder möglich gewesen wären – einigten sich ver.di und ZDS auf einen Kompromiss für die 12 000 Hafenarbeiter:innen

Rückwirkend ab 1. Juli sollen die Löhne in Vollcontainerbetrieben (A-Betriebe) um 9,4 Prozent steigen. In den Stückguthafen- und konventionellen Betrieben (B-Betriebe) um 7,9 Prozent. Ab Juli nächsten Jahres dann nochmal eine Steigerung von 4,4 Prozent.

Der ZDS hat sich durchgesetzt mit seiner Forderung nach einer Laufzeit von zwei Jahren. Allerdings wurde ein Sonderkündigungsrecht verhandelt, das eine Preissteigerungsrate bis 5,5 Prozent ausgleicht. Sollte die Preissteigerungsrate höher liegen als 5,5 Prozent, was sehr wahrscheinlich ist, ist das Pech. Denn die vereinbarte Klausel besagt, die Löhne maximal bis zu dieser Schwelle auszugleichen. Die Medien stellen diese Tarifvereinbarung als erstaunlich hohen Lohnabschluss dar. ver.di selbst feiert ihn als „das bisher beste Tarifergebnis in Deutschland in diesem Jahr".

In Wahrheit entpuppt sich der Abschluss aber als **fauler Kompromiss** nicht nur bezüglich der Laufzeit von zwei Jahren. ver.di war immerhin ursprünglich mit Forderungen von bis zu 14 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten in die Verhandlungen gegangen. Der Abschluss beinhaltet eine **klare Spaltung der Belegschaft** in A-, B- und C-Betriebe. In den C-Betrieben ist eine Erhöhung von gerade mal 3,5 Prozent im ersten und 2,5 Prozent im zweiten Jahr vorgesehen. Ursprüngliches Ziel war allerdings, die Löhne in den C-Betrieben überproportional anzuheben.

In diesen Betrieben malochen die Arbeiter:innen unter einem gesonderten Beschäftigungsvertrag. Gerade in diesen Betrieben war Solidarität gefordert. Aber genau hier wird gespart.

Wenn jetzt berechnet wird, dass die Vereinbarung erst ab dem 1. Juli gilt, obwohl die alte Vereinbarung bereits im Mai abgelaufen war, die Inflation seit Ende März auf 7-8 Prozent gestiegen ist - was nicht einberechnet ist – dann kann man jetzt die Zahlen getrost halbieren. Und schon wird klar ein weiterer Betrug und leere Versprechung, von wegen: *„Das bisher beste Tarifergebnis in Deutschland in diesem Jahr".*

Es kommt nicht von ungefähr, dass diese Einigung so

23 Der ZDS gilt als Vertreter von 58 tarifgebundenen Umschlagbetrieben in Hamburg, Niedersachsen und Bremen.

taz: Herr Meta, Sie rufen für Samstag zur Demo „No War but Class War!" in Berlin auf. Was hat der Krieg in der Ukraine mit Kapitalismus und Klassenfragen zu tun?

***Daniel Meta**: Das sind zwei unterschiedliche Punkte. Sowohl die **Nato als auch Russland sind imperialistische Großmächte**, die **kapitalistische Interessen** vertreten. Beide Seiten wollen ihre Einflussbereiche halten und ausbauen. Es geht um Absatzmärkte, Rohstoffe, Öl. **Deshalb lehnen wir den Krieg und beide Seiten ab**.*

Taz: Und die Klassenfrage?

***Daniel Meta**: Vom Krieg profitieren immer nur die Herrschenden. Wer leidet, sind die Zivilisten, ganz besonders die arbeitenden Menschen in der Ukraine. Und auch hierzulande sind die Auswirkungen des Krieges längst für viele Lohnabhängige spürbar, die teilweise ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. Wir brauchen eine Gesellschaft, die solche Kriege nicht mehr ermöglicht.*

Auszug taz-Interview 8. April 2022

zustande kam, bevor die Hafenarbeiter:innen wieder streiken dürfen. **Hafenarbeiter:innen haben heute – in der just in time Produktion – eine große Macht**. Ein umfassender Streik, der sich mit Streikbewegung in anderen Ländern, wie der aktuelle Streik der Hafenarbeiter:innen in Liverpool und Felixstowe vereint und womöglich die internationale Logistik lahmlegt, sollte verhindert werden. Wie bei allen Kämpfen der Arbeiter:innenklasse, wäre es richtig, wenn die Hafenarbeiter:innen unabhängige Streik – und Kampfkomitees bilden würden und ihre Sache in die eigenen Hände nehmen würden.

Protest der Linken Bewegung

Anfang Juli fand in Berlin eine Demonstration unter dem Motto: Wir zahlen nicht für eure Kriege! Der **Aufruf** des **Bündnisses Zivile Zeitenwende**: *„100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung"*. Nach Angaben der Veranstalter:innen beteiligten sich 4 000 bis 6 000 Kriegsgegner:inen an dieser Aktion.

Beim **System-Change-Camp in Hamburg** Mitte August erwarteten die Organisator:innen 6 000 Teilnehmer:innen, teilgenommen haben 3 000. Die Polizei hat massiv auf die Klimaaktivist:innen eingeprügelt – und das unter einer Koalitionsregierung in der, die sich als Ökopartei rühmenden Grünen maßgeblich beteiligt sind.

In den zwei letzten Corona-Jahren ist es leider eine Tatsache, dass Camps und Riesenereignisse, wie G7 in Elmau oder System-Change-Camp in Hamburg nicht mehr so viele Revolutionär:innen, Kommunist:innen, Protestierende, Widerständige und Linke anziehen, wie noch vor einigen Jahren. Auch an Großdemonstrationen, wie in Berlin, nehmen wesentlich weniger Demonstrierende teil. Und das in einer Krisenzeit, wie es sie schon lange nicht mehr gegeben hat.

Woran liegt das?

Einerseits haben viele linke**,** revolutionäre, kommunistische Organisationen, Initiativen, Gruppierungen und Parteien bei Protesten und Demonstrationen versucht, die Pandemiebedingungen zu berücksichtigen, aufeinander aufzupassen und dem Virus sozusagen keine große Chance zu geben.

Auf Kundgebungen zum Beispiel in Berlin an verschiedenen Orten am Jahrestag des Anschlags in Hanau Februar 2021, kamen jeweils Tausende Menschen zusammen, unter größtmöglicher Einhaltung der Schutzmaßnahmen um die Verbreitung des Coronavirus unter dem Menschen zu verhindern.

Andererseits spielen der Ukrainekrieg, der Angriff Russlands und die Mobilisierung des Westens eine gewichtige Rolle in den politischen Entwicklungen. Innerhalb der Linken Bewegung herrscht teils eine große politische Verwirrung über Ursachen und Ziele des Krieges.

Die **Antikriegsbewegung** wurde und wird von den bürgerlichen Medien fertig gemacht und pauschal als Putin-Versteher:in diffamiert. Was nicht bedeuten soll, dass es in ihren Reihen nicht auch tatsächliche Russland- und Putin-Freund:innen-Versteher:innen gab und gibt. So befürwortet z.B. das Umfeld von DKP und VVN zum Teil den Krieg Russlands als Verteidigungskrieg gegen die NATO.

Massiv diffamiert werden Positionen etlicher revolutionärer, antiimperialistischer, kommunistischer Organisationen, die gegen diesen imperialistischen Krieg zu Protesten aufrufen. Sie verlaufen dadurch teils ins Leere. In Berlin zum Beispiel versammelten sich am **26. Februar** dieses Jahres gerade mal 70 Kriegsgegner:innen zu der Kundgebung „Gegen den imperialistischen Krieg" am Brandenburger Tor. Aufgerufen hatten MLPD sowie trotzkistische Organisationen der IV. und V. Internationale sowie regionale Antifa-Gruppen.

Dagegen sind auf der **„Pro Ukraine"-Demonstration** einen Tag später, **am 27. Februar**, weit mehr als 200 000 Teilnehmer:innen aufmarschiert. Vertreten waren Regierungsfreund:innen und „Kämpfer:innen für die Demokratie gegen die Diktatur", wie auch FFF-RednerInnen, EKD (Friedensbeauftragter), ver.di, Greenpeace, Campact, usw. Weitere Unterstützer:innen waren AGDF, EIRENE, Pax Christi, Friedenskooperative, DFG-VK, DGB Berlin-Brandenburg, DIDF Naturfreunde,

BUND, Seebrücke, Brot für die Welt, EKD (Friedensbeauftragter), Pax Christi, Friedenskooperative, Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), und etliche mehr.

Viele geflüchtete Ukrainer:innen waren bundesweit angereist, ein Meer ukrainischer Fahnen wehte über der Demo. Darunter waren Demonstrant:innen mit ausgeprägt antikommunistischen Botschaften. Aggressiv und gewaltsam gingen deutsche und ukrainische Nationalisten und Faschisten gegen linke Protestierende vor. So zum Beispiel massiv gegen eine Frauengruppe, die auf dieser Demonstration ein Transparent mit dem Text *„Die Kriegstreiber: Putin, NATO, Biden, EU, Selenskyj, Waffenlobby u.a. Kapitalismus muss weg"* entrollte.

Die Mehrheit der ehemaligen Antikriegsbewegung (vor allem das GRÜNEen-Umfeld) läuft im n**ationalen, deutsch-chauvinistischen Taumel** hinter der nach Krieg und Rüstung schreienden Ampel-Regierung her. Auch in der FFF-Klimabewegung unterstützen einige Gruppierungen diesen Krieg, vorweg natürlich die Grünen-Mitglieder.

Dagegen setzten Aktionen wie die Demonstration **„No War but Class War!"** (Kein Krieg aber Klassenkrieg!) in Berlin am 9. März 2022, wichtige Zeichen. Auch wenn die zahlenmäßige Beteiligung mit 700 Teilnehmer:innen noch schwach war. Gegen die vorherrschende bürgerliche Kriegseuphorie wurde dieser Krieg als das benannt was er ist, ein imperialistischer Krieg. Hauptforderungen des Aufrufs: *Weder Russland noch NATO! Schluss mit dem Krieg in der Ukraine! Antimilitarismus statt Aufrüstung. Solidarität mit den Betroffenen, sichere Fluchtwege für alle! Gegen die Bundeswehr und NATO, gegen Waffenlieferungen! Gegen das Profitstreben – für eine solidarische Welt!*

Arbeiter:innenklasse,
aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Die linke revolutionäre Bewegung, wir Kommunist:innen haben aktuell nicht ausreichend Kraft, in dieser Krise der Regierung eine entscheidende Rolle zu spielen.

Warnungen vor einem „heißen Herbst" machen die Runde. Die Montagsdemos sollen „wieder belebt" werden, gegen die Krisenlasten, die ungerechte Umverteilung und Verarmung. Reformistische Linke schlagen daher auch vor, eine Übergewinnsteuer einzuführen, „um den sozialen Frieden zu erhalten".

Es ist unsere Aufgabe, wenn es im Herbst zu tatsächlichen Protesten gegen Verarmung und gegen Krieg kommt, alle zu Kräfte mobilisieren, um in diesen Protesten an vorderster Front teilzunehmen und in diese Proteste kommunistische Inhalte hineinzutragen.

Nazis, AfD- und Konsorten müssen aus diesen Bewegungen rausgeschmissen werden!

Es ist klar, dass sich auch die Corona-Leugner:innen und Faschist:innen auf einen „heißen Herbst" vorbereiten. Im August haben sie bundesweit wieder durchgestartet. Auf breiter Front mobilisierten sie für ihre Aufzüge. In Berlin marschierten über 5 000 Leute unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen!" und mit Parolen wie „Freiheit für Ballweg", einer der faschistischen Anführer der „Querdenker", der in eine Reihe mit Opfern der Shoa gestellt wird.

Ende September haben Zehntausende in Ostdeutschland an den Montags-Demos teilgenommen. In Sachsen rund 32 000 Menschen an etwa 100 Orten.

Faschistische Gruppen, wie die Freien Sachsen und die Identitäre Bewegung waren teilweise führend dabei.

In Sachsen-Anhalt knapp 13 000 Teilnehmer:innen bei 44 Demos. In Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten mehr als 11 000 Menschen in etwa 20 Städten. In Thüringen 37 Versammlungen mit insgesamt 23 667 Teilnehmer:innen. [24] In Brandenburg ca. 13 000 Teilnehmer:innen in 46 Orten.

In der Hauptstadt versammelten sich am 8. Oktober über 10 000 AfD-Faschos und Coronaleugner:innen. AfD-Brandner warnte „vor der Zersetzung" seiner Partei, man höre und staune „durch Medien, Verfassungsschutz und Antifa". Tausende Aktivist:innen linker Gruppen/Organisationen mobilisierten zu Störaktionen und Kundgebungen. Journalist:innen, Gegendemonstrant:innen wurden brutal tätlich von den Faschos angegriffen, Masken wurden Menschen vom Gesicht gerissen. Die staatlichen Einsatzkräfte hielten sich wie immer vornehm zurück. Propagandistisch wurde die ganze Nazi-Palette bedient, „Putin-Freiheitskämpfer" plus „Russland-Sympathie", rassistische Hetze gegen Geflüchtete, triefender deutscher Chauvinismus mit Sprechchören wie „Unser Land zuerst".

Die **faschistischen Kräfte** haben in der berechtigten Protestbewegung **nichts** zu suchen. Sie müssen von vornherein von unseren Aktionen ausgeschlossen werden. Ihre Aktionen müssen bekämpft und gestört werden.

Unsere Tagesaufgabe ist: Diese Proteste gegen den Krieg, gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, gegen die Umweltvernichtung auf der Straße mit den Kämpfen in den Betrieben zu verbin-

24 jungewelt.de/artikel/435564.gegen-hohe-energiepreise-wut-in-ostdeutschland.html

den. Unsere Aufgabe ist die Kampfaktionen und Forderungen in der Arbeiter:innenklasse bekannt zu machen, das ist dringend nötig.
Zum Beispiel: Die Solidarität mit den **Hafenarbeiter:-innen** in diesem machtvollen Kampf ist wichtig! Das System-Change-Camp in Hamburg, das während des Hafenarbeiterstreiks stattfand, hat sich Null auf diesen Streik bezogen!
Wir müssen in die **Antikriegs-Bewegung** und diese von richtigen Positionen überzeugen. Wir müssen an Antikriegs-Demonstrationen teilnehmen und wenn es keine gibt – organisieren wir welche!
Wir müssen den **Klassenkampf in den Betrieben** anfachen, immer und immer wieder den Zusammenhang von Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter:innen und dem kapitalistischen System aufdecken.
Unser Ziel und unsere strategische Aufgabe ist es, das Bewusstsein in der Arbeiter:innenklasse verankern:
Der **einzige Ausweg** gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur, für eine bessere und gerechte Gesellschaft, ist der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Diese erreichen wir aber nur unter Führung der Kommunistischen Partei. Diese aufzubauen ist unsere Aufgabe! Organisiert Euch mit Uns!
Für den Kommunismus! Für den Sozialismus!

12. Oktober 2022

»blitzfahrt durch sowjetrussland«

Dieses schmale Buch ist eine spannende Reportage von Elisabeth Thommen aus dem Jahre 1933. Wir empfehlen es ganz speziell neugierigen JungkommunistInnen. Sie finden darin so etwas wie „roten Zeitgeist" aus jenen Jahren wieder. In unserem Vorwort heißt es: Im Jahr des 100. Geburtstags der sozialistischen Oktoberrevolution fällt uns eine kleine, unscheinbare, antiquarische Broschüre in die Hände. Plastisch und emphatisch schildert Elisabeth Thommen ihre Reiseroute und ihre Begegnungen mit ArbeiterInnen, BäuerInnen, Jugendlichen, Frauen, KommunistInnen in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft.

Sie beschönigt nichts, nicht den Mangel, nicht die Armut und auch nicht den Hunger. Aber sie setzt alles in eine richtige Relation. Welchen Verhältnissen entsprang die Revolution? Wie grausam mussten die Millionen niedergedrückter Werktätiger im zaristischen Russland dahin vegetieren? Und was wurde nach dem Umsturz schon Grandioses erreicht? Angefangen von der Bildungsarbeit, dem Kampf gegen den Analphabetismus, über die Verbesserung der Lage der Kriegswaisen-Kinder, dem Aufbau neuer Städte und Industriekomplexe.

Lebendig geschildert werden Diskussionen mit FabrikarbeiterInnen: „Von einer anderen Gruppe fliegt das Wort einer Arbeiterin zu mir. Es wird voll Temperament ausgesprochen: Sie dürfen nie vergessen: Das Geld spielt für uns nicht dieselbe Rolle wie für Sie in den kapitalistischen Ländern."

Auf das Gesundheitswesen, insbesondere die Abtreibungsfrage geht die Autorin ausführlich ein. Ein besonderer Blick liegt auf der gesellschaftlichen Situation der Frauen: „Ein Frauentypus ist dort im Werden, der sich ebenbürtig neben die Männer stellt, und der von den Männern als ebenbürtig betrachtet und behandelt wird."

Natürlich finden sich, teils auch richtige, kritische Anmerkungen in dem Bericht, wie zum Beispiel beim Besuch im Lenin Mausoleum in Moskau. Elisabeth Thommen ist eine linksliberale, ihr ganzes Leben lang sich für Frauenrechte, einsetzende Schriftstellerin und Journalistin.

Am Ende fasst Thommen zusammen:
„So manches ist jung und neu in diesem Riesenreich… Überall sucht man nach neuen Formen, nach andren Möglichkeiten. Alles ist unerhört, kühn, gewaltig – auch gewalttätig – aber prall und voll von Wille und Kraft. Ob Rußland die einzige und letzte Möglichkeit einer Volksgemeinschaft gefunden hat? Ob zumindest einen Anfang? Die nächsten Jahrzehnte werden es zeigen."

Zu bestellen:
trotzalledem1@gmx.de – 7 Euro

Artikel • „aufbau 107“ • Januar/Februar 2022 • Schweiz

Impfskepsis: Von unten links gegen oben rechts, immer!

Die Kritik an den COVID-Massnahmen äussert sich primär reaktionär statt emanzipativ und stellt die widerständige Linke damit vor Probleme, Spaltung stellt ein Problem dar. Was tun, wenn der hilfsbereite Arbeitskollege plötzlich Massnahmegegener ist und die Nachbarin von unten Angst vor der Impfung hat? Das gleiche wie immer!

(az) Für die Medien sind sie ein gefundenes Fressen – die anfänglich noch elitär als exzentrische Aluhut-Spinner verspotteten, dann als wütender Mob skandalisierten und mittlerweile als besorgte Bürger portierten Demonstrant_innen gegen die COVID-Massnahmen. Die wöchentlichen reaktionären Demonstrationen können sich damit der medialen Plattform gewiss sein. Um diese reaktionären Demonstrationen soll es hier nicht gehen.

Aber diese Demonstrationen werden sie teilweise auch zum impliziten Orientierungspunkt für proletarische Kolleg_innen, die gegenüber Impfungen oder den staatlichen Massnahmen skeptisch sind. Sie merken zwar, dass etwas nicht geheuer ist, wenn tausend Schweizer Fahnen wehen und die SVP die Anliegen ernst nimmt. Und sie gehen auch nicht an Demos, wo sich Nazis offen tummeln können. Aber im Gespräch, wenn das unweigerliche Impf- oder Zertifikats-Thema in der Kaffee-Pause bei der Arbeit oder auf Social Media aufkommt, sind eben auch diese Kolleg_innen durch die reaktionären Demonstrationen, die dem Misstrauen am staatlichen Krisenmanagement ihren politischen Stempel aufdrücken, geprägt. Für Massnahmen-Skeptiker_innen gibt es momentan keine relevanten linken Bezugspunkte.

Das muss uns kümmern. Wenn linke Arbeitskolleg_innen, die sonst immer einen zuverlässig solidarischen und antiautoritären Reflex zeigen und nie nach unten treten, sich bei den COVID-Massnahmen plötzlich nicht mehr von Kommunist_innen verstanden fühlen – dann müssen wir eben versuchen, besser zu verstehen. Und diese Mühe, zu verstehen, hat wohl hauptsächlich einen praktischen Ursprung.

Auf der Strasse ist es den Reaktionären gelungen, eine politische Polarisierung zwischen ihnen und dem Bundesrat zu vereinnahmen. Die revolutionäre Linke hingegen entwickelt richtigerweise eine antifaschistische Praxis gegen die Reaktionären auf der Strasse. Und man kann der revolutionären Linken nicht vorwerfen, dass wir keine eigenständige linke Praxis zu den staatlichen Massnahmen entwickelten. Aber die aktuelle Defensive der Linken und unsere Probleme eine stärkere politische Praxis zu entwickeln äussert sich trotzdem in unserer Analysefähigkeit.

Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten

Natürlich ist das Thema der Impfverweigerung historisch belastet. Es war schon immer eines der ideologischen Steckenpferde esoterisch-religiöser und faschistischer Bewegungen und so waren diese Kräfte auch für die COVID-Pandemie diskursiv und organisatorisch gut aufgestellt. Es ist ihnen gelungen, die Skepsis gegenüber den staatlichen Massnahmen mit sozialdarwinistischer Rhetorik, mit Verschwörungstheorien und mit antiliberaler und antikommunistischer Ideologie zu verknüpfen.

Und diese politische Formierung ist ihnen gelungen, weil der Grossteil der sich bewegenden Skeptiker_innen tatsächlich schon kleinbürgerlich-reaktionäre Einstellungsmuster mit sich gebracht haben. Aber es gab und gibt eben auch die anderen.

Historisch lässt sich nämlich auch eine Impfskepsis zurückverfolgen, die einem anti-autoritären Misstrauen unterer Klassen gegen die Obrigkeit entspringt und Ausdruck von Klassenverhältnissen ist. Sie speist sich aus der historischen Erfahrung, dass Herrschende den Anspruch erheben, biopolitisch Zugriff auf die Massen und deren Körper zu erhalten. Dass die Herrschenden historisch zur Kontrolle und Regulation der Leben(sweisen) der unteren Klassen und insbesondere der Frauen gegriffen haben, um die kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten, kann mit Blick auf Zwangssterilisation und Eugenik nicht ignoriert werden.

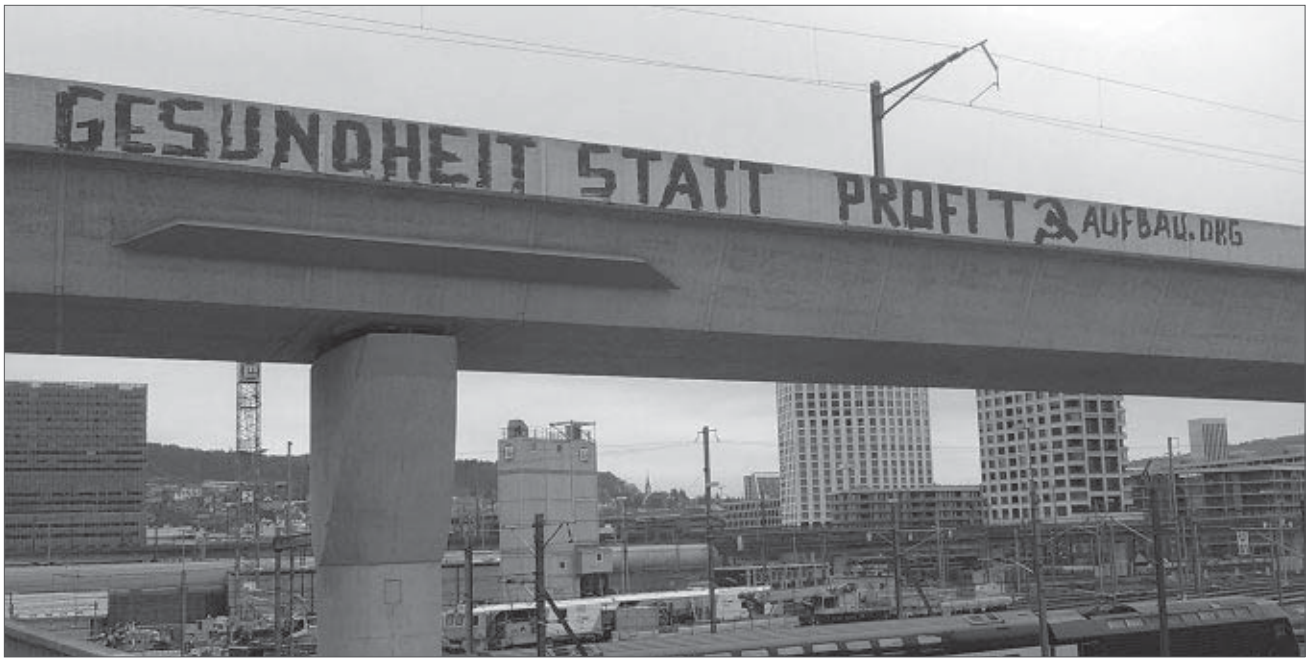
Wir dürfen also annehmen, dass die Impfskepsis mindestens teilweise auch in der proletarischen und insbesondere migrantischen und weiblichen Erfahrung mit staatlichen Eingriffen in ihre Lebensweisen gründet.

Berechtigtes Misstrauen

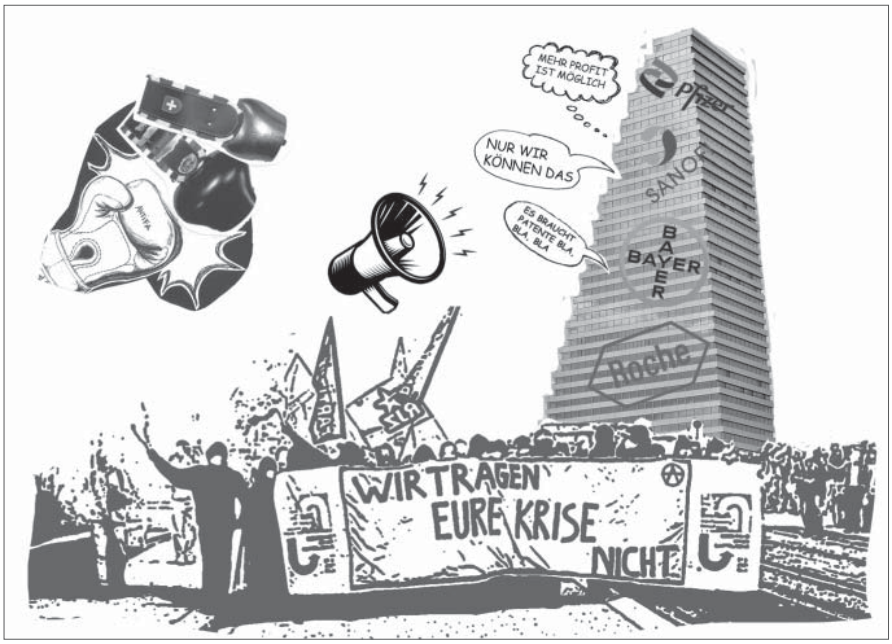
Der ganz konkrete Umgang des Bundesrates mit der Pandemie entkräftet diese historische Erfahrung nicht – im Gegenteil.
Das staatliche Krisenmanagement führt allen vor Augen, dass es dem Bundesrat – und allen kapitalistischen Regierungen – nicht hauptsächlich um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern um die Aufrechterhaltung der Profite geht.
Sonst würde nicht das Gesundheitswesen mitten in der Pandemie abgebaut und gegen die Wand gefahren, während die Krankenkassen Gewinn machen. Und sonst würden die Impf-Patente und Profite der Pharmaindustrie nicht geschützt.
Und am aktuellen Krisenmanagement des Bundes wurde ganz konkret sichtbar, welche Interessen in einem bürgerlichen Staat zur Geltung kommen – ja, so sichtbar, dass es eben auch breite Teile der Bevölkerung mitbekommen.
Eine antikapitalistische Linke darf in so einer Situation nicht das Vertrauen in ebendiese Regierung einfordern, sondern sollte im Gegenteil agitativ aufgreifen, was sie vor der Pandemie schon immer thematisiert hat – dass im Kapitalismus der Profit vor den Menschen steht.

Das Problem mit der Wissenschaft

Die Schwierigkeit, sich als Linke zu positionieren, zeigt sich eher darin, dass viele Linke in der Pandemie dazu übergehen, Skeptiker_innen zu einem Vertrauen in die Wissenschaft verpflichten zu wollen. Das ist einerseits sicher richtig, wir haben einen positiven Bezug zur Wissenschaft und setzen auf Analyse. Dennoch ist es paradox, weil es vor Pandemie eigentlich ein kritischer Allgemeinplatz war, dass die Wissenschaft keine neutrale oder einfach objektive Instanz ist.
Was geforscht wird, hängt immer von subjektiven oder politischen Interessen ab. Deshalb fliessen im Kapitalismus Forschungskapazitäten in die Kriegsindustrie und deshalb werden primär Krankheiten erforscht, die die Norm-Bevölkerung des Nordens betreffen. Und Wissenschaft kommt meistens auch nicht zu eindeutigen Ergebnissen.
Das sind Probleme, mit denen wir uns auch in einer sozialistischen Gesellschaft auseinandersetzen müssten.
Wenn Wissenschaft im Kapitalismus geschieht, können wir sicher sein, dass die Produktion von Wissen und die Nutzung der Wissenschaft systematisch durch Kapitalinteressen beeinflusst ist. Das zeigt sich nur schon, wenn die Pharmaindustrie als Kapitalfraktion auftritt und also Profite aus der Krankheit der Menschen generieren will.
Entsprechend fliesst Geld in solche Forschung, die ein Produkt garantiert, das teuer verkauft werden kann, statt in Forschung, die vielleicht allen hilft.
So zögerte die Pharmaindustrie anfänglich trotz Pandemie, in Impfforschung gegen den Virus zu investieren, weil Impfungen zu wenig profitabel seien. Nur weil die Staaten dann diese Forschung subventionierten und gleichzeitig eine profitable Abnahme garantierten, hat sich die Pharmaindustrie erweicht, Impfungen zu entwickeln.
Und die ganzen Diskussionen über die Freigabe von Patenten und das Bereitstellen von Impfungen in armen Ländern zeigt nochmals, wie Wissenschaft kapitalistisch korrumpiert ist, der Schutz des geistigen



Eigentums wichtiger als die Bedürfnisse der Weltbevölkerung. Zudem werden die Unsicherheiten, die wissenschaftliche Studien mit sich bringen, vom Bundesrat instrumentalisiert, je nachdem, was dieser gerade an Massnahmen umsetzen will.
Als klar war, dass die Behörden ihre Maskendepots weggespart hatten, stellte der Bundesrat die Wirksamkeit von Masken wissenschaftlich in Frage. Kaum war das Maskenproblem logistisch gelöst, wurde auch deren Wirksamkeit wieder wissenschaftlich gestützt. Und es wäre sehr einfach wissenschaftlich begründbar, dass das Gesundheitswesen in der Pandemie ausstatt abgebaut werden sollte, das tut der Bundesrat aber keineswegs.
Er setzt voll auf die Impfkarte, denn das lässt sich mit seiner wirtschaftlich neoliberalen Grundhaltung vereinbaren.



Wissenschaft wird also auch instrumentalisiert, um politische oder ökonomische Interessen durchzusetzen. Dennoch sind natürlich die medizinischen Daten, die für die Wirksamkeit und Effizienz der Impfung sprechen, sehr glaubwürdig und beruhen auf einem riesigen Erfahrungsschatz von unglaublich vielen geimpften Personen.
Das führt uns zum alten Problem der revolutionären Linken, dass wir Schwierigkeiten haben, die Komplexität zu reduzieren.
Wissenschaft ist gut, aber sie kann missbraucht werden. Das lässt sich schlecht süffig vermitteln. Aber ist es überhaupt die Aufgabe der Linken, das im Allgemeinen berechtigte Misstrauen gegenüber der kapitalistischen und behördlichen Nutzung von Wissenschaft zu kritisieren?

Keine falsche Überheblichkeit

Linke und insbesondere Sozialist_innen verteidigen natürlich eine differenzierte Wissenschaftlichkeit gegenüber dem Irrationalismus.
Aber in der aktuellen politischen Situation verschliesst die einfache Gegenüberstellung von «vernünftigen rationalen Impfwilligen» und «irrationalen Impfskeptiker_innen» eine proletarisch klassenkämpferische Agitation und öffnet den Weg in eine elitäre Sackgasse, schon alleine deshalb, weil ein akademischer Titel meist auch ein Hinweis auf die Klasse ist, in die wir geboren wurden. In der Schweiz studiert fast ausschliesslich die Bourgeoisie und das sog. Bildungsbürgertum.
Zwar speist sich die Impfskepsis mehrheitlich aus Falschinformationen durch reaktionäre Impfgegner_innen und aus tatsächlich seltenen kritischen historischen und aktuellen Vorfällen. Aber das darf nicht zu in einer herablassenden Agitation führen, die Skeptiker_innen als dumm darstellt.
Menschen verarbeiten Informationen nie einfach «rational» und «richtig». Im Gegenteil nutzen wir immer Informationsverarbeitungstricks, die sich bewährt haben, damit wir uns zurechtfinden.
Deshalb sind wir alle anfällig dafür, einzelne Vorfälle, von denen wir in unserem Umfeld oder durch die Medien gehört haben, zu stark zu verallgemeinern. Die Irrationalität vermag vielleicht bei Verschwörungstheoretiker_innen und Faschist_innen so stark ausgeprägt sein, dass sie eine politische Gefahr darstellt. Aber die moderate Impfskepsis ist keine Frage der Vernunft oder der Intelligenz – Impfskeptische und Impfwillige unterscheiden sich hier nicht.
Es ist vielmehr eine Frage der Ängste und des Vertrauens gegenüber Staat und Medien. Begriffe wie «Schwurbler_innen» oder «Covidiot_innen» haben sich fälschlicherweise auch bei uns eingeschlichen. Wir sollten aber nicht in elitäre und bildungsbürgerliche Argumentationen abschweifen, sondern auf den Punkten aufbauen, die wir teilen und nicht auf jenen, die uns spalten.
Wie bei anderen Themen auch. Immer von unten links gegen oben rechts. So lassen sich vielleicht auch wieder Gemeinsamkeiten mit massnahmekritischen Arbeitskolleg_innen finden, mit jenen, die keine Nazis sind, natürlich.

aufbau 107 Januar/Februar 2022

BERICHT

Yeni Kadın Dünyası • Neue Welt der Frauen
ÇAĞRI Politisch-Theoretische 3-Monatszeitschrift /Nordkurdistan-Türkei

3. Weltfrauenkonferenz wurde erfolgreich durchgeführt!

Kampf gegen Kriege, Armut, Faschismus, Rassismus und Sexismus! Es lebe die internationale Frauensolidarität!

Die 3. Weltfrauenkonferenz fand vom 4. bis 10. September in der tunesischen Hauptstadt statt. Die Eröffnung der Konferenz, an der Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus verschiedenen Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Europas teilnahmen, begann mit einer Demonstration.

Etwa 500 Menschen nahmen an der Demonstration teil, wobei jede Frauenorganisation/Gruppe mit ihren eigenen Transparenten, Fahnen und Symbolen ein begeisterndes Bild abgab. Auf den Boulevards, auf denen der „Arabische Frühling" in Tunesien stattfand, ertönten am Sonntag die Parolen von Frauen, die für die Freiheit kämpfen.

Wir haben im Namen der „Yeni Kadın Dünyası" an dieser Demonstration und der Konferenz teilgenommen. Auf der Demo hatten wir unser Transparent in Englischer Sprache: *„Frauenbefreiung fordert Revolution! Alles andere ist bloße Illusion"* .

Am Ende der Demonstration wurde die 3. Weltkonferenz in einer Kongresshalle eröffnet. Auf Einladung von Vertreterinnen tunesischer Frauenorganisationen und nach kurzen Grußworten der kontinentalen Koordinatorinnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa füllten die Frauendelegationen die Bühne mit Musik und Tanz.

90 Delegierte und 52 Frauenorganisationen aus 40 Ländern nahmen an der Konferenz teil, auf der zwei volle Tage lang Workshops zu verschiedenen Themen stattfanden.

Die Titel einiger dieser Workshops lauteten wie folgt: Erweiterung der antifaschistischen, antiimperialistischen Plattform mit Basisfrauenorganisationen, Kampf gegen den imperialistischen Krieg, Eine neue Perspektive für die Frauenemanzipation ist notwendig, Feminismus ersetzt „Realsozialismus" und Opportunismus, Verschiedene Formen der Gewalt gegen Frauen und die Rolle des Sexismus, LGBTI+ Kampf und Einheit für die Frauenrevolution!

Als „Yeni Kadın Dünyası" Frauengruppe, veranstalteten wir gemeinsam mit anderen beteiligten Gruppen einen Workshop über den Kampf der arbeitenden Frauen und die gewerkschaftliche Organisierung.

Wir berichteten über unsere Gewerkschaftsarbeit und aktuelle Kämpfe der Arbeiter:innen in Nordkurdistan-Türkei. Und begründeten unsere aktuelle Forderungen, die weitgehend in die Abschlussresolutionen

aufgenommen wurden: Der 8. März soll ein arbeitsfreier Tag sein, die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und eine Erhöhung der Frauenlöhne, die Beendigung der imperialistischen Besetzungen, die sofortige Beendigung des beidseitig reaktionären, imperialistischen Krieges zwischen der Ukraine und Russland, die Unterstützung der Frauenkämpfe in verschiedenen Ländern, die Solidarität mit Migrant:innen usw. Die Entschließungsentwürfe wurden von der Mehrheit im Plenum angenommen.

In der Abschlusserklärung der Konferenz wurde die Bedeutung des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus und die Reaktion auf die vom Imperialismus und der Weltreaktion verursachten Wirtschafts-, Politik-, Umwelt-, Nahrungsmittel-, Flüchtlings- und Gesundheitskrisen hervorgehoben. Es wurde gefordert, dass der Krieg in der Ukraine, der auf beiden Seiten ungerecht ist, ein imperialistischer Krieg ist und sofort beendet werden muss.

Die israelische Besetzung Palästinas, die türkische Aggression gegen Rojava, der Terror der Taliban gegen die Massen in Afghanistan und die koloniale Ausbeutung afrikanischer Länder wurden angeprangert und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung verteidigt.

Femizid, sexistische Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung, Kinderehen, Vergewaltigung von Frauen als Kriegsinstrument, Unterdrückung und Ermordung von LGBTI+-Personen, Niedriglöhne, Lohnungleichheit, Frauenarmut und Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Inflation, Dürre und Überschwemmungen, Gefängnisterror und Folter gegen Widerstandskämpferinnen und Revolutionärinnen, Staatsterror... Es wurde festgestellt, dass all dies nicht nur in nicht entwickelten Ländern, sondern auch in imperialistischen Ländern existiert, dass die Quelle der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen patriarchale, feudale, kapitalistische und imperialistische Staaten und Systeme sind.

Die Kämpfe der revolutionären und kämpferischen Frauen der Welt gegen all dies wurden gewürdigt. Der organisierte Kampf der Frauen für eine neue Gesellschaft wurde hervorgehoben.

In der Abschlusserklärung, die zum Kampf gegen Faschismus, Machismus, Sexismus, Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus, Chauvinismus, Opportunismus, Antikommunismus, Postmodernismus und Zionismus aufrief, wurden u.a. globale und massenhafte Frauenaktionen am 8. März, 1. Mai und 25. November, und Frauenstreiks zu gegebener Zeit beschlossen.

Neben den intensiven Diskussionen und Resolutionen, die beschlossen wurden, fanden an jedem Abend Kulturprogramme statt. Frauengruppen aus allen Ländern sangen in ihren Sprachen Lieder des Kampfes und des Widerstands. Es wurde gemeinsam gesungen und getanzt.

Die 3. Frauenkonferenz in Tunis war eine umfassende Konferenz, auf der Frauengruppen, die meisten von ihnen mit revolutionären Ansichten, zusammenkamen, ihre Kampferfahrungen austauschten und ihre Schmerzen und Freuden teilten.

Die Tatsache, dass wir sahen und spürten, wie die Frauen auf der ganzen Welt kämpfen, ließ unsere Hoffnung und unsere Entschlossenheit auf den Kampf der Frauen noch mehr wachsen!

Es lebe der Kampf der Frauen
für Freiheit und Sozialismus!
Es lebe die internationale Frauensolidarität!

ydicagri.org/tunus-3-dunya-kadin-konferansi-basariyla-tamamlandi/

Flugblatt ★ Iran

Vorwärts im Kampf für die Befreiung und für die Freiheit!

Die Befreiung der Frauen ist ohne Revolution und die Revolution ist ohne die Frauen nicht möglich!

In den letzten beiden Jahrzehnten wurden wir immer häufiger Zeugen von Streiks, Protesten und sozialen Revolten im Iran, die immer wieder landesweit aus irgendeinem Anlass aus dem Kampf der unterdrückten Klassen gegen die herrschende Reaktion entstehen. Diese Kämpfe finden in den Produktionsstätten in den Städten und auch am Land statt, und oft verlagern sie sich als **Massenrevolten auf die Straßen**. Die Volksmassen bringen dadurch ihre Wut und ihren Zorn gegen das **volksfeindliche Regime der islamischen Republik** und gegen die immer stärkere Ausbeutung und Unterdrückung zum Ausdruck.

Wir müssen diese **Kämpfe mit aller Kraft** unterstützen. Und wir müssen die Mobilisierung und Organisierung der ArbeiterInnenklasse und Volksmassen, und vor allem die Sicherung der Führungsrolle der ArbeiterInnenklasse in diesen Kämpfen, als unser Hauptanliegen betrachten. Im Iran schreitet der Kapitalisierungsprozess rasant voran und er umfasst alle Bereiche des Lebens. Das bedeutet, dass diese Kämpfe im Kontext einer kapitalistischen Gesellschaft neokolonialen Typs stattfinden.

Um zu einer richtigen Analyse zu gelangen und nicht auf der Oberfläche stehen zu bleiben, müssen wir kritisch auf die Ereignisse der letzten beiden Jahrzehnte und auf die Kämpfe, die in immer kürzeren Abständen ausbrechen zurückblicken, damit wir deren Schwächen und Stärken besser einschätzen können.

Als im **Jahre 1999** wegen der **Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse**, und der damit verbundenen Einstellung von Teilen der staatlichen Zeitungen, die **StudentInnen** massenweise auf die Straßen gingen; als im **Jahre 2009** durch **Illusionen in „Wahlen**" des Regimes ein großer Teil der Bevölkerung im Namen der „Grünen Bewegung" hinter Musavi und Karrubi in Grün gekleidet auf die Straßen gingen!

Als in den **Jahren 2016 und 2019 Revolten** ausbrachen, in denen die **unterdrückten Volksmassen** und **marginalisierten Schichten** der Gesellschaft aus Protest gegen die **immense Inflation** und die damit verbundenen Teuerungen der notwendigsten Lebensmittel, unter anderem der Benzinpreise mehrere Tage auf den Straßen waren. **Alle diese Proteste wurden blutig niedergemetzelt.**

Auch diese Tatsachen beweisen, dass unter der **Herrschaft des Imperialismus** und in von ihm **abhängigen Regimen**, Befreiung und Freiheit nicht erlangt werden können, wenn in den Kämpfen Illusionen in Teile der herrschenden Klasse herrschen und auch nicht, wenn diese Revolten keine revolutionäre Führung und Perspektive haben. Um zu einer richtigen Analyse der laufenden sozialen Revolten zu gelangen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu zie-

hen, müssen sich die fortschrittlichen ArbeiterInnen und KommunistInnen parallel zur Analyse und der Erklärung der wirtschaftlichen und politischen Lage permanent darum bemühen, **politisches Bewusstsein in die Volksmassen** hineinzutragen. Das beginnt erstens mit dem Wissen und Bewusstsein darüber, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, deren **Haupttriebkraft der Klassenkampf** ist. Zweitens muss Bewusstsein darüber herrschen, dass nichts, was an der Oberfläche sichtbar ist – auch nicht die sozialen Proteste – vom Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital losgetrennte Erscheinungen sind. Anderes gesagt vertritt und unterstützt das **Regime der islamischen Republik**, getarnt mit islamischer Ideologie, mit aller Kraft die Interessen der abhängigen kapitalistischen Klasse.

Wir müssen bei den Volksmassen auch darüber Bewusstsein schaffen, dass die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung, und in diesem Zusammenhang steht auch der **Mord an Mahsa**, und auch die Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Rechte, nur in Verbindung mit der Befreiung der ArbeiterInnen und Werktätigen möglich ist, welche den Haupthebel der Produktion und die Dienstleistungen in ihrer Hand haben. So kann den **gerechten Forderungen der Frauen** und den **weltweiten Kämpfen und Protesten** im Zusammenhang mit dem staatlichen Mord an Mahsa Amini eine **fortschrittliche und revolutionäre Perspektive** geöffnet werden und damit die Befreiung der Frauen, sowie auch andere nicht verwirklichte demokratische Rechte und revolutionäre Forderungen der Bevölkerung mit aller Kraft Nachdruck verliehen werden.

Die unterworfene Situation der Frauen, die sexuelle Apartheid, die Durchführung der patriarchalen Gesetze, legitimiert durch islamische Verordnungen und deren Verankerung in der Verfassung und in den zivilen Gesetzen, sind **alles frauenfeindliche und verbrecherische Akte** des islamischen Regimes im Iran. Daher ist die **konsequente Unterstützung der emanzipatorischen Forderungen der Frauen**, die Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen sozialen Ebenen, unter anderem auch das Recht auf freie Kleiderwahl notwendig. Als **zentrales demokratisches Recht** wird auch die **Trennung der Religion vom Staat** gefordert, die **Freilassung aller politischen Gefangenen**, das **Recht auf freie Meinungsäußerung** und **gewerkschaftliche und politische Organisierung**, sowie das **Recht auf Streik**. Ebenso dazu gehört die Beseitigung der **nationalen Unterdrückung der Völker im Iran** und der **religiösen Minderheiten**. Auch der **Kampf gegen Rassismus** und **für gleiche Rechte für die afghanischen Flüchtlinge und ArbeiterInnen** ist in diesem Zusammenhang wichtig. Natürlich können diese Forderungen nur auf dem Boden des Klassenkampfs verwirklicht werden. Das heißt mit der Perspektive eines vollständigen Bruchs mit den alten Verhältnissen und der Abschaffung jeglicher Form von Unterdrückung und Ausbeutung, die sich im Laufe der Jahrhunderte abgelagert hat.

Das Regime der islamischen Republik hat beinahe **44 Jahre ständig die demokratischen Rechte** der Bevölkerung mit Füßen getreten. Protestierende werden in Gefängnisse gesteckt, gefoltert, es werden Schauprozesse gegen sie inszeniert und in vielen Fälle werden sie auch hingerichtet. Die Verhaftung und der Mord von Mahsa Amini durch die „islamischen Sittenwächter" unter dem Vorwand, sie hätte die „islamischen Vorschriften" nicht beachtet, ist ein Beispiel aus der **tagtäglichen Praxis dieses Regimes**. Diese Taten dürfen nicht abstrakt und isoliert betrachtet werden. Sie sind alle Teil der ständigen Unterdrückungsmaßnahmen, um die Streiks, Proteste, und Volkserhebungen unter Kontrolle zu halten und sie besser bekämpfen zu können.

Die Schikanen gegen die Bevölkerung sind Beweise für die sich immer mehr verschärfenden Widersprüche in der Gesellschaft, d.h. der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen ArbeiterInnen und unterdrückten Massen und der Kapitalistenklasse. Anders gesagt dienen all diese Repressalien dazu, das Volk ruhig zu halten und die Produktion und Reproduktion der iranischen Kapitalistenklasse zu ermöglichen. **Es ist ein System wie damals unter dem Schah, nun als islamisches Regime.**

Natürlich wird die Vertiefung dieser Widersprüche, das Gleichgewicht der Kräfte zu Gunsten der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen verändern. Nun stellt sich die Frage: Wie kann die akkumulierte Energie der Massen, die hinter dem Damm des Repressionsapparats des Staates brodelt, ans Freie gesetzt werden. Wie und wo kann man die revolutionären Massen gegen die reaktionäre Gewalt mobilisieren und organisieren.

Sicherlich in der Hauptarena des Klassenkampfs, auf der Ebene der Produktionsstätten, wo die Ausbeutung der Millionen Werktätigen, vor allem die Schöpfung des Mehrwerts stattfindet. Allein auf diesem Wege kann der subjektive Faktor der Revolution, die revolutionäre kommunistischen Partei, die für den Sieg der Revolution notwendig ist, ins Leben gerufen werden.

So gesehen ist unser Ausgangspunkt zur Analyse der laufenden Auseinandersetzungen im Iran um den Tod von Mahsa Amini eine allumfassende Entlarvung des islamischen Regimes und seiner imperialistischen Helfershelfer, sowie die Bekämpfung aller seiner

Unterdrückungsorgane: der Armee, der Revolutionswächter und der paramilitärischen Organisationen, wie Sittenwächter, Bazige, ("Aufpasser") usw. Um dieses Ziel zu erreichen ist vor allem die **Organisierung der Kämpfe der ArbeiterInnen und Werktätigen** und die **Entfaltung des Klassenkampfs** notwendig, d.h. die revolutionäre Zerschlagung der Herrschaft der islamischen Republik und die vollständige Abschaffung der imperialistischen Herrschaft sowie die Errichtung der Volksmacht unter der Führung der ArbeiterInnenklasse.

Allein durch die Anwendung dieser Strategie und Taktik können den bestehenden zerstreuten Protesten, deren Wurzel in den antagonistischen Widersprüchen liegt und die ungeheuren sozialen Verwerfungen – Akkumulation des Reichtums in den Händen der Reichen und Armut und Elend für den größten Teil der Bevölkerung, vor allem die werktätigen Frauen, eine revolutionäre Perspektive verliehen werden.

Gleichzeitig müssen wir illusionäre, ahistorische Ideen und Unwahrheiten entlarven und bekämpfen, wie z.B. die Behauptung, dass die Führung der Bewegung spontan aus den laufenden Protesten auf der Straße entstehen würde. Was die Geschichte der siegreichen Revolutionen bis jetzt gezeigt hat ist, dass **sozialistisches Bewusstsein von außen in den Klassenkampf des Proletariats hinein getragen wird** und nicht aus ihm urwüchsig entsteht. Die TrägerInnen dieses Bewusstseins sind auch die fortschrittlichen ArbeiterInnen, die revolutionären kommunistischen Organisationen. Jede andere Vorstellung bedeutet die Führung der Bewegung den bürgerlichen Kräften zu überlassen und schlussendlich zuzulassen, dass die herrschende Klasse und der Imperialismus die Bewegung vereinnahmen. Dieser Irrweg aktiviert nur die vertriebenen reformistischen Kräfte aus den Machtzentren um „Welayat-i-Faghih" (absolute geistiger Führer), und ihre revisionistischen Unterstützer, die Kräfte die hauptsächlich das Geschehen im Ausland bestimmen, so wie wir es bei der Machtübertragung an Khomeini im Jahre 1978-79 erlebt haben.

Die bestehende Protestwelle auf der Straße muss mit den Aktionen und Streiks der ArbeiterInnen und Lohnabhängigen verbunden werden. Das sind die Voraussetzungen für eine Stärkung der Massenkämpfe hin zu einer radikalen Veränderung der Gesellschaft, und damit der Abschaffung der Klassenunterdrückung, der Ausbeutung und der sexuellen Apartheid.

Wien 30. September 2022

Nieder mit dem Regime der islamischen Republik!
Vorwärts zur Verwirklichung der Rechte der ArbeiterInnen und Werktätigen!
Nieder mit dem ganzen kapitalistischen und imperialistischen System!

Ein linker iranischer Aktivist in Wien (Österreich)
Kontaktadresse:
Iran-Rat, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, A-1070 Wien
email:shora.sam@gmail.com

International Coordination of
Revolutionary Parties & Organizations

ICOR-Resolution zum Volksaufstand im Iran 6. Oktober 2022

Dieser Schrei ist kein Klagelied – es ist der Schrei eines mutigen Volksaufstands

Am 16. September starb die junge Kurdin Jina Mahsa Amini (22 Jahre) durch die Gewalt der iranischen Sittenpolizei in Teheran im Polizeigewahrsam. Vorwand für ihre Festnahme war der angebliche Verstoß gegen das Gesetz zum Tragen des Hidschab. Sie stammte aus Saghes, dem kurdischen Teil des Irans.

Seitdem reißen die Massenproteste im Iran nicht ab; Tag und Nacht werden die Straßen von den Protestierenden bestimmt, in der kurdischen Provinz aber auch in allen großen und kleinen Städten des Irans.

Jina Aminis Tod hat das Feuer einer revolutionären Gärung im ganzen Land erneut entfacht, das unter den Massen schon lange glühte und sich vor allem in einer bisher nicht gekannten Häufung von Arbeiterkämpfen ausdrückte.

Auf den ersten Blick erscheinen die Proteste wie ein spontaner Aufstand des Zorns. Aber es ist weit mehr und hat eine lange Vorgeschichte. Schon im letzten Jahr wurde die Inflation von 55 bis 130 Prozent für die Menschen unerträglich, in den Betrieben organisierten sich die kampferfahrenen Arbeiter.

Von März 2021 bis März 2022 gab es 4000 Arbeiterkämpfe, in industriellen Sektoren wie Öl, Gas, Petrochemie, in den Stahlbetrieben, von den Zuckerrohrarbeitern bei Haft Tapeh bis zu LKW-Fahrern, Krankenschwestern und Lehrern. In den Protesten wurden gewerkschaftliche Forderungen erhoben, außerdem Forderungen, die sich gegen die Privatisierung von Fabriken, Bildungseinrichtungen und städtischer Grundversorgung richteten.

Aus diesen Kämpfen entwickelte sich die Kraft, die den heutigen Massenaufständen ihre landesweite Breite, ihre Konsequenz gibt und ihren Widerstand gegen das Regime richtet.

„Die Menschen haben einfach genug! Die vielen Arbeiterstreiks; die Frauen sind auf der Straße; die Lehrer kämpfen seit Monaten, die Rentner. Alle kämpfen gegen das unerträgliche Leben voller Armut, Inflation, Hunger und Unterdrückung. Die Proteste tragen deutliche Zeichen, dass die Kurden und alle weiteren Völker im Iran in großer Solidarität zusammenstehen" sagt die Iranerin Zaman Masudi, Aktivistin der internationalen, kämpferischen Frauenbewegung.

Die Menschen verlieren ihre Angst. Trotz brutaler Unterdrückung und Gewalt mit Tausenden von Verhafteten und bisher 133 Toten stellen sich Frauen und Männer, Arbeiter, Jugendliche, Studenten dem verhassten theokratischen [1] faschistischen Regime entgegen. Die Frauen legen ihre Hidschabs ab, Polizeistationen, religiöse Zentren und öffentliche Büros gehen in Flammen auf. Der Ruf „Frau, Leben, Freiheit" ertönt. Und zum ersten Mal seit 40 Jahren ist wieder die Parole zu hören „Es lebe der Sozialismus, es lebe der Sozialismus".

Bereits Mitte Juli 2022 sagte Nosrat T., KP Iran, in einem webinar der ICOR: „Ich möchte sagen, dass sich die Gesellschaft mit hoher Geschwindigkeit auf revolutionäre Bedingungen zu bewegt." Das bewahrheitet sich jetzt in dem Maße, wie sich ökonomische und politische Forderungen, Kämpfe durchdringen und sich die Aufstandsziele revolutionieren.

Die Organisatoren des Massenaufstands von Marivan (nahe der irakischen Grenze) sagten in einem Aufruf, einen Tag nach Jinas Ermordung: „Der Grund für die Erniedrigung von Frauen sind die kapitalistische Kultur, Gesetze sowie reaktionäre und patriarchalische Traditionen."

Und mehrere Gewerkschaften riefen unter politischen Losungen zum Streik; der Koordinierungsrat der Ölvertragsarbeiter schrieb: „Die zunehmende Intensivierung des Kreislaufs von Unterdrückung und Brutalität im Leben der Regierung hat die Gesellschaft heute in einen Zustand der Rebellion versetzt und die Notwendigkeit der Einheit von fest angestellten Ölarbeitern und Kurzarbeitern deutlich gemacht und der praktischen Solidarität, um diese höllische Situation zu beenden."

Organisationen wie die Fadaiyan-Organisation (Minderheit)/Ostkurdistan rufen zum politischen Generalstreik und zum landesweiten Aufstand auf.

Mut und Wille zur gesellschaftlichen Veränderung der Arbeiter und Volksmassen sind das Potenzial für einen siegreichen Kampf. Damit ihr Weg nicht in der Resig-

1 In einem theokratischen Staat berufen sich die Machthaber auf einen göttlichen Willen.

nation oder im Blut erstickt ist eine landesweite einheitliche Führung und eine revolutionäre Partei notwendig, die unter den Massen respektiert wird und ihnen Orientierung und Organisiertheit gibt. Vor allem aber darf heute kein Kampf in irgendeinem Land alleine und isoliert bleiben.
Deshalb erklärt sich die ICOR auf der ganzen Welt solidarisch mit diesen Kämpfen und stellt sich die Aufgabe, Bewusstsein und Unterstützung in weltweiten Solidaritätsaktivitäten zu organisieren. Imperialisten und Faschisten sind weltweit miteinander verbunden und die Konterrevolution agiert länderübergreifend. Deswegen müssen der nationale Parteiaufbau und die Stärkung internationaler Organisationsformen wie der ICOR oder der antiimperialistischen und antifaschistischen Einheitsfront entschieden vorangetrieben werden.
Es lebe der Kampf der iranischen Massen für Freiheit und Demokratie!
Organisieren wir die Solidarität! Brechen wir Internetsperre und Zensur!
Nieder mit dem theokratischen, patriarchalen und faschistischen Regime!
Es lebe die Freiheit – es lebe der Sozialismus!
Vorwärts mit der ICOR!
Stärkt weltweit die antifaschistische, antiimperialistische Einheitsfront!

Anmerkung TA:
31 ICOR-Organisationen haben diese Resolution unterzeichnet. Die Unterzeichnenden können auf der webseite www.icor.info eingesehen werden.

Wir, Trotz alledem! haben als „Nicht-ICOR Mitglied" diese Resolution mit unterzeichnet.

Wir dokumentieren Solidarität mit den Antifaschisten Jo und Dy

Antifaschismus ist und bleibt notwendig

Nach sechs Monaten Prozess gegen die beiden Antifas Jo und Dy ging das sog.„Wasen-Verfahren" Mitte Oktober 2021 zu Ende. Beide wurden vor dem Landgericht zu **Haftstrafen von 4,5 und 5,5 Jahren** verurteilt.
Ihnen wurde vorgeworfen, am Rande einer Querdenker:innen-Demonstration, Personen der faschistischen **Pseudo-Gewerkschaft „Zentrum Automobil"** angegriffen und schwer verletzt zu haben.
Nach über 20 Verhandlungstagen konnten keine Beweise dafür erbracht werden, dass Jo und Dy für den Angriff verantwortlich waren. Ein angeblicher Polizeispitzel in Stuttgarts antifaschistischer Szene habe seinem "V-Person-Führer" vom Staatsschutz gesagt, er habe gehört, dass Dy bei dem Angriff dabei gewesen sei. Aus Sicherheitsgründen könne der angebliche Spitzel aber nicht vor Gericht aussagen.
Nun hat einer der attackierten Faschisten eine zivilrechtliche Schadensersatzforderung erhoben. Die Höhe des geforderten Schmerzensgelds allein beläuft sich auf 140.000 Euro. Hinzu kommen bei einer Niederlage vor Gericht dann noch die Prozesskosten.
Immer öfter gerät die antifaschistische Bewegung unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig nehmen faschistische Bewegungen neuen Schwung auf.
Während Faschisten ungehindert morden, wie in Halle oder Hanau, wird der Widerstand gegen Faschismus und die Innere Faschisierung polizeilich verfolgt.
Was ihr nun tun könnt ist, auch weiterhin die **Betroffenen nicht alleine** zu lassen und im Kleinen zu zeigen, dass wir hinter ihnen stehen:
Schreibt Dy+Jo Briefe, Postkarten, Solibilder etc.:
Mit Stichwort „Dy" und/oder Stichwort „Jo" an die Rote Hilfe Stuttgart, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Ganz konkret läuft zur **Finanzierung der Zivilverfahrenskosten** eine Kampagne unter dem Motto:
"Antifa-Prozess in Stammheim? Unbezahlbar!
Solidarität bleibt notwendig!

Hier findet hier mehr Infos und Spendenmöglichkeiten: notwendig.org/solidaritaet Informationen: antifaheisstzusammenstehen.wordpress.com/

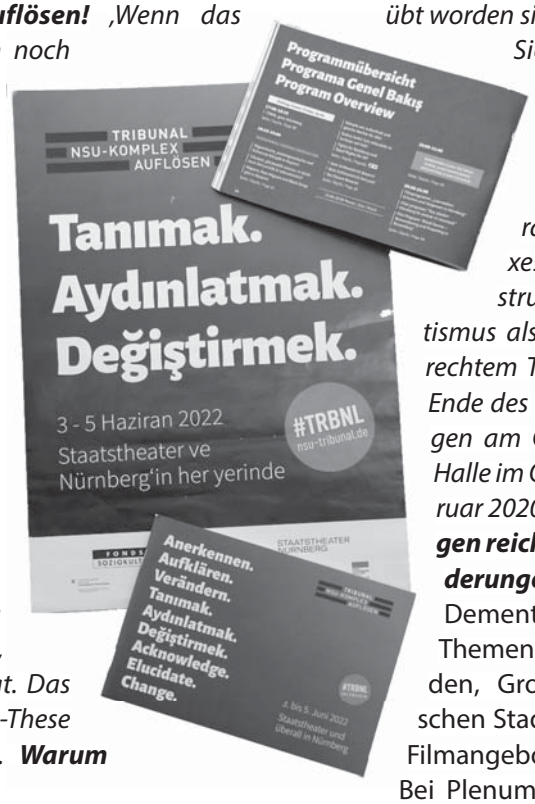
Viertes Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ • Nürnberg Juni 2022

„... radikal, das müssen wir sein und uns zusammentun!“[1]

Nach dem Auftakt des **ersten Tribunals** in **Köln 2017** folgten die **Tribunale** in **Mannheim 2018** und in **Chemnitz 2019**. [2] Erst **2022** konnte Corona bedingt das **4. Tribunal vom 3. bis 5. Juni** im Staatstheater **Nürnberg** starten.

Im Aufruf zum diesjährigen Tribunal heißt es in der Programm-Broschüre „**Anerkennen. Aufklären. Verändern“** [3]: *„**NSU-Komplex auflösen!** ‚Wenn das Gericht ehrlich ist, wird es auch noch sagen, dass Lücken geblieben sind. Solange diese Lücken bleiben, können meine Familie und ich nicht ruhig schlafen‘, mit diesen Worten kommentierte Gamze Kubaşık das Urteil im NSU-Prozess im Juli 2018 in München.*

*Das Urteil war für viele Angehörige der Mordopfer und Überlebende der Anschläge ein Schlag ins Gesicht. Die unermüdlichen Versuche der Nebenkläger*innen, die Unterstützung der Täter*innen durch lokale rechte Netzwerke sowie die staatliche Verstrickung in den NSU-Komplex aufzudecken, blieben im Urteil unberücksichtigt. Das Gericht stützte die unhaltbare Trio-These und ließ zentrale Fragen offen.* ***Warum noch ein Tribunal?***



*Wir sagen „Kein Schlussstrich!“ und fordern Antworten. Die Tribunale in Köln 2017, Mannheim 2018 und Chemnitz 2019 stellten sich solidarisch an die Seite der Betroffenen. Sie klagten die verantwortlichen Institutionen wie Polizei und Verfassungsschutz sowie Einzelpersonen an. Sie machten deutlich, dass die Taten von einem neonazistischen Netzwerk mit lokalen Unterstützer*innen verübt worden sind.*

Sie benannten die rassistische Berichterstattung zahlreicher Medien wie auch die nach allen Morden rassistisch geführten Ermittlungen der Polizei als zentrale Bestandteile des NSU-Komplexes. Die Tribunale verwiesen auf strukturelle Rassismen und Antisemitismus als Ermöglichungsbedingungen von rechtem Terror. Heute, vier Jahre nach dem Ende des NSU-Prozesses, nach den Anschlägen am OEZ in München im Juli 2016, in Halle im Oktober 2019 und in Hanau im Februar 2020 sind wir davon überzeugt: ***Anklagen reicht nicht mehr. Wir fordern Veränderungen!“***

Dementsprechend vielfältig waren die Themen der Workshops, Diskussions-Runden, Großveranstaltungen, Foren, Kritischen Stadtspaziergänge sowie Kunst- und Filmangebote auf dem Tribunal gefächert.

Bei Plenumsveranstaltungen wurden Übersetzungen in Deutsch, Türkisch, Englisch und eine Dolmetschung in Deutscher Gebärdensprache angeboten. Auch in einigen Workshops waren Nicht nur im Staatstheater sondern „überall in Nürnberg” verteilt war das „Tribunal“ vor Ort. So in verschiedenen Lokalitäten wie DIDF Junge Stimme e.V., Villa Leon, Luise – The Cult Factory, im DESI Stadtteilzentrum e.V. und im Künstlerhaus. In letzterem wurden Filme, zum Beispiel *„Der lange Weg der Roma und Sinti”*, *„Kein Vergessen – 22.07.2016”* gezeigt und diskutiert.

Im „Rahmenprogramm” wurde in der Roten Galerie Nürnberg die Ausstellung *„Wir werden nicht vergessen – Die Portraits der Opfer des NSU“* gezeigt. Vor dem Opernhaus konnten die Installation *„Flaggen für `Visited by a Tiger‘“* sowie die Ausstellung *„Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“* von Birgit

1 Mouctar Bah, Initiative Oury Jalloh, hat im Tribunal festgestellt: „Ich werde als Radikaler bezeichnet in Dessau. Ja das, radikal, das müssen wir sein und uns zusammentun“. Ein gutes Motto unserer Meinung nach für dieses Tribunal und unseren weiteren Kampf.

2 Ausführlich haben wir in unserer Zeitung *Trotz alledem!* über die Tribunale in Köln „Manifestation der Solidarität – Gemeinsam gegen Rassismus und Faschisierung“ und in Chemnitz/Zwickau berichtet. Nachgedruckt sind die Artikel in der TA-Sondernummer 4 *„Nichts vergeben! Nichts vergessen! ‘NSU-Komplex’ – Rassismus – Faschisierung – Widerstand – Solidarität 2011 – 2022“.*

3 Dieses Ablaufprogramm des Tribunals wurde digital im Vorfeld in drei Sprachen (Deutsch, Türkisch und Englisch) übersetzt. Mit anderen Worten, alle Teilnehmenden hatten so die Möglichkeit, sich im Voraus zu informieren, an welchen Veranstaltungen bzw. Workshops sie teilnehmen und sich darauf eventuell vorbereiten wollen. Das war prima.

Mair vor dem Schauspielhaus besichtigt werden. Im Künstlerhaus lief die Filminstallation *„This Makes Me Want to Predict the Past"*.
Die gesamte Tribunal-Veranstaltung war sowohl inhaltlich, gestalterisch, als auch praktisch, technisch super organisiert. Die Veranstaltungsorte waren gut ausgewählt. Insgesamt verlief das Tribunal in einer beeindruckend solidarischen, zugewandten, verantwortlichen Stimmung zwischen allen Teilnehmenden. Ein großer Dank an alle Organisator:innen und Unterstützer:innen, die mit großem Engagement auf allen Ebenen gewirkt haben.
In diesem Tribunal waren **bewegend und durchdringend die Emotionalität** und **die Stärke** von Angehörigen, von Opfern, von Überlebenden und Betroffenen rassistischer, faschistischer Gewalt. Die **Solidarität** der Teilnehmer:innen mit- und untereinander.

Programm

Workshops

» TRBNL Goes Nürnberg

» Migrantische, postmigrantische und Schwarze Kämpfe in Bayern!

» Kämpfe um Aufenthalt und gleiche Rechte für alle!

» Kein Schlussstrich Bayern!

» Rechte Gewalt in Bayern – Geschichte, Aktualität und Gegenstrategien

» Soziale Rechte für Alle! Kämpfe gegen Rassismus im ‚Sozialstaat'

» KollektivNaiv will gemeinsam Fragen fragen

» „FORUM" – Offenes Gespräch Solidarisch. Perspektivisch.Strategisch!

» Solidarische Prozessbegleitung mit Betroffenen rassistischer Gewalt (Tatort Porz)

» Wie kann Gedenken kritisch bleiben? Vernetzungsworkshop von Gedenk-Initiativen

» Politische Bildungsarbeit – wie weiter?

» Digitales Mahnmal #telltheirstories

» FÜR UNS! Vernetzung – für eine langfristige Unterstützung der Betroffenen des OEZ Anschlags

Plenums-Veranstaltungen

Aufklären

Verändern

Selbstermächtigung und Empowerment – das zog sich durch das ganze Tribunal. Praktisch zeigte sich das ungemein wichtige **Vorankommen in der Vernetzungsstrukturen** von Angehörigen, Betroffenen und Initiativen seit dem letzten Tribunal.
Auf keinem der bisherigen Tribunale waren so viele Opfer, Betroffene und Angehörige und Aktivist:innen zahlreicher Initiativen präsent:
Semiya Şimşek, Tochter von Enver Şimşek. Die Initiative *„Das Schweigen durchbrechen" (Nürnberg)*. Gamze Kubaşık, Tochter von Mehmet Kubaşik. Die Initiative *„Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund"*. Der Neffe von Süleyman Taşköprü, der vom NSU in Hamburg 2001 ermordet wurde. Mehmet O. Überlebender des ersten NSU-Terror-Anschlags in Nürnberg.
Die Familien und Freund:innen der Opfer des Nazi-Anschlags in Hanau 2020, die *„Initiative19. Februar-Hanau"*. Jüdische und migrantische betroffene Menschen traumatisiert durch den antisemitischen und rassistischen Anschlag in Halle 2019.
Die Initiative *„München erinnern"*, die Eltern von Can Layla, eines der neun jungen Opfer des faschistischen OEZ-Anschlags 2016 in München. Die Familie von Burak, der von einem, bis heute nicht ermittelten Faschisten 2012 auf offener Straße in Berlin erschossen wurde und die *„Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş"*.
Die *„Initiative in Gedenken an Oury Jalloh"*, Mamadou Saliou Diallo, Bruder von Oury Jalloh, der von Polizisten in einer Dessauer Gefängniszelle 2005 verbrannt wurde. Die *„Initiative für ein Gedenken an an Nguyễn Ngọc Châu und* Đỗ *Anh Lân"*. Beide wurden Opfer eines rassistischen Brandanschlags 1980 in Hamburg. Die *„Initiative Hafenstraße 96"* Lübeck. Januar 1996 stecken Nazis die Geflüchtetenunterkunft in der Straße in Brand und zehn Menschen starben.
Und weitere Initiativen, Betroffene, Angehörige und Opfer von rassistischer Gewalt.

Workshops + Veranstaltungen

Wir, eine kleine Gruppe Aktivist:innen von Trotz alledem sind aus verschiedenen Orten der Republik zum Tribunal gekommen. An den vorhergehenden Tribunalen haben wir auch teilgenommen und teils mitgewirkt. Einige unserer Genoss:innen arbeiten in antirassistischen-antifaschistischen Initiativen mit. Auf dem Tribunal in Nürnberg haben wir an so vielen Veranstaltungen wie möglich teilgenommen und uns eingebracht. Leider konnten wir nicht alle Angebote wahrnehmen.
Wir versuchen in diesem Artikel einige Ausschnitte von Gesprächen und Diskussionen aus den Work-

shops und Veranstaltungen wiederzugeben. Diese Erfahrungen, Vorstellungen, Bemerkungen und Informationen sind unserer Meinung nach, für die weitere antirassistische Arbeit und Perspektiven wichtig. Aber natürlich sind das nur sinngemäße Zusammenfassungen und keine wortwörtlichen Wiedergabe.
Beeindruckend und Mut machend war insgesamt die **aktive Teilnahme der Betroffenen** im Tribunal. Sie haben mit großem Mut ihre Situation und ihre Erfahrungen geschildert, was sie mit dem Staat, seinen Institutionen und Ordnungskräften erlebt haben.
Sie haben **Zukunftsperspektiven** für den Kampf um Gerechtigkeit, Anerkennung und Aufklärung entwickelt und an vielen Punkten bereits auch umgesetzt. Beeindruckend war ihre kämpferisch-positive Einstellung und Bereitschaft diesen Kampf trotz allem fortzusetzen.
Mit Nachdruck und großer Klarheit betonten sie nicht aufzugeben. Diese Stärke, bei aller auch anhaltenden Wut und Enttäuschung, verlieh den Workshops und Diskussionen eine unglaubliche Kraft. Viele Angehörige, Betroffene haben unter anderem Fragen gestellt wie *„Warum kommen die Politiker nicht weiter?"*, *„Warum kommen wir nicht weiter?"* oder *„Warum wird alles nicht ausreichend bekannt gemacht und stattdessen verschleiert?"*.
In den Debatten wurde das **ungerechte und heuchlerische Verhalten des Staates**, der Unwille und die Verweigerung zur Aufklärung der Ereignisse – ja, die Vertuschung/Verschleierung durch den Staat – benannt und thematisiert.
Trotz der großen Enttäuschung wird aber immer noch Gerechtigkeit und Anerkennung von diesem Staat eingefordert und die Hoffnung auf Aufklärung und Gerechtigkeit nicht aufgegeben. Hinsichtlich der Bewertung und der Konsequenzen aus diesem staatlichen, politischen Handeln werden, haben wir alle, unserer Meinung nach, noch nicht ausreichende Schlussfolgerungen, gezogen.

„FORUM":
Offenes Gespräch – Solidarisch. Perspektivisch. Strategisch!

Mit Betroffenen bzw. Angehörigen und Überlebenden rechter Gewalt.

Moderator:innen Mouctar Bah, Initiative Oury Jalloh, Bahar und Selim, Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş.

Moderator:in Wir haben 2017 mit verschiedenen Initiativen das Tribunal in Köln mit vorbereitet, und das „Forum" Perspektiven und Strategien der Solidarität und des Widerstands organisiert. In diesem geschützten Raum können sich Betroffene und Angehörige und Aktivist:innen austauschen, über gemeinsame Aktionen, über Perspektiven und Strategien unseres Widerstandes sprechen und sich gegenseitig stärken.
Der Stand, wo wir heute sind, hat sich im Vergleich zu den letzten Jahren sehr verändert. Heute sind hier viele Angehörige, Betroffene und Angehörige der NSU-Opfer vor Ort. Hier einen Austausch über unsere Erfahrungen zu haben und unsere Forderungen festzuhalten, das ist wichtig.
Das ist unser Ziel diese bundesweit nach außen zu tragen in unserem Kampf gegen strukturellen Rassismus und rassistische Gewalt. Wir habe die massive Stille durchbrochen!
Alles was entstanden ist an Verstrickungen von Staat und Politik, wo sie ihre Hände im Spiel haben, muss aufgeklärt werden. Der Münchner-„NSU-Prozess" war kein Schlussstrich. Wir haben einen langen Weg zurückgelegt und mit den Angehörigen und Opfern rechter Gewalt eine breite bundesweite Vernetzung für Gerechtigkeit geschaffen. In der Konstellation wie hier haben wir uns bisher noch nie zusammen getroffen. Das ist stark.
In einem offenen Gespräch ist Raum um über Erfahrungen und Forderungen zu sprechen und zusammen können wir eine gemeinsame Agenda, nach außen ins Tribunal hineintragen. Es ist hier unser Raum, unser aller Raum.

Mouctar Bah Mein großes Anliegen ist, was können wir zusammen tun, was können wir erreichen. Mein Gefühl ist Angehörige, Familien und Freunde, wir kommen nicht wirklich weiter, wir dringen nicht durch in Deutschland, gegen die Gesellschaft, die Polizei und die Institutionen. Bei uns ist es so seit 17 Jahren. Ich erlebe immer dasselbe.
Das ist ein System, sie wollen keine Aufklärung. Sie blockieren und decken sich gegenseitig. Wichtig sind unsere eigenen Ideen und eigenen Perspektiven, damit wir uns zusammen stärken.
Das sind die einzigen Orte, wo wir uns Kraft geben um weiter zu machen. Seit fünf Jahren gehe ich nicht mehr in Veranstaltungen mit Politikern. Hier unter Euch, da fühle ich mich wohl, hier bin ich mir sicher und da kann ich nochmal vieles mitnehmen für mich und unsere Arbeit. Daher sollten wir verstärkt auf internationaler Ebene uns mit Angehörigen, Opfern und Initiativen gegen Rassismus vernetzen um noch mehr Druck aufzubauen.
Wir haben nochmals Forensic Architecture gemeinsam mit der Initiative 19. Februar Hanau beauftragt, „Drei Türen" aufzumachen. „Three Doors" ist der Titel

Eindrücke– „FORUM“ – Offenes Gespräch

Als die erste Veranstaltung am Samstag (10:00-12:00 Uhr) beginnt, waren am Anfang sicherlich einige Teilnehmer:innen noch ein wenig müde von der Anreise und trafen deswegen auch erst später ein. Ich war pünktlich da und fand den Workshop mit unter anderem Semiya Şimşek, Gamze Kubaşik, Saliou Diallo und den Eltern von Can Leyla Sibel und Hasan Leyla, sehr informativ.

Es war alles in allem eine Gesprächsrunde in der, angeleitet durch sehr kompetente Leiter*innen des Workshops die Hinterbliebenen und Überlebenden ihre Geschichte der Trauer, ihrer Beziehung zu ihrer von so schrecklichen unmenschlichen Erfahrungen geprägten Heimat einbringen konnten.

Hier in diesem Land wurden vom NSU nicht nur ihre Väter ermordet, hier wurden diese Morde nicht nur begangen sondern auch vertuscht, kategorisch ignoriert und sie wurden der Beihilfe des Mordes an ihren Angehörigen bezichtigt. Dass sie an diesem Tag hier waren und ihre Geschichten diskutiert haben, ihre Geschichten geteilt haben, Respekt!

Im Endeffekt waren sich sowohl die Redner:innen als auch die Zuhörer:innen, die Beiträge geteilt haben allgemein einig, dass der größte Fehler in der mangelnden Bildung und Prävention liegt. Hier war leider auch nicht wirklich genug Zeit richtige Forderungen zu verfassen, außer dass mehr gebildet werden muss.

Es kann nun mal nicht sein, dass das (was ich auch im Workshop gesagt habe) auch an meiner Schule, in meiner Klasse, einer Berliner Schule, der Großteil der Schüler*innen nicht weiß was der NSU ist, geschweige denn etwas mit Namen wie z.B. Enver Şimşek oder auch Halit Yozgat anfangen können.

Nicht einmal die weithin geläufigen Namen Zschäpe Mundlos und Böhnhardt sind da bekannt… Wie kann das sein? Das ist das Hauptproblem und es wurde viel diskutiert und verhandelt und das war echt nicht nur beeindruckend sondern auch sehr gut zu sehen!

Ich fand den Workshop unfassbar hilfreich. Für mich war es außerdem ein echtes Erlebnis, Gamze und Semiya kennenzulernen!

Als Schülerin, die ein Referat über den NSU gehalten hat, war das echt beeindruckend beide Frauen einmal „in echt“ zu sehen und sie ihre Geschichten live praktisch erzählen zu hören!

Das war für mich vom ganzen Tribunal definitiv, zusammen mit den Leylas und ihren Erzählungen von Can das Eindrucksvollste!

Danke an alle die mitgewirkt haben und an die Redner:innen

Sanny, Schülerin, E-Mail

der Ausstellung im Kunstverein in Frankfurt am Main. [4] Um noch einmal eine Aufarbeitung mit ihnen zu machen.

Wir sehen, wir leben in einem System, einem Fascho-System. In einem Land, das nichts anderes gelernt hat als zu töten. **2**000 in Dessau wurde Alberto Adriano ermordet, Mario Bichtemann 2002 und 2005 Oury Jalloh in Polizeigewahrsam verbrannt. Es ist eine Kontinuität des Staates. Es liegt in unserer Hand weiter zu kämpfen, so wie wir es bis jetzt gemacht haben.

Mamadou Saliou Diallo, Bruder von Oury Jalloh

Er ist erneut nach Deutschland gekommen und möchte sein herzliches Beileid an alle hier Betroffenen übermitteln. Das gehöre zu seiner Kultur, wenn Menschen so sterben müssen, und deren Angehörige dieses Leid erfahren.

Er möchte, dass wir uns zusammen die Hand geben und zusammen kämpfen. Und fügt hinzu, auch wenn wir wissen, wenn wir für Gerechtigkeit kämpfen, werden die von uns Gegangen sind, nicht wieder zurückzukommen. Das sei das Schwerste, und das sei das was uns verbinde.

Es gebe immer mehr Menschen, die sowas erlitten haben, und sie finden sich zusammen um einen gemeinsamen Nenner zu finden, Bildungsarbeit und Forderungen stellen.

Er hätte sich nie vorstellen können, dass es so viele Fälle von rassistischen Morden gibt. Er dachte vorher immer das sind Einzelfälle. Ein ganz anderes Bild von Deutschland herrsche in seinem Land. Wenn er zurückfahre dann werde er das in meinem Land erzählen.

Der Kulturverein Forensic Architecture, das ist unglaublich, dass sie nachweisen können, dass Oury sich nicht selbst anzünden konnte. Ein Bruder hat gesagt, wir müssen nicht aufgeben sondern viel zusammenarbeiten und nicht aufgeben. Er bedankte sich herzlich bei allen und hoffe, dass sich alle nochmal sehen.

Efe, Kassel berichtet ***über den rassistischen Angriff*** auf ihn selbst. Er wurde als Taxi-Fahrer bei seiner Arbeit beleidigt und mit einer Messer-Attacke angegriffen und als „dreckiger Ausländer“ beschimpft.

Am 21. Juni 2020. Nach diesem Angriff war er so fertig, dass er bis heute nicht mehr arbeiten kann. Vieles sei schon in Kassel passiert an rechter Gewalt, ein syrischer Junge wurde Opfer einer Messer-Attacke und

4 „Three Doors“, Ausstellung, 03.06./11.09.2022 Frankfurter Kunstverein, Steinernes Haus am Römerberg, Markt 44, 60311 Frankfurt a.M. – post@fkv.de – www.fky.de. Die Ausstellung ist vom 5. November bis zum 30. Dezember 2022 im HKW – Haus der Kulturen der Welt in Berlin zu sehen.

Dr. Lübcke ermordet. Efe macht den Vorschlag ein bundesweites Zentrum zu schaffen, wo alles gemeldet, zusammengefasst und dokumentiert wird, wo diese Gewalt existiert. Er ruft dazu auf, *„Wenn wir zusammenhalten sind wir stark genug. Wenn wir alleine sind, sind wir nicht stark"*.
Weiter informiert er darüber, dass am 21. Juni eine Demo (Autokorso) in Kassel für seinen Fall organisiert wird. Für ihn beginnt die Vernetzung mit anderen Opfern und Angehörigen gerade jetzt.

Semiya Şimşek spricht von ihren Gefühlen über den Verlust ihres Vaters vor 22 Jahren. Die Vorstellung bewegt sie, was wäre, wenn das alles nicht passiert wäre, welche schöne Dinge und Zeit hätte die Familie gemeinsam verbringen können. Das sei ihnen alles gestohlen worden. Ihre ganze Kindheit wäre anders verlaufen. Diese sensiblen Gefühle seien eigentlich unaussprechlich, das schmerze sie so sehr.
Immer wieder komme sie an einen Punkt mit Politikern, wo sie nicht mehr reden möchte. Die Angehörigen werden auf die Schippe genommen. 100 Mal wird Aufklärung versprochen, aber dann sehe man, die Akten sind einfach weggesperrt und nichts ist aufgeklärt. Es gehe nicht vorwärts. Viele würden sagen, wir möchten nicht mehr weiterkämpfen, weil es nichts bringt. Aber an diesem Punkt dürften wir nicht aufgeben, wir müssen weiter kämpfen.

Mouctar Bah stellt die Frage, was können wir tun, wie das Schweigen durchbrechen? Wir haben 2005 eine Autopsie machen lassen, die beweist sie haben nachweislich Oury misshandelt. Auf den Röntgenbildern sieht man eindeutig ein gebrochenes Nasenbein. Und trotzdem passiert nichts, das in einem angeblich demokratischen Land.

Gamze Kubaşık berichtet, sie waren unter denen, die am meisten in München beim Prozess waren. Es gab bei dem Mord an ihrem Vater, Mehmet Kubaşık, genug Beweise dafür, dass der NSU mit Nazis vor Ort in Nürnberg Kontakte hatte.
Bis heute seien diese Nazis unterwegs. Es würde sie nerven, dass sie in ihrem Land das Gefühl habe, dass Nazis besser behandelt werden, als sie die Angehörigen. Dieses Land sollte sich dafür schämen für das was sie alles ertragen und erlitten haben. Das wäre das Mindeste was sie machen müssten. Sie bekräftigt, *„den gegenseitigen Austausch den es hier gibt, den brauchen wir unbeding*t."

Semiya Şimşek zieht ein Fazit über den Umgang mit dem Mord an ihrem Vater. Ihr Vater, ermordet am 9. September 2000 war das erste Opfer des „NSU". Die Polizei war fest davon überzeugt, es müsse jemand aus der Familie gewesen sein. Ihre Mutter wurde zuerst beschuldigt, dann wurde in der ganzen Familie ermittelt.
Die Presse habe den Ruf ihrer Familien kaputt gemacht. „Dönermorde", so wurde an diese Mordserie herangegangen. Mit Vorurteilen. Fest überzeugt seien die Behörden gewesen, es müsse Strukturen aus der Türkei geben, terroristische Gruppen usw.
Dann haben die Ermittler nach anderen Strukturen geschaut, jahrelang wurde immer alles hin und her geschoben. Ihre Mutter habe lange vorher zu den Polizisten gesagt, schauen sie auf rassistische Hintergründe. Hauptgegenargument der Polizei-Ermittler war, es gebe doch kein Bekennerschreiben.
Sie durften bis 2011 nicht Opfer sein sondern sie waren die Beschuldigten. Ihr Vater wurde beschuldigt jahrelang mit Drogen gedealt zu haben. Sie wurden im sozialen Umfeld und in der Arbeit ständig damit konfrontiert und auch geächtet.
Sie, ihre Familie, haben aus dem Radio (!) über das Auffliegen des NSU 2011 gehört. Niemand sei zu ihnen gekommen und habe sie darüber informiert, als der NSU aufgeflogen war. Ihr Vater war ein Opfer des NSU, nur im Radio haben sie das gehört.
Alles was danach ermittelt wurde, zeigte wie vertieft der institutionelle Rassismus ist. Fünf Jahre habe der Prozess gedauert. Warum ausgerechnet ihr Vater ausgesucht wurde, welche Netzwerke dahinterstecken, nichts wurde beantwortet. In Nürnberg muss es viele Helfershelfer gegeben haben.
Aber man hörte auch im Prozess und in der Presse nur, das Trio sei der „NSU". Deutschland tut so, als hätte es kein Problem mit rechts. Sie wollte die Akte ihres Vaters sehen, verschlossen über Jahre hinweg, ihre Anwälte sollten in bestimmte Akten Einsicht haben. Aber auch diese Akten seien irgendwann geschreddert worden.
Während des Prozesses, sei die verantwortliche Frau gekommen und wurde vom Richter gefragt, wieso sie die Dokumente geschreddert habe. Sie hätte geantwortet, ich weiß es nicht, das sei aus Versehen passiert. Und so habe sie, Semiya während des Prozesses gesehen, wie das so läuft.
Frau Yozgat, Mama von Halit Yozgat habe auf die Frage von Journalist:innen, *„Sind Sie zufrieden mit dem Gerichtsprozess"* so geantwortet:
„Sie (das Gericht) haben wie eine Biene gearbeitet aber sie haben keinen Honig produziert. Ein bekannter Neonazi wurde nicht im Prozess vorgeladen, obwohl sein Name auf einer CD des NSU steht, die im abgebrannten Haus in Zwickau aufgefunden wurde." Richter Götzl hat im Prozess gesagt, wir haben jeden Stein umgedreht im Prozess. Das stimme aber nicht. Im Prozess sei das

ein Teufelskreis gewesen. Semiya will nach vorne blicken: *„Unsere Forderung ist, um unser Leben zu führen, muss restlos aufgeklärt werden.“*

Mouctar Bah Im Fall Oury Jalloh haben wir immer auch versucht international mehr Druck zu machen. Wir sind nach Genf zur UN gefahren, und UN-Mitglieder sind gekommen. Acht Brandgutachter haben eindeutig festgestellt, Oury konnte sich nicht anzünden. Seine Hände waren gefesselt. Wir müssen auch mehr internationalen Druck ausüben, die Leute wollen das nicht hören. Aber genau deswegen müssen wir nicht aufhören das zu thematisieren.

Gamze Kubaşık Sie antwortet auf die Frage nach ihrer Bildungsarbeit: Seit eineinhalb Jahren mache sie diese Arbeit in Schulen. Sie wisse nicht, ob sie das langfristig machen könne, das sei sehr schwer. Es gebe eine Gedenkstätte für ihren Vater Mehmet, aber viele Jugendliche, die in Dortmund leben, hätten überhaupt keine Ahnung und wüssten nichts über die Taten und Opfer des NSU. Die NSU'ler seien bekannt, aber die Namen der Opfer völlig unbekannt.
Das Thema Rassismus müsse in die Lehrbücher aufgenommen werden. Gamze findet auch, die Frage der Aufklärung sei international sehr wichtig. In der Türkei gebe es zum Beispiel auch überhaupt keine ausreichenden Informationen über den NSU, den Prozess und die Opfer.

Hasan und Sibel Leyla Ihr Sohn Can Leyla ist im OEZ München (Olympia-Einkaufszentrum) am 22. Juli 2016 ermordet worden.
Ganz lange sei über einen psychisch kranken Amokläufer berichtet worden, und es gab keine Ermittlungen in Richtung Rassismus. Nach einem Jahr der Stille haben sie beide angefangen, nachzufragen und sich für eine Aufklärung einzusetzen. Nach drei Jahren sei herausgekommen, das war kein Amoklauf.
Sie waren bisher Einzelkämpfer:innen: Erst seit paar Monaten haben sie mehr Unterstützung. Man komme an einen Punkt, wo man verzweifelt. Wenn sie per E-mail oder Einschreiben beim Innenminister nachgefragt haben, kam keine Antwort.
Als dann ein Journalist beim Innenminister nachgefragt habe, bekam er sofort eine Antwort. Soviel sei in Deutschland passiert. Sie haben erst in Hanau von dem Fall Oury gehört. Das sei das Ziel der Politiker, dass alles verschwiegen wird. Sie haben das Gleiche erlebt wie die anderen, das sei nicht menschlich.
Sie haben von so vielen Fälle gehört, das mache das Herz sehr, sehr traurig und es muss etwas gemacht werden. So viele Leute haben sich damit beschäftigen, sie haben sich hinter sie gestellt, aber es seien einfach immer noch zu wenige.

Teilnehmer:in Sie ist auch aus der Ini-Oury Jalloh. Sie möchte sagen, dass Rassismus unbedingt auch müsse international bekämpft werden müsse und auch unbedingt in Schulen.
Sie komme aus Curaçao, das ist eine kolonialisierte Insel und immer noch eine niederländische Kolonie. [5]
Die Geschichte des Rassismus sei begründet in kolonialistischen Strukturen. Dies ist ein zentraler Punkt für die Bildungsarbeit in den unterdrückten Ländern. Das müsse Thema sein. Damit nicht so eine falsche Hoffnung gemacht wird, das Europa und andere Länder, das Paradies seien.
Es werden Geschichten in diesen Ländern erzählt, wo

5 Lapidar heißen diese Kolonien „Außengebiete der Niederlande“: Aruba, Curaçao; Sint Maarten; sowie Bonaire, Saba und Sint Eustatius. Alle werden unter dem Namen „Teile der Niederländischen Antillen“ zusammengefasst.

gehen wir hin, wenn wir nach Europa oder in die USA fliehen.
Die Realität muss erzählt werden, was erwartet die Menschen hierher kommen, Ausgrenzung und Rassismus. Diese Bildungsarbeit sei auch auf internationalem Level notwendig. Wenn das international thematisiert werde, dann müsse der deutsche Staat auch irgendwie reagieren.

Semiya Şimşek Sie sagt, sie lebt in der Türkei und auch da würden sie, ihre Familie nicht ernst genommen. Gemeinsam müsste man bedenken, wie soll das in andere Länder transportiert werden.
Es gebe Anwälte in Belgien, die sich mit internationalen Verletzungen von Gesetzen wegen Rassismus beschäftigen.
Auch dahin sollte sich gewendet werden.
In den Schulen werde viel über Rassismus während des 2. Weltkriegs geredet. Und das Motto sei, danach ist doch alles besser geworden. Der NSU und die rassistischen Morde, das seien schwere Themen und zu hart für die Jugendlichen. Sie meint, in den Schulen muss viel früher angefangen werden über Rassismus zu reden, sonst sagen alle, ach das interessiert mich nicht.

Teilnehmer:in Sie stellt fest, ihre Großväter waren Nazis. Es sei die Verpflichtung aller Menschen die Menschen sind, dagegen aufzutreten, wenn sich Menschen rausnehmen sich über andere zu erheben, und sich als besser zu fühlen. Sie arbeite in einer Fabrik, da sind 6 000 Arbeiter:innen aus 50 Nationalitäten, da erlebe sie tagtäglich hautnah den Rassismus.

Hasan Leyla Er hebt hervor, Opferentschädigung sei ein zentraler Punkt. In München wurde sofort von psychischen Problemen vom Einzeltäter, von einem Amoklauf gesprochen und geschrieben. Das Volk liest das, was ist passiert und immer wird es am Anfang vertuscht und dann verschwindet das ganz. Das hatte aber nichts mit Amoklauf, Mafia, Drogen zu tun. In ihrem Fall war das für die Behörden erst nach drei Jahren (!) klar, dass es eine rassistische Tat war.

Iznet, Betroffener aus Halle Seine Meinung ist, die Betroffenen haben immer geredet. Auch wenn die Politiker das nicht wollen, dann reden sie immer wieder und werden anklagen: Der Politiker xy hat das und das gesagt. Zur UN seid ihr gegangen, das ist eine große Organisation. Das ist wichtig.
Und es ist immer so, erst wenn ein Journalist nachfragt, dann wird reagiert, wenn überhaupt. Wenn jemand innerhalb des deutschen Staates nachfragen willst, dann läuft immer dasselbe Muster ab: Ich schütze meine Polizisten, dann kommt irgendwann ein Schritt, wenn die Sachen, die zugedeckt wurden, angesprochen werden. Dann will Deutschland sich mit Grundrechten schmücken, wie gut sie mit „Mängeln umgehen".

Aktivist, Initiative Tag der Solidarität Dortmund Seine Erfahrung sei, so führt er aus, zuerst, wir müssen mit den Familien zusammenarbeiten und nicht für sie, sie wollen nicht nur Opfer sein, sie wollen auch leben, und wir sollen uns gemeinsam einsetzen. Vorschläge wie im August ein Vernetzungstreffen zu machen, sehe er ein wenig problematisch.
Es fällt schon schwer sich an allen Jahrestagen zu besuchen, weil es so viele Fälle gebe. Die Familien müssen hinter uns stehen, manche werfen uns vor wir würden sie instrumentalisieren. Er sei immer etwas vorsichtig, nicht gleich alles zusammen machen zu wollen. Wenn andere sagen Vernetzung ist gut und wichtig, dann macht doch mal, er sei erstmal zurückhaltend und abwartend.

Melek Bektaş, Mama von Burak Ihr Sohn sei auf offener Straße erschossen worden. Der Täter laufe frei herum. Das könne nur ein Nazi sein. Viele Leute kämpfen mit ihnen gemein in der Initiative. Sie sind sehr, sehr enttäuscht von den deutschen Behörden und der Polizei. *„Wir wollen nicht dass andere Kinder sterben. Wir wollen Burak zurück."*

Hayrettin Saraçoğlu, Bruder von Fatih Saraçoğlu
Er spricht über seinen kleinen Bruder, den er verloren habe. Fatih habe immer gesagt, wir müssen dankbar sein, dass wir hier leben können. Die Leute müssen aufgeweckt werden. So viele Leute kamen nach Hanau. Warum?
Hanau das war der Wassertropfen, der das Glas hat überlaufen lassen. Seit Jahren erleben wir alle Rassismus, vor allem den Alltagsrassismus. Er gehe mit sei-

ner Frau einkaufen. Sie trage ein Kopftuch und sie wird von anderen Leuten einfach angegriffen. Das ist der Tagesrassismus.

Teilnehmer:in Er möchte sich an dieser Diskussion aus einem anderen Blickwinkel beteiligen. Zunächst einmal will er sagen, dass er den Mut der Opfer rassistisch-faschistischer Terroranschläge, die hier das Wort ergreifen, ihre Ausdauer und ihre Bemühungen zu erzählen, aufrichtig schätze und respektiere.
Vielleicht können diese individuellen Kämpfe bis zu einem gewissen Punkt erfolgreich sein, sie können dazu beitragen, diese rassistisch-faschistischen Terroranschläge in all ihren Einzelheiten aufzudecken und zurückzudrängen. Aber diese Erfolge werden nur vorübergehend sein. Sie können nicht dauerhaft sein.
Er widerholt einige wichtige Fragen, die bisher in der Diskussion gestellt wurden: *„Warum kommen die Politiker bei ihrer Arbeit und Untersuchungen nicht weiter?", „Warum kommen wir bei unserem Kampf nicht weiter?"*.
Und schlussfolgert, die grundsätzliche Hauptfrage sei, warum wird alles unter den Teppich gekehrt, versteckt, vertuscht und verschwiegen.
Seiner Meinung nach, liegen die Antworten auf diese Fragen in der Infragestellung dieses ausbeuterischen kapitalistischen Systems liegen. Rassistisch-faschistische Terroranschläge seien nicht das Werk einzelner rassistischer Faschist:innen. Staatliche Institutionen sind involviert und planen diese teils Hand in Hand mit Nazis und ihren Netzwerken. Deshalb müsse dieser Kampf in Verbindung mit dem Kampf gegen das System geführt werden, das die Politik des „Teile und Herrsche" verfolge.
Das System lebt davon, zu provozieren, und zu spalten. Davon zeugen diese Terroranschläge. Der Kampf gegen faschistischen Terror, der Kampf gegen strukturellen, institutionellen Rassismus muss mit dem Kampf gegen das kapitalistische System verknüpft und geführt werden. Erst dann können alle Fragen, die gestellt wurden, beantwortet werden.

Nathan, Halle Die jüdische Gemeinde Halle wurde an Jom Kippur beschossen. Er sei immer noch sehr berührt von der Kraft dieses Raumes hier. Er ruft dazu auf, den Kampf gegen Antisemitismus lasst uns zusammen führen, weil Antisemitismus auch Teil der NSU-Ideologie war.
Shlomo Lewin und Frida Poeschke wurden von der Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 ermordet. Der Halle-Anschlag war antisemitisch. *„Wir brauchen euch um mit uns zu kämpfen gegen Gericht, Staat, Polizei, für Entschädigung und Akteneinsicht."*
Nach dem 19. Februar standen alle zusammen gegen Rassismus und Diskriminierung. Er habe gemerkt manchmal kämpfen wir einzeln und haben noch nicht so viel erreicht. Wir müssen alle zusammenarbeiten. Im Einzelkampf können vielleicht einzelne Fragen geklärt werden.
Aber mit Hanau haben wir gemerkt, wenn wir zusammenhalten, dann können wir wirklich sehr viel erreichen. Dann können wir sehr laut sein. Nathan erzählt, er arbeite mit Jugendlichen zusammen, die Unterstützung brauchen.
Er mache die Tür auf, und sie können für sich und ihre Sachen kämpfen.
Noch, meint er, haben wir noch nicht so viel erreicht. Jetzt ist es an der Zeit, das können wir jetzt ändern

Bericht Nürnberg Stadtrundgang „Critical Walk" Rassistischer Terror in Nürnberg

Am Samstag als zweite Veranstaltung gab es den sogenannten Critical Walk (13:30-15:30 Uhr), einen Spaziergang, bei dem es darum ging die Stadt mit dem Hintergrund ihrer rassistischen Geschichte kennenzulernen und zu erkunden.
Der Startpunkt war vor dem Staatstheater und es ging durch die ganze Stadt, die Altstadt und am Wasser vorbei. Ich persönlich war echt positiv überrascht von der Vielfältigkeit der Orte an denen wir waren. Als Berlinerin hatte ich natürlich wenig bis keinen Plan von den politisch interessanten Plätzen in Nürnberg und war umso erstaunter zu lernen wie viel doch noch von dem rassistischen Erbe der NS Zeit heute noch in Nürnberg zu finden ist.
Aktionen wie die „Umbenennung" der „Mohrengasse" in May Ayim Straße waren definitiv hilfreich dafür, den Spaziergang spannend zu gestalten.
Lustigerweise war ich echt traurig darüber, dass der Critical Walk „schon so schnell vorbei" war. Ja es heißt, wenn man Spaß hat bzw. etwas interessant findet vergeht die Zeit wie im Flug und im Endeffekt war es so, ich hätte gerne noch zwei drei weitere Stationen durchlaufen.
Aber für die vergleichsweise kurze Zeit wurde viel Wichtiges und Spannendes gezeigt und angesprochen. Mein persönliches Highlight des Spaziergangs war aber unser Stopp vor der Polizei, wo Plakate mit der Forderung Rassistische Polizeiarbeit, wie zum Beispiel beim Fall Şimşek, dem ersten Mordopfer des NSU, zu beenden, aufgehangen wurden. Endpunkt war schließlich vor dem Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des NSU. Dort wurden Rosen abgelegt und dann war der Critical Walk vorbei.
Wie sich ja schon während meinem Bericht gezeigt hat, fand ich das es sich beim Critical Walk um eine echt tolle Aktion, an welcher ich definitiv wieder teilnehmen würde, handelt.

Sanny, Schülerin, E-Mail

und wir können viel schaffen. Er stellt die Frage: Warum sind hier keine Politiker:innen?

Serpil Unvar Sie antwortet auf die Frage von Nathan. Erstmal müssten wir unter uns sein und eine Gemeinsamkeit schaffen. Viele würden sagen, wir vertrauen nicht, die Sachen werden nicht bekannt gemacht, es wird alles blockiert.
Wir könnten nicht auf die Politiker:innen vertrauen. Ihrer Meinung nach müssten wir sehen, das ist eine Systemfrage. Wenn wir nicht gegen das System ankämpfen würden, dann werden wir nichts grundlegend ändern können. Wir könnten Rassismus zurückdrängen, wir könnten anklagen und doch werden wir nichts grundlegend ändern können. Und wir müssten auch international kämpfen.
Sie habe sich gefragt, was kann ich machen und sie habe dann die Bildungsinitiative gestartet. Ohne, dass sie genau wusste wie das geht, habe sie sich getraut das Projekt anzupacken. Für ihren Sohn Ferhat, dass er und die anderen Opfer nicht vergessen werden. Wenn wir uns zusammentun und unterstützten würden, und dann könnten wir auch so etwas durchsetzen.

Aktivist, Initiative Halskestraße Hamburg Es gebe ihnen viel Kraft, wenn sie die Kämpfe mitbekommen und wenn sie sich gemeinsam mit allen austauschen können. Die Initiative könne jetzt endlich nach 42 Jahrestagen die Halskestraße umbenennen, durch die Finanzierung von Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen.
Zum Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân, die Opfer des rassistischen Brandanschlags auf eine Geflüchtetenunterkunft in dieser Straße wurden. Nun wird die Halskestraße den Namen Châu-und-Lân-Straße tragen.

Newroz, Hanau Sie berichtet, was sie tagtäglich erleben: Überfordert zu sein, an Grenzen zu stoßen bei der Polizei, beim Rassismus. Aber nach dem ersten Tribunal 2017 da habe es nicht aufgehört… Denn es gibt einen Prozess von Vernetzung, es hat sich etwas aufgebaut und es ist ein geschlossener Raum. Newroz fragt, warum wir hier sitzen?
Ihre Antwort ist, dass es in den letzten Jahren noch mehr Anschläge gab, noch mehr Rassismus. Es sei wichtig zu sehen, was vor Ort gemacht wird und das Erinnern sei wichtig. Und nach Hanau wurde sehr schnell gesagt das ist Rechtsterrorismus.
Sie wussten von den Angehörigen der NSU-Morde, dass die Namen gesagt werden müssen. Sei meinte es sollte gefragt werden, warum die Namen nicht in den Schulbüchern stehen. Das alles koste viel Kraft.
Wir könnten uns gemeinsam sichtbarer machen. Newroz unterstreicht, dass wir viel Kraft und viele Forderungen haben. Wir sollten überlegen, wie gehen wir gemeinsam an die Politik heran. Wir sollten Stellung nehmen zum zehn Punkte Plan von Faeser. Von allein würde nichts passieren.
Alles was wir bisher gemacht haben, das habe etwas bewirkt, das sei unsere Kraft.

Moderator:in An welchem Punkt, wo wir jetzt sind, in so einer Zusammensetzung waren wir noch nie. Die Kämpfe der 1980er und 1990er Jahre sind die Vorläufer und aus alldem entstehen diese Kämpfe.
Newroz hat uns aus dem Herzen gesprochen. Wir müssen das zu einer Regelmäßigkeit stärken um uns mehr zu sehen und zu besuchen. Das fühlen wir, weil wir teilweise so viel alleine gekämpft haben. Wir brauchen so viel von eurer Erfahrung, dann können wir auch international agieren.
Nicht mehr dieses Alleinsein, nicht mehr alleine kämpfen. Wir wollen sagen, ihr seid nicht mehr alleine, sondern wir sind bei euch. Jede/r hat eine andere Art, wir wollen aber alle das Gleiche, wir kämpfen alle für das Gleiche.

Mouctar Bah Zur Frage: Warum sind die Politiker nicht hier. Was ich mit ihnen, mit Grünen, SPD, CDU für Erfahrungen gemacht habe, die sind alle Verbrecher. Wir können von ihnen nichts erwarten.
Der Zug geht los, wir gehen bis zum Ziel. Ich bedanke mich herzlich wieder stark zusammen zu sein. Ich werde als Radikaler bezeichnet in Dessau, ja das, radikal, das müssen wir sein und uns zusammentun.

Zusammenfassung Moderator:innen

Stichworte die für unsere zukünftige Arbeit vor Ort, für die Vernetzung, für Bildungsarbeit, für Aufklärung zentral sind:

Lehrbücher/Bildungsarbeit

Problem mit Justiz und Rechtsstaatlichkeit

Aufklärung

Wir bleiben dran alle Akten müssen an die Angehörigen gegeben werden

Konsequenzen müssen folgen auf alle Taten keine Straflosigkeit

Anerkennung von Opfern rassistischer Mordfälle und Betroffenen

Opfer Entschädigungsgesetz –unbürokratische Soforthilfen

Auf internationaler Ebene die Vernetzung voranbringen

Bundesweite Vernetzung von Angehörigen, Opfern und Initiativen verstärken

Beiträge in den Veranstaltungen „AUFKLÄRUNG“ & „VERÄNDERN“

Familie Leyla Sie wollen keinen Krieg, Hass und Neid, sie wollen mit eine schönere neue Welt erschaffen. Sie wollen in Frieden zusammenleben. Sie rufen auf, demonstriert am 22. Juli, dem Jahrestag des OEZ Anschlags in München in allen Städten.
Ihr Schrei soll der Schrei der Bevölkerung sein. *„Bitte lasst uns nicht allein. Wir möchten für die Schönheit der Worte danken. Keine Wut und kein Hass“.* Sie möchten an alle Opfer würdig erinnern! und dass richtig aufgeklärt wird. Einer der Tatorte des Massaker im OEZ, das Schnellrestaurant McDonald‘s wurde drei Monate nach der Tat wieder aufgemacht. Sie kämpfen dafür, dass dieser Mac Donalds eine Bücherei wird. Am Ende werden sie das schaffen, dass dieser McDonald‘s geschlossen wird. [6]

Gamze Kubaşık Ihr Weg am Anfang war ganz allein, dann sei sie mit Semiya zusammengekommen. Und sie gehen zusammen weiter. Sie fordern eine lückenlose Aufklärung. Sie wollen keinen Platz in unserem Land für die Nazis lassen. *„Wir kämpfen alle zusammen und wir werden es schaffen“*.

Mamadou Saliou Diallo Er hat das Gefühl, Deutschland hat einen Tumor, der muss operiert werden. Was

6 Initiative „München erinnern!“ E-Mail: kontakt@muenchen-erinnern.de – Social Media: instagram.com/muenchen.oez.erinnern

Workshop TRBNL Goes Nürnberg

Diskussion ISD (Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland) – Burak Initiative – DIDIF – Radio Z
Einleitend wurde von den Moderator:innen die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der bisherigen Tribunale „NSU-Komplex auflösen“ vorgestellt.

In der Diskussion wurden viele interessante Punkte angesprochen, wir geben einige wenige wieder.

Aktivist von Radio Z:

Die erste Generation der Migrant:innen hat nicht deutsch gesprochen und viele sind auch nach einiger Zeit wieder zurück in die Türkei gegangen … In der Türkei war damals die Situation ja sehr politisiert. Aktuell haben wir neue Erfahrungen gemacht im Vergleich zu den1980er Jahren, als wir begonnen haben den Kampf gegen den strukturellen Rassismus zu führen. Da wollten wir uns immer beweisen.
Jetzt in der Vorbereitung auf das Tribunal sind viele Antifaschist:innen und Antirassist:innen auf mich zugekommen auf gleicher Augenhöhe, das ist sehr wichtig für die gesamte Linke, egal welcher Nationalität wir angehören. Das hat mich beeindruckt. Die Frage der Organisierung wird so gestellt, wir alle zusammen müssen diesen Kampf führen.

Aktivist des ISD (Initiative Schwarze Menschen) ISD

Mord an George Floyd das war ein ungeheuerer Moment. Da habe ich mit Kolleg:innen gesprochen, was können wir machen. Da haben wir mit 2-3 Leute in einem Tag eine Demo am 6.6.2020 organisieret. Da habe ich gesehen, wenn wir was machen, dann können wir was ändern. Wir haben intensiv diskutiert… mehr als 5000 Menschen kamen. So bin ich da reingerutscht. Ich habe mich im ISD organisiert, und da ziehe ich mich nicht mehr raus, da bin ich verwoben mit anderen Kämpfen. Wir stehen zusammenstehen. Die Betroffenheit verschiedener Menschen und die Hintergründe das ist wichtig. Die Erfolgsmomente sind wichtig. Sogar meine Mutter will wieder mitmachen. Unser Motto muss sein, Leute ihr seid alle Ausländer. Der Planet gehört nicht uns. Unser Kampf fängt erst an. Ihre Namen müssen weiterleben.

Özlem (DIDF)

Sie gibt Informationen über die Gedenkfeiern für die Opfer des NSU, das Anbringen von Tafeln zum Gedenken an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, İsmail Yaşar. Wir haben die Gedenkorte eingefordert, wir kämpfen für die Straßenumbenennung … Wir haben die Einweihung des Gedenkortes mit organisiert. Wir organisieren seit 2015 das Straßenfest „Gegen Rassismus und Diskriminierung – für ein besseres Zusammenleben“.
2022 wird es am 18. Juni das achte Mal stattfinden. Getragen wird es von über 60 Organisationen, auch SPD, Grünen, Bürgermeister etc.

Aus dem Publikum

wurde die Frage gestellt, ob das richtig ist gemeinsam mit Politiker:innen, staatlichen Vertretern, die nicht dem Rassismus tatsächlich die Stirn bieten, sondern mitverantwortlich für das Vertuschen und Verdrängen sind, einen Gedenkort einzuweihen.
Ein Beispiel wurde angeführt: Die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, hat der Stadt Berlin eine kleine Grundfläche abgerungen für einen Gedenkort. Die Finanzierung des Gedenksteins, die Gedenkveranstaltungen wurden unabhängig von der Politik organisiert. Finanzielle Unterstützung durch die Türkische Botschaft wurde ausgeschlagen.
Bei der Gedenkveranstaltung wollten der türkische Botschafter, mit einem Tross von Journalisten und deutsche Politiker:innen, die sich keineswegs im antifaschistischen/antirassistischen Kampf engagieren, in Szene setzen und Reden halten. Auch das wurde zu Recht abgelehnt.

hat sich seit dem 2. Weltkrieg verändert? Er ist gekommen mit einem Traum von diesem schönen Land, jetzt habe er einen Koffer voller Alpträume… Menschen mit Wut kämpfen. Er respektiere alle, aber jetzt ist es so, wer ihn nicht respektiert, den respektiere er auch nicht. Keiner kann verstehen was seine Familie zu Hause durchgemacht habe. Sie kämpfen jeden Tag darum um auf den Beinen stehen zu können. Er fordert, Aufklärung und Gerechtigkeit! Und dass ihre Stimmen gehört werden.

Hayrettin Saraçoğlu spricht über seinen Bruder, Fatih. Er war ein linker, sozialer Mensch und liebte die Menschen, die Menschheit. Für Hayrettin ist sein ganzes Leben seit dem 19. Februar beendet. Seit zwei Jahren kann er nicht mehr arbeiten. Der Umgang mit den Behörden ist grausam. Eine Ärztin hat ihn untersucht, „Ich bin kein Ausländerfeind, aber …". Sie habe ihn wie einen Piranha behandelt. Er hat seinen Bruder verloren. Er vermisse ihn so. Wenn er kann, fahre er nach Hanau. In Bayern würde alles klein geredet. Nach dem Motto „Lasst uns nicht übertreiben!"

Neffe von Süleyman Taşköprü, Er zeigt ein Foto von sich als Baby im Arm seines Onkels und erzählt: Onkel Süleyman wurde am 27. Juni 2001 vom NSU das Leben genommen. Welcher Hass, welche Verachtung, welcher Neid und welche Frustration. Sein Onkel war stolz auf vieles in seinem Leben. Als sein Onkel starb, versuchte die Familie ihn zu schützen, denn er war noch klein. Aber immer, alltäglich war dieser Verlust, der Mord präsent. Die Ängste, die sich daraus entwickelten, machten ein sorgloses Leben unmöglich. In der Heimat fühle man sich nicht mehr sicher. Der Mord sei omnipräsent. Jeden Tag zur Arbeit an der Gedenkstätte vorbeizugehen, das Bild von seinem sterbenden Onkel vor Augen. Aber er werde nicht resignieren, er werde den Kampf um Aufklärung weiter mitführen. Der rassistische Hintergrund wurde in den Ermittlungen nicht beachtet. Akten vernichtet. Kein einziges Verbrechen des NSU konnte wirklich aufgeklärt werden. Er forderte, alle Helfer:innen und Helfeshelfer:innen sollen verurteilt werden. Der Untersuchungsausschuss in Hamburg sollte den langersehnten Wunsch von ihrer Familie nach Aufklärung erfüllen. Das hat er aber nicht.

Opfer des sogenannten „Taschenlampen-Anschlag" – Erster Mord-Anschlag des NSU

Mehmed O. berichtet: Es war der Tag vor der Eröffnung meines Lokals mit dem schönen Namen Sunshine, am Südausgang des Nürnberger Hbf. Der **23. Juni 1999**. Er war so stolz, dass er es geschafft habe in die Selbständigkeit zu gehen und seinen Traum mit Hilfe seiner Familie und seinen Freunden verwirklichen konnte. Abends habe er noch mal Hand angelegt und die Räume geputzt. In der Toilette fand er eine Taschenlampe. Ein Sprengsatz, der in seinen Händen explodierte und ihn schwer verletzte.

Das war der erste NSU-Mordanschlag. Bekannt wurde dieses Verbrechen aber nicht durch Ermittlungen der Polizeibehörden. Denn sie verdächtigten von Anfang ihn und seine Familie als potentielle Täter:innen. Wie auch in den folgenden NSU-Mordfällen wurde gegen ihn selbst, seine Familie und Umfeld wegen Drogenhandel, Glückspiel usw. ermittelt und versucht sie zu kriminalisieren.

Schwer verletzt, unter Verdacht durch die Ermittler gestellt, habe er Nürnberg verlassen um der Hetze, Rufschädigung und den Verdächtigungen zu entkommen und sich eine neue Existenz aufzubauen. [7]

Diskussionen & Eindrücke während des Tribunals

An unserem Literaturtisch haben wir politische Publikationen und Bücher angeboten. Für das Nürnberger Tribunal haben wir in einer ***neuen TA-Sondernummer*** [8] unsere bisherigen Artikel zum NSU-Komplex von 2011 bis 2022 nachgedruckt.

Viele Teilnehmer:innen waren überaus interessiert.

Wir haben uns mit den unterschiedlichsten Menschen, Angehörigen, Familien, Aktivist:innen als auch Journalist:innen, Künstler:innen, Filmemacher:innen ausgetauscht.

Rege Nachfragen führten sowohl am Stand als auch beim Handverkauf zu spannenden, durchaus auch kontroversen und produktiven Gesprächen. Die **gegenseitige Aufmerksamkeit und Diskussionsbereitschaft** war im Vergleich zu den drei vorhergehenden Tribunalen wesentlich ausgeprägter.

Mit unseren Transparenten haben wir unseren politischen Positionen in den Raum gestellt. Wir konnten

7 Anmerkung von TA: Das Vorgehen des Staates und seiner Polizeiorgane in diesem ersten NSU-Anschlag, dem Beginn der NSU-Terrorserie, war das Grundmuster für alle weiteren rassistisch motivierten Ermittlungen und Verdächtigungen der staatlichen Behörden gegen die Angehörigen und Opfer der weiteren NSU-Morde und Anschläge. So waren es auch **keineswegs polizeiliche Ermittlungen**, die zur Aufklärung der Tat führten. Erst während des **NSU-Prozesses** am **11. Juni 2013** wurde durch die **Zeugenaussage** des Angeklagten Carsten Schultze die **NSU-Täterschaft** an **diesem Mordanschlag** in Nürnberg eindeutig bewiesen. Das heißt **14 Jahre** nach der Tat, ohne Zutun von staatlichen Stellen.

8 TA-Sondernummer 4 *„Nichts vergeben! Nichts vergessen! 'NSU-Komplex' – Rassismus – Faschisierung – Widerstand – Solidarität 2011 – 2022".*

sie an beiden Tage lang auf dem großen Vorplatz des Staatstheaters anbringen. Sie boten auch viel Gesprächsstoff, insbesondere über den Zusammenhang von Faschisierung, Rassismus und dem bürgerlichen System bzw. Staat.

Zum Beispiel unterhielten sich migrantische Genoss:Innen länger mit einer jungen Journalistin und sie meinte zum Schluss: *„Versteht das nicht falsch, ich bewundere euch, ihr habt migrantische Wurzeln und sprecht nicht super gut Deutsch. Aber ihr wisst Sachen, die ich selbst als Journalistin nicht so bis ins Detail kenne. Sowohl was Geschichte als auch politische Themen angeht, hab ich eine Menge von euch gelernt."*

Ehemaliger Richard-Wagner-Platz

Beim Aufbau unseres Standes und eines Infotisches mit Büchern zum NSU-Komplex von den Tribunalveranstalter:innen kamen junge Frauen und halfen vollkommen selbstverständlich. Währenddessen konnten wir unsere Transpis sichtbar auf dem Vorplatz des Schauspielhauses anbringen:

„nsu hanau halle dessau – Kampf dem System"

**„Staat & Nazis – Hand in Hand –
Widerstand im ganzen Land"**

Wir haben überall mit angepackt, wo wir helfen konnten. Als sich Aktivist:innen des Tribunals herzlich bedankten meinten wir, das ist doch selbstverständlich. Wir sind ein Teil der Aktion, und brauchen nicht nachgefragt werden, ob wir helfen, das ist für uns selbstverständlich. Revolutionäre Verantwortlichkeit heißt für uns zusammen zu arbeiten, zusammen zu kämpfen und zusammen zu feiern.

Mit uns sympathisierende Menschen aus der Umgebung und anderen Städten schauten an unserem Stand vorbei. Jugendliche, die mit uns gekommen sind haben sich aktiv eingebracht und bei den Veranstaltungen und Aktionen mitgemacht, das war toll.

Ausklang

Sonntagmittag endeten die Workshops und Veranstaltungen.

Nachmittags startete „Mani-Fest"

„Wir wollen gemeinsam die Forderungen auf die Straße bringen, raus aus dem Theater, in die Gesellschaft - mit Gebärdenpoesie. ... Wir bringen die Forderungen in einem großen Abschluss auf die Straßen und Plätze von Nürnberg. Wir haben gelernt, unsere Körper als Sprachrohr zu benutzen und nehmen uns den öffentlichen Raum. Wir ziehen an Orte, an denen institutioneller Rassismus oft unwidersprochen bleibt, und schaffen mit unserem Flashmob neue Räume der Empathie und Solidarität. Mani-Fest ist keine punktuelle Intervention, sondern Vorschau einer besseren Zukunft."
(Programmbroschüre)

Eine **Aktions-Demonstration** ausgehend vom umbenannten **Esther Bejarano Platz**. Bunt, laut mit Transparenten und Schildern, mit viel Musik und „Tanzeinlagen" gingen die aufregenden und bewegenden Tage des Vierten Tribunals „NSU-Komplex auflösen!" zu Ende.

**Wir sehen uns auf dem
5. Tribunal hoffentlich alle wieder!**

Unser Ausblick und Fazit:
Perspektiven zur Diskussion gestellt

Im Programm wird als Zielsetzung des Tribunals angeführt: ***„Anklagen reicht nicht mehr! Wir fordern Veränderungen!*** *Schluss mit leeren Versprechungen, Verharmlosungen und Entpolitisierungen der Taten. Es muss sich endlich etwas ändern. Beim Tribunal „NSU-Komplex auflösen" in Nürnberg stehen Forderungen nach Veränderung im Zentrum.*

Wir wollen diese in ihrer Vielfalt und Stärke zeigen und sie gemeinsam in die Öffentlichkeit tragen. Machen wir die Gesellschaft der Vielen und Kämpfe um Selbstbehauptung und Erinnerung gemeinsam unübersehbar! Kein nächstes Opfer! Durchbrechen wir die Kontinuitäten rechten Terrors. ... Und Fordernd schreiten wir voran! Mit unseren Forderungen durchbrechen wir den Zustand des Terrors und der Spaltung und schaffen die solidarische Gesellschaft der Vielen.

Wir tragen Forderungen zusammen, diskutierten den Stand ihrer Umsetzung und machen die Kämpfe um Veränderung sichtbar."

Unserer Meinung nach, wurde eine **Perspektivdiskussion für eine „Gesellschaft der Vielen"** und **über grundlegende Veränderungen** um den faschistischen Nazi-Terror zu verhindern, noch nicht ausreichend auf einem Tribunal geführt. Wäre das nicht ein Thema für ein **5. Tribunal „NSU-Komplex auflösen"**?

In der **antirassistischen, antifaschistischen, linken, revolutionären Bewegung** werden unterschiedliche politische Konzepte und Strategien hierzu diskutiert.

Das zu verstärken würde uns alle noch weiter voranbringen.
Im Kern geht es dabei auch darum die richtige Balance auszuloten zwischen dem Erkämpfen **demokratischer Rechte** hier und heute und **unserem Ziel für eine andere Gesellschaft zu kämpfen**. Oder umgekehrt die Frage gestellt, ist es unter dem aktuell herrschenden ökonomischen und politischen System in Deutschland möglich nur durch die Verstärkung demokratischer Kämpfe eine solche Gesellschaft zu verwirklichen?
Wir meinen, auf keinen Fall! Das kapitalistische Gesellschaftssystem der Ausbeutung, das Rassismus, Faschismus, Patriarchat, Krieg immanent in sich trägt und immer wieder produziert wird sich nicht einfach durch ein paar Reformen „überwinden" lassen.
Eine zentrale Erfahrung von Angehörigen und Betroffenen aus dem NSU-Komplex, den Anschlägen in München OEZ, in Hanau und in Halle, den Morden in Polizeigewahrsam ist, dass sie ihre Hoffnungen auf Gerechtigkeit und Aufklärung in den Staat in Frage stellen. Es herrscht viel Misstrauen, Enttäuschung, konkrete Zweifel und Verzweiflung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen.
Die Diskussion über **alternative Wege und ein anderes Gesellschaftssystem** zu führen ist wichtig für Mut, Kampfkraft und Selbstvertrauen.

Der Staat ist das wichtigste Schutzinstrument dieses kapitalistischen Ausbeutungssystems. Wirkliche Gerechtigkeit von ihm zu erwarten bringt nur Enttäuschungen. Solche Erwartungen und Hoffnungen sind illusorisch.
Selbst wenn der Staat und seine Institutionen angesichts des Drucks von demokratischen Kämpfen von Zeit zu Zeit sich zurücknehmen, selbst wenn sie einen Schritt zurücktreten, selbst wenn sie einige präventive Maßnahmen und Gesetze in Kraft setzen. Tatsache ist in der politischen Praxis können sie keine langfristigen und dauerhaften Lösungen schaffen. Sie wollen dies bewusst nicht, denn tatsächliche Lösungen sind systemwidrig.
Natürlich müssen wir in demokratischen, antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen dem Staat **jeden Millimeter Reform** abringen. Alle Fortschritte, die von Angehörigen/Opfern und Initiativen in der Aufklärung errungen wurden, haben sie gegen den Willen des Staates durchgesetzt.
Sie haben den Kampf für Gerechtigkeit, für Öffentlichkeit, für das Aufdecken von Vertuschungen, für die Aufklärung des strukturellen Rassismus der staatlichen Behörden, insbesondere des Polizeiapparates unermüdlich geführt. Sie haben dafür gekämpft, dass **die Opfer, ihre Namen und ihre Lebensgeschichten im Vordergrund** stehen und nicht die Täter:innen.

Aber faschistische, rassistische Morde geschehen tagtäglich weiter.
Am 8. August erschießen Polizisten in Dortmund mit MP's den psychische erkrankten 16 jährigen **Mouhamed Lamine Dramé.** Die Staatsmacht war mit elf Polizist:innen angerückt um den Jugendlichen vor einer Selbstverletzung zu „bewahren"!
In Berlin wird **Kupa Ilunga Medard Mutombo** am 14. September bei einem Polizeieinsatz brutal zusammengeschlagen, am Boden fixiert und ein Polizist kniet auf seinem Nacken. Der 64 jährige kann nicht mehr atmen. Er stirbt im Krankenhaus an den lebensbedrohlichen Verletzungen. Das ist die Realität!
Eine weitere **wichtige Diskussion** ist, wie ordnen wir **politisch** die **rassistischen Mordtaten** ein? Warum wird eigentlich ziemlich durchgängig von **rechtem Terror oder rechter Gewalt** gesprochen? Das ist für uns fast schon verharmlosend. Nazi-Morde und faschistische Anschläge sind nicht „rechts". Wir sollten sie benennen als das was sie sind: **Faschistisch-rassistische Angriffe und Terror.**
Sie sind die Umsetzung der **faschistischen Ideologie**, die darauf abzielt eine andere Gesellschaftsordnung durchzusetzen: Ein Großdeutsches Nazi-Reich in moderner Neuauflage. Nazi-Politiker:innen und Strömungen (inklusive ihrer parlamentarischen Ablegers die AfD) setzen ausschließlich auf Gewalt und Mord an Menschengruppen, die nicht in ihr Weltbild passen.
Ideologisch-politische Instrumente sind hierfür verschiedenste menschenverachtende Varianten des Rassismus: Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus gegen Schwarze Menschen, gegen Geflüchtete, gegen Migrant:innen, Antiislamischer Rassismus, Antiasiatischer Rassismus.
Gleichzeitig setzen die Nazi-Faschisten auf die gewaltsame Ausschaltung aller fortschrittlichen, revolutionären politischen Strömungen als legitimes Mittel um an die Macht zu kommen.
Ebenso zur **Grundausstattung der Nazis** gehört die **faschistische Wertvorstellung** von der „Vernichtung unwerten Lebens". Seit Jahrzehnten werden Menschen mit Einschränkungen, Menschen, die gezwungen sind auf der Straße zu leben vom Nazi-Mob auf offener Straße angegriffen und vielfach auch ermordet.
Völkermordstrategien, Weltmachtstreben plus deutscher Großmachtchauvinismus beruhend auf der „Überlegenheit der eigenen Rasse" sind ein weiteres Merkmale faschistischer Herrschaft. Wie die Entwicklung in **der Weimarer Republik** gezeigt hat, sind natürlich die Übergänge und Ausweitung **faschistischer Ideologie und Politik** auch in sogenannten bürgerlichen Parteien fließend.
Der Hitlerfaschismus eroberte **„legal"** per Unterstützung monarchistischer, bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien die politische Macht.
Daher ist die Diskussion über die **aktuelle fortschreitende Faschisierung der Gesellschaft** und welche **antifaschistischen Strategien** entwickelt werden müssen, ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt.
Über eine Debatte über unsere Vorschläge würden wir uns freuen.

Wir wünschen allen viel Kraft und Mut für die weitere antirassistische-antifaschistische Arbeit!

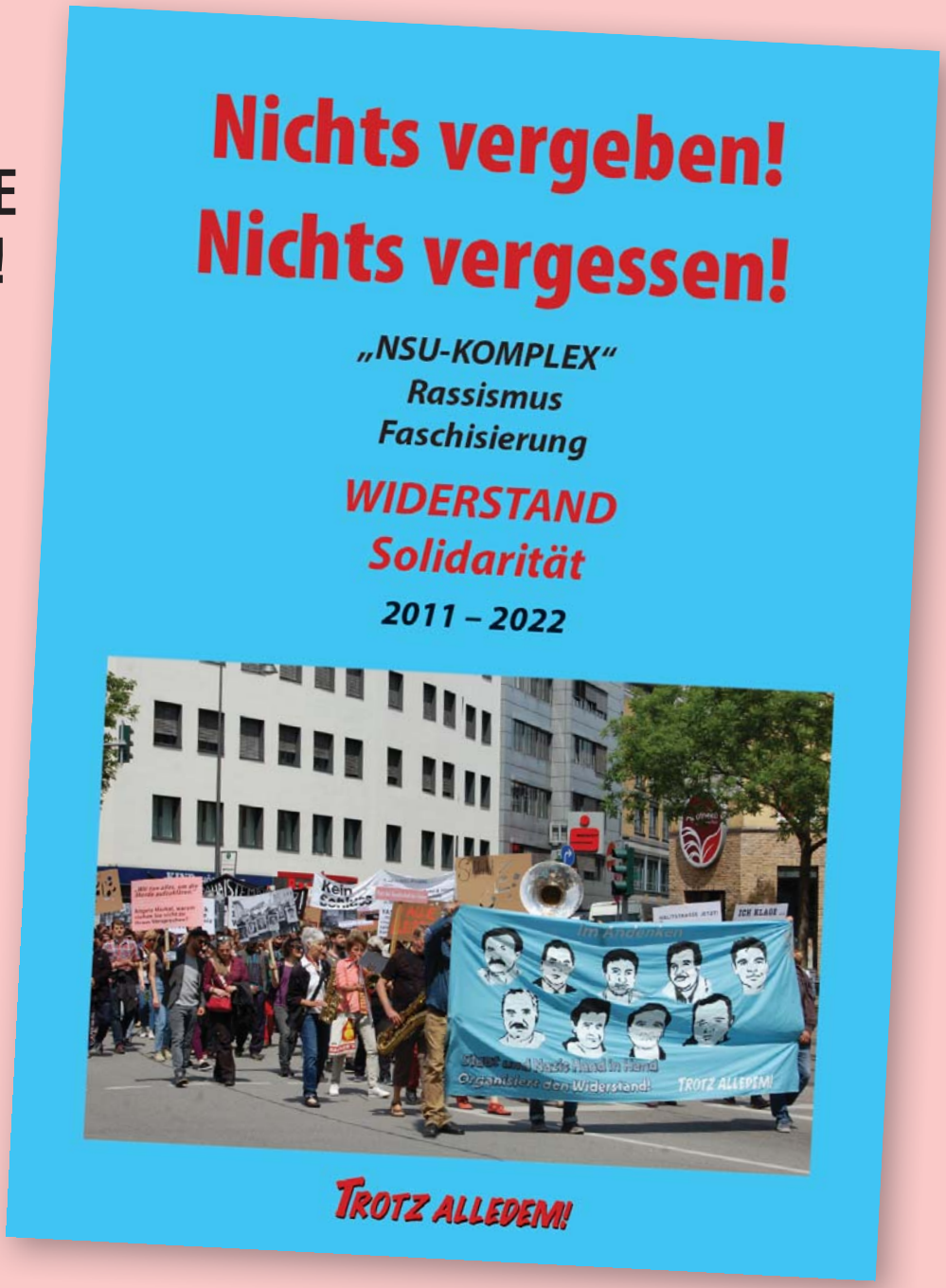
Wir meinen: Der Rassismus ist ein Grundpfeiler des Faschismus. Der Kampf gegen die innere Faschisierung muss als ein Kampf gegen den Rassismus, gegen rassistische faschistische Angriffe auf als „Nicht Deutsche" identifizierte Menschen geführt werden. Andererseits ist ein Kapitalismus ohne Rassismus und Faschismus höchstens eine Illusion.
Der antifaschistische Kampf muss als ein integraler Teil des **Kampfes gegen das kapitalistische System**, als ein **Kampf** für eine neue Welt ohne Ausbeutung, eine Welt des **Sozialismus verstanden und geführt werden.**
Barbareien wie imperialistische Kriege, Rassismus, Faschismus, Patriarchat, Vernichtung der Lebensgrundlagen, das alles ist die heutige kapitalistische Welt. Und sie wird, wenn dieses System nicht gestoppt wird, in den Untergang führen!
Es liegt in den Händen der Arbeiter:innen, der werktätigen Menschen, der „Verdammten dieser Erde" diesen Untergang zu verhindern. Lasst uns gemeinsam für die Zukunft kämpfen.

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!"

LEST UND INFORMIERT EUCH:

UNSERE BROSCHÜRE ZUM NSU-KOMPLEX!

EINE ZUSAMMENSTELLUNG
UNSERER ARTIKEL
UND FLUGBLÄTTER!



Zu beziehen über:

★ Postfach 48, 73550 Waldstetten
★ trotzalledem1@gmx.de
★ www.trotzalledem.org

Inhalt

Flugblatt • November 2021
10 Jahre nach der angeblichen Selbstenttarnung des NSU
Wir klagen an: Keine Aufklärung

Nummer 83 • Januar 2020
Chemnitz und Zwickau, November 2019
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Nummer 79 • September 2018
Tag X in München – NSU-Prozessende
Wir erkennen das Urteil nicht an!

Flugblatt • Juli 2018
Kein Schlussstrich! Son söz henüz söylenmedi! όχι τέλικη γραμμη!
No closure!
Wir klagen an: Urteil im NSU-Prozess

Nummer 76 • Oktober 2017
Köln, Mai 2017 Manifestation der Solidarität
– Gemeinsam gegen Rassismus und Faschisierung!
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Nach dem Tribunal ist vor dem Prozessende Tag X2
– Alle nach München!

Aufruf zu einer Vernetzung des Antira-Antifa-Kampfes

Nummer 75 • Mai 2017
Bundesweites Aktionsbündnis ruft auf:
Kommt nach Köln 17. bis 21. Mai 2017
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Trotz alledem Aufruf zum Tribunal Köln
Nous accusons – Wir klagen an

Nummer 74 • Januar 2017
Im Andenken an die Opfer des NSU-Terrors: Nichts vergeben – nichts vergessen!

Nummer 73 • September 2016
Wie tief steckt der Staat im „NSU"-Komplex?

Nummer 72 • Mai 2016
Filmkritiken NSU-Komplex – auflösen!
„Der Kuaför aus der Keupstraße"

„Mitten in Deutschland: NSU"

„Die Ermittler – Nur für den Dienstgebrauch"

Nummer 71 • Januar 2016
Aufruf: Aktiv unterstützen!
„Tribunal NSU-Komplex auflösen – Wir klagen den Rassismus in Deutschland an

Aktuelles aus dem NSU-Prozess
Verhöhnung der Opfer und Familien!

Nummer 67 • September 2014
NSU-Prozess: Öffentlichkeit Schaffen!

Prozessbeobachtung
NSU-Prozess München Anfang Juni 2014
Stilles Schweigen über München bricht bald!

Nummer 64 • August 2013
NSU-Prozess und NSU-(Untersuchungs-)Ausschüsse:
Kaltblütige Morde werden nicht aufgeklärt!

Nummer 63 • Mai 2013
Nazis staatlich unterstützt
Rassismus & Faschisierung gehen vom Staat aus!

„Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen"

Nummer 59 • Januar 2012
Rassistische Nazi-Morde
Staat – Verfassungsschutz – Nazis ...
Hand in Hand?

TRIBUNAL NSU-KOMPLEX AUFLÖSEN

NÜRNBERG · MAI 2022